



bestenfalls recht ansehnliche Reserverfonds, diese Reserven in einer Höhe, welche mehr als das Doppelte ihres gesamten Jahresbedarfs in Unfallrenten und sonstigen Kosten beträgt; so ergeben sich zum Beispiel nach der Statistik für das Jahr 1905 (seitdem haben sich die Reserverfonds noch erhöht) folgende Siffern:

Gesamtjahr-Reservefonds	ausgaben einschließlich weiterer	
	am 31. Dez. 1905 vorhandener Reservefonds	Dotierung des Reservefonds
Strappschafst-Verursachungsgenossenschaft	42 200 000 M.	23 514 000 M.
Brauerei und Mälzerei	9 324 000	4 118 000
Bier- und Holzindustrie-Verursachungsgenossenschaften	10 004 000	5 784 000
Chemische Industrie	5 829 000	3 501 000
Sachs Textilindustrie-Verursachungsgenossenschaften	8 390 000	4 127 000

Insgesamt hatten schon im Jahre 1905 68 Verursachungsgenossenschaften Reservefonds in Höhe von rund 204 000 000 M., während ihr Jahresbedarf für Renten, Verwaltungskosten nur 107 805 000 M. betrug; außerdem wurden im Jahre 1905 von diesen 68 Genossenschaften noch 17 322 000 M. in den Reservefonds hinzugelegt.

Am Schlusse des Jahres 1908 dürften sich die Reservefonds dieser 68 Genossenschaften auf 260 000 000 M. belaufen haben, während das Reich in demselben Jahre 1908 für die gleichen 68 Genossenschaften etwa 120 000 000 M. Beiträge gegeben haben wird.

Die Verursachungsgenossenschaften wären also in ihrer überwältigenden Zahl recht wohl in der Lage diese Voranschüsse seitens der Reichsregierung zu entnehmen und selbst ihre Voranschüsse von den versicherten Betrieben einzuziehen, die Auslagen des Reiches vierteljährlich zu begleichen oder auch der Reichsregierung Betriebsvoranschüsse zu leisten.

Selbst aus Kreisen, die an der Sache direkt interessiert sind, von Arbeitgebern und Beteiligten der Textil-, Bergwerks-, Buchdruckergewerbe, sind, wie das Kölner Blatt berichtet, ihm Mitteilungen zugegangen, welche sich mit Rücksicht auf die Lage der Reichsfinanzen gegen derartige Opfer der Reichsregierung zugunsten der Betriebsunternehmer aussprechen, ganz besonders, weil, was man hier der Gesamtindustrie schenken will, doch erst wieder einzelnen Gewerben durch die neuen Steuergesetze in um so schwererer Belastung auferlegt werden müßte! Es ist in der Tat eine Unverschämtheit sondergleichen, daß zu derselben Zeit, in der die Regierung in der offiziellen Presse über das steigende Finanzelend klagt und an den patriotischen Sinn des deutschen Volkes appelliert, sie sich mit dem schönen Plan trägt, den deutschen Großindustriellen, von denen gar wänsche zu den mehrfachen Millionen zählen, über 90 Millionen Mark aus der Reichskasse zu schenken. Diesem leichtfertigen Projekt muß ganz energisch entgegengetreten werden! Das Geld, das den Unbemittelten durch die Steuer-schraube abgepreßt wird, ist nicht zum Verschütten an Millionäre da.

## Die Umwälzung in Konstantinopel.

Mehr und mehr entschleiert sich der reaktionäre Charakter der Armeerevolte vom 13. April. Freilich haben die Liberalen mit den Militärs zusammen die Jungtürken gestützt. Aber sie müssen jetzt mit Schrecken sehen, daß sie für die Reaktion gearbeitet haben, daß das meuternde Heer zu deren Werkzeug wird. Der Absolutismus wird freilich noch nicht direkt wieder proklamiert, aber sein Kommen kündigt sich schon in verschiedenen Anzeichen an. Kreaturen des alten Regimes tauchen wieder auf, und der Sultan, der solange ganz in den Hintergrund getreten war, wird wieder aktiv. Er hat der Fahne der Marineinfanterie, die ihm vorgestern mit anderen Soldaten huldigten, und denen er sich am Fenster zeigte, zwei Dekorationen verliehen. Ein Unteroffizier wurde vom Sultan empfangen und beauftragt, den Truppen Grüße des Sultans zu überbringen und ihnen die Ernennung Edhems zum Kriegsminister mitzuteilen. Die von der jungtürkischen Regierung entlassenen Offiziere, meist Beschöpfe der Protektion, sind wieder im Heer eingestellt worden, der reaktionär gesinnte Marschall Schewket Pascha hat das Kommando der kaiserlichen Garde wieder übernommen, die vor einigen Wochen aus dem Bildz entfernte Leibwache des Sultans ist dort wieder eingedrückt. Die jungtürkischen Offiziere werden entlassen, wie eine Meldung zeigt, wonach das Kriegsministerium bemüht sei, die Offiziersbestände der Regimenter zu ergänzen, da die Offiziere, die als Jungtürken oder sonst verhaftet seien, im Dienst fehlten. Und in einer Zirkulardepesche, die der Großvezir an alle Balis, gerichtet hat, heißt es, die Soldaten hätten unter anderem die Forderung gestellt, die Offiziere, mit welchen sie unzufrieden seien, durch andere zu ersetzen. Der Sultan habe befohlen, das Nötige zu veranlassen, wenn für einen event. Ersatz Offiziere vorhanden sind. In dieser Zirkulardepesche heißt es auch, es sei die höchste Pflicht der Beamten, in allen Angelegenheiten gemäß dem heiligen Scheriatgesetz vorzugehen und ein gutes Einvernehmen zwischen den verschiedenen Volksklassen entsprechend der Verfassung herzustellen. Das heilige Scheriatgesetz gründet sich auf die religiösen Vorschriften des Islam und enthält daher eine Menge von Bestimmungen, die zum heutigen Kulturzustande des türkischen Volkes nicht mehr passen und schon unter dem absoluten Regiment außer Übung kamen, bezw. durch neue Gesetze verdrängt wurden.

Die Ruhe ist inzwischen in Konstantinopel einigermaßen wieder hergestellt, doch sind am Donnerstag noch im Vororte Arnautkoi am Bosphorus zwei Offiziere von Soldaten erschossen worden. Die Zahl der seit Beginn der Bewegung Verletzten wird auf 70, die der Getöteten auf 15 geschätzt. Die Mehrzahl der Unglücksfälle ist angeblich durch die Feindschüsse der Meuterer verursacht worden. Unter den Toten sollen sich auch einige hohe Würdenträger des Hofes befinden. Die Straßen bieten das gewöhnliche Aussehen, alle Banken und Läden sind geöffnet. Der Geschäftsverkehr ist in vollem Gange. Auf den Straßen sieht man kein Militär mehr.

Die Kammer verhandelte am Donnerstag unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten in geheimer Sitzung über den Erlaß einer Proklamation. Von den jungtürkischen Abgeordneten war etwa die Hälfte erschienen, die übrigen Deputierten waren ziemlich vollständig anwesend, die Ministerbänke waren leer. In den Wandelgängen herrschte große Erregung. Die Ereignisse werden verschieden beurteilt und die Ratlosigkeit des Hauses war unverkennbar. Es verlautet, daß der Vorschlag gemacht wurde, eine Deputation an den Sultan zu senden, um Aufklärung über die Lage zu verlangen, da das Haus von dem Wechsel in der Regierung nicht unterrichtet sei. Zahlreiche jungtürkische Deputierte sollen es für nötig halten, ihr Mandat niederzulegen. Viele hervorragende Jungtürken halten sich versteckt, andere sind

geflüchtet, darunter auch der gewesene Kommandant der kaiserlichen Garde, Mukhtar Pascha, dessen Haus von mehreren meuternden Bataillonen belagert wurde. Die Belagerung wurde erst eingestellt, als die französische Flagge gehißt wurde. Die Meuterer haben von denen, die sie insgeheim dirigieren, zweifellos den strikten Befehl erhalten, jeden Angriff auf Fremde zu unterlassen und alles zu vermeiden, was zu Einmischungen des Auslandes Anlaß geben könnte.

Die Hoffnung, der Major Enver Bey und andere im Auslande weilende Häupter der jungtürkischen Partei Ausland gegeben haben, daß die Adrianopeler und Salonikier Truppen der Revolte schnell ein Ende machen würden, hat sich bis jetzt nicht erfüllt. Enver Bey ist mit seinem Wiener Kollegen, dem Major Gaffi Bey auf dem Wege nach Saloniki. Ob sie dort die jungtürkische Armee vorfinden, auf die sie hoffen, ist zweifelhaft. Verlässliche Nachrichten über den Stand der Dinge in Saloniki sind nicht da. Die Meldungen, die bis jetzt vorliegen, widersprechen einander aufs Schroffste. Nach der einen ist es dort zu einer ähnlichen Meuterei der Gemeinen gegen die Offiziere gekommen wie in Konstantinopel, nach der anderen streben die zwei Armeekorps von Adrianopel und Saloniki, die den Jungtürken unbedingt zur Verfügung stehen, in Eilmärschen Konstantinopel zu. Die führerlosen Massen der Hauptstadt, so wird hinzugefügt, werden ihnen nicht lange Widerstand leisten können. Was wahr an diesen Meldungen ist, muß abgewartet werden. Jedenfalls sind die optimistischen Beurteilungen Enver Beys und Gaffi Beys über die sichere Stütze, die die Jungtürken an den Truppen von Adrianopel und vor allem von Saloniki haben, mit Vorsicht aufzunehmen. Die Truppen, die die Jungtürken nach Konstantinopel gebracht hatten, galten bis zum 13. April auch als durchaus zuverlässig und die Marine, deren feste jungtürkische Gesinnung Enver Bey noch am 14. April kräftig betonte, hat nichts für die Jungtürken getan.

Es läßt sich deshalb zurzeit noch absolut nicht beurteilen, ob die Jungtürken noch die Möglichkeit haben, von der Provinz aus die Hauptstadt wieder zu erobern.

Einer der Gründe der Revolte soll der Plan der Jungtürken gewesen sein, die Wehrpflicht allgemein zu machen, das heißt einerseits die Theologiestudenten, andererseits die Christen zum Militärdienst heranzuziehen. Der nationale und religiöse Fanatismus der Soldaten ist von der unteren Geistlichkeit — die höhere soll zu den Jungtürken halten — durch den Hinweis auf diesen Plan aufgepeitscht worden. Das Aufkommen der nationalen und religiösen Leidenschaften scheint im Lande schon Nachfolge gefunden zu haben. Aus Merzina, einem kleinasiatischen Hafen, wird bereits gemeldet, daß die Mohammedaner die Christen massakrieren. Aus dem ebenfalls in Kleinasien gelegenen Adana wird berichtet, daß die Türken die Armenier mekeln. — In Albanien soll Aufstand herrschen, die Albanesen sollen einen Einfall in das türkische Albanien planen und die serbische Regierung werde zum Schutze der bedrohten Nationalitätsgenossen Truppen über die türkische Grenze senden. Von Belgrad aus werden solche Pläne freilich in Abrede gestellt und überdies behauptet, daß von einem Aufstand in Albanien nichts bekannt sei.

Bulgarien soll der Türkei ein Ultimatum stellen wollen; Abmachungen mit England beständen, die es zu sofortigem Handeln verpflichteten. Griechenland soll den Zeitpunkt für geeignet halten, gegen die Türkei vorzugehen. Alle diese Meldungen sind zurzeit unkontrollierbar. Ebenso wie jene, die immer wieder England beschuldigen, daß es seine Hand bei der Umwälzung im Spiele habe; englische Blätter revidieren sich, indem sie behaupten, Deutschland stehe hinter dem Sultan und den anderen geheimen Leitern der meuternden Truppen. Vorläufig kann man diese Behauptungen nur als ein Anzeichen dafür buchen, daß die Umwälzung in der Türkei überall Unruhe hervorgerufen hat und daß sie von unberechenbaren Folgen für die Geschichte Europas sein kann.

### Die letzten Meldungen lauten:

Konstantinopel, 15. April. (Meldung des Wiener N. N. Telegraphen-Bureau.) Die Botschafter und Gesandten stauten heute dem Großvezir offizielle Gratulationsbesuche ab, bei welcher Gelegenheit Tewfik Pascha beruhigende Zusicherungen über die innere Lage gab und besonders betonte, daß bezüglich der Haltung der Truppen des Adrianopeler und des Salonikier Korpsbereiches keine Gefahr existiere. Diese Mitteilungen haben die Diplomaten sichtlich beruhigt, und es beginnt bei ihnen jetzt eine optimistische Auffassung über die Situation und die nächste Zukunft vorzubereiten.

Konstantinopel, 15. April. Die gesamte Presse ist durch die letzten Ereignisse sichtlich eingeschüchtern; sie hütet sich vor voreiligen Urteilen und beschränkt sich auf die Schilderung der letzten Ereignisse. Einige Blätter bezeichnen die Aufgaben des neuen Kabinetts als schwierig und ermahnen die Soldaten, die Sofias und die übrigen Studierenden sowie die Bevölkerung, sich jetzt nicht mehr mit Politik und Demonstrationen zu beschäftigen, sondern aus Vaterlandsliebe ihre Pflichten zu erfüllen. Für das Jungtürkenum ist kein Verteidiger, im Gegenteil, einige Blätter verurteilen seine Politik, und nur wenige weisen auf seine ursprünglichen Verdienste hin.

### Die Lage in Saloniki.

Konstantinopel, 15. April. (5,45 Uhr nachmittags.) Sechzehn Matrosen und Marineinfanteristen aus sequestrierten Wagen nach dem Bildizpalast, um gegen den interimsistischen Marineminister zu protestieren. In einzelnen Stadtteilen herrscht wieder Unruhe. Woher sind, soweit es sich kontrollieren läßt, sehr wenige Jungtürken abgereist, da sie auf eine Wendung oder wenigstens Versöhnung hoffen. Die Depeschensur ist aufgehoben.

Saloniki, 15. April. Zwanzig Bataillone des dritten Korps sind einberufen worden. Die Bahngesellschaft Saloniki-Konstantinopel hat Befehl erhalten, alle verfügbaren Waggons für eventuelle Truppentransporte nach der Hauptstadt bereitzustellen. Gegenwärtig findet ein imposantes Massenmeeting statt. In der Stadt sind alle Läden geschlossen. Allgemein wird der Wunsch nach Sicherung der Verfassung laut.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. April 1909.

### Norddeutsche Eisenströmigkeit.

Gestern früh gaben wir eine Erklärung des Bergarbeiter-Verbandes wieder, in der dieser sich gegen die Darstellung des christlichen „Vergnügen“ wendet, bei der Anknüpfung der Eisenströmigkeit in Bochum im Jahre 1904 sei mit Wissen und Willen der Verbandsleitung gegen Druck ein Flugblatt verbreitet worden, das diesen der Verantwortlichkeit verhängte. Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes hatte im Gegenteil die Verbreitung des an Verbands-

funktionäre versandten Flugblattes durch diese sofort inhibiert, als er durch den Verfasser, den ausgeschlossenen ehemaligen Verbandsbeamten Spaniol Kenntnis von dem Flugblatt erhielt.

Die offiziöse „Norddeutsche“ wieder. Von der Erklärung des Bergarbeiter-Verbandes erwähnt sie nichts.

Die Prekaussicht der Regierung sollte doch ihrem Reptil die Zähne putzen. Daß das aus Reichsleitergefühl geschieht, verlangen wir nicht. Aber die Klugheit sollte selbst deutschen Diplomaten sagen, daß die „Norddeutsche“ als Hilfsmittel der Regierung völlig unbrauchbar wird, wenn dieses Blatt so redigiert wird, daß seine journalistische und moralische Minderwertigkeit gar zu offenkundig hervortritt.

### Steuerlandgebungen in Sachsen.

Die „Dresdener Nachrichten“ melden, daß in Dresden beschäftigt sei, von den Vertretern aller Stände und bürgerlichen Parteien Sachsens eine Kundgebung zur Reichsfinanzreform zu veranstalten.

Es wird folgende Resolution zur Annahme gestellt werden:

Das Deutsche Reich steht vor schweren Entscheidungen. Seine Einnahmen langen nicht zu, die Ausgaben zu decken! Im allgemeinen ist die finanzielle Lage des Reiches anerkannt. Mittel zur Abhilfe müssen geschaffen werden. Die Zeit drängt; die europäische Lage, jetzt beruhigt, kann sich späterhin in eine kriegerische umwandeln. In der Stunde der Gefahr muß das Reich, wie militärisch, so auch wirtschaftlich gestärkt dastehen. Die Vorschläge der Reichsregierung wie die Verhandlungen des Reichstages haben bislang zu keiner Einigung geführt; im Gegenteil: die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten ist bedroht. Sächsische Männer aus allen Schichten der Bevölkerung wie des Berufes haben sich deshalb in dieser schweren Stunde dahin geeinigt, zu fordern, daß die Reichsfinanzreform unter möglicher Beschleunigung zu Ende geführt wird. Sie fordern neben ausreichenden Steuern auf entbehrliche Genusmittel namentlich einen Ausbau der Erbschaftsteuer. Sie erziehen die Vertreter des deutschen Volkes, in dieser Hinsicht zu wirken, und ihre Bedenken gegen den Ausbau der Erbschaftsteuer im Interesse des Reichsgeldbedarfs fallen zu lassen.

Diese Resolution ist unterschrieben von Anhängern der National-Liberalen, der Freisinnigen und der Konservativen, außerdem auch von Vertretern der christlichen Arbeiter.

### Zentrum und Finanzreform.

In einer holländischen Versammlung, die gestern stattfand, präferierte der Abgeordnete Trimborn die Stellung des Zentrums zur Reichsfinanzreform. Er erklärte, es könne eine Situation eintreten, die es geboten erscheinen lasse, daß das Zentrum sich völlig passiv und negativ verhalte. Vorläufig aber werde das Zentrum an der Reform mitarbeiten. Es würde keinen Pfennig indirekter Steuern bewilligen, bevor nicht allermindestens 100 Millionen Besitzkäufern endgültig beschaffen seien, und zwar würde er der Erbschaftsteuer mit Einbeziehung der Eltern und Kinder den Vorrang vor der Nachlasssteuer geben.

### Der Zentrums-Herzog.

Die Zentrums-Presse ist ungemein stolz darauf, daß sie ihren Grafen nun auch einen „leibhaftigen Herzog“ als Abgeordneten zugesellen kann. So behauptet die „Märk. Volks-Ztg.“, die Blockliberalen empfänden nichts als Reiz darüber, daß „einer der reichsten Herzöge der Welt“ Zentrumsabgeordneter werden wolle. Der Reiz ist um so größer, da vollends dieser Herzog der erste preussische Adlige ist, der das Privileg des steten Zutritts zum Kaiser hat, da er persona gratissima am Hofe ist.

Die Zentrums-Presse mag schon recht haben, wenn sie den Blockliberalen Reiz zuträgt. Eitel Humbug freilich ist es, wenn die „Märk. Volks-Ztg.“ behauptet, das Zentrum betätige sich bei der Aufstellung des Herzogs von Arenberg „wieder als die christliche Volkspartei, die den Herzog und Fürsten ebenso umschließt, wie den Bauer, Handwerker und Arbeiter.“ Das Zentrum zählt schon mehr als zu viel Aristokraten unter seinen Abgeordneten. Ist es doch nur zu bekamt, daß gerade diese Zentrumsgrafen, wie Graf Braşina, Graf Spee usw., die ärgsten Reaktionäre sind und sich beispielsweise ganz offen gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen erklärt haben. Und daß durch das Singutreten dieses Herzogs und halben Milliarden — die „Märk. Volks-Ztg.“ selbst beziffert sein Jahreseinkommen auf über 20 Millionen Mark! — die reaktionären, agrarischen und plutokratischen Tendenzen im Zentrum nur eine Verstärkung erfahren werden, versteht sich ganz von selbst. Da aber der Einfluß des Gelds und des Großgrundbesitzes ohnehin im Zentrum überwiegt, nimmt man keinerlei Anstoß an der Zumutung, den politischen Ehrgeiz des sich offenbar langweilenden Grafen zu befriedigen. Hofft man doch auch, durch den Einfluß dieser persona gratissima am ehesten mißliebige Staatsmänner stützen und den konservativ-ultramontanen Block wieder aufrichten zu können.

Aus dem in Frage kommenden Wahlkreis Beckum-Warendorf-Lüdinghausen wird übrigens der „N.-Westf. Ztg.“ geschrieben:

Mehr und unangenehmer übertrifft, als man erfuhr, wenn man dem hiesigen Wahlkreise als neuen Kandidatbewerber für den Reichstag präsentieren würde, war wohl niemand, als die Wähler von Beckum-Warendorf-Lüdinghausen selber. Es ist zu natürlich, daß man Auskunst erheischte, weshalb man gerade auf den Herzog von Arenberg wies, von dem die West-Zentrums-Presse berichtet, daß er im Herzen eigentlich mehr Belgier wie Deutscher sei. Und da erählte dem in einer Landwirte-Versammlung im hiesigen Wahlkreise ein Herr von der Wahlkommission, daß er im Grunde seiner Seele auch anfangs gegen die Wahl des Arenberger gewesen sei, daß er aber zu Ruh und Frommen der großen Zentrums-Partei heute seinen früheren Standpunkt revidiert habe... der Arm des Herzogs reiche sehr, sehr weit... Wie man sich hier im Wahlkreise auf's Bestimmteste erzählt, ist es nicht nur der lange Arm, dem der Herzog seine Romantierung zum offiziellen Zentrumskandidaten verdankt, sondern vor allem auch seine offene Hand. Er soll sich nämlich verpflichtet haben, nicht nur für sich in des Reiches Hauptstadt eine feinen finanziellen Verhältnisse entsprechende Behausung zu erbauen, sondern auch dem Zentrum in Berlin einen großen Parteipalast errichten zu lassen und zu bezuzieren. Das wäre doch wahrhaftig Grund genug gewesen, sich ihn aus Leopolds Lande zu verschreiben!

### Zentrum und Bund der Landwirte.

Der Bund der Landwirte läßt nicht nach mit seinen Bemühungen, im Rheinlande festen Fuß zu fassen und die katholischen Bauern auf seine Seite zu ziehen. Das Zentrum, das sich der drohenden Gefahr wohl bewußt ist, weist demgegenüber durch seine Presse darauf hin, daß die Landwirtschaft am Rhein ihre wirtschaftliche Vertretung im rheinischen Bauernverein gefunden, und daß sich, wo es auf die gesetzgeberische Wahrung landwirtschaftlicher Interessen anläm, das Zentrum allezeit bewährt habe. Natürlich läßt der Bund der Landwirte das nicht gelten, und das zur Vertretung seiner Sache im Rheinlande geschaffene Organ, das „Westdeutsche

Zeitung", das außerdem durch die nationalkatholische deutsche Vereinigung unterstützt wird, wendet sich mit großem Eifer gegen die Einführung, das das Zentrum und der rheinische Bauernverein zur Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen im Westen gelangen. Das Blatt weist darauf hin, daß im preussischen Abgeordnetenhause 166 Abgeordnete Mitglieder des Bundes der Landwirte seien, daß sich darunter aber nur ein Abgeordneter aus der Rheinprovinz befinde. Dann heißt es:

„Wer waren denn die Abgeordneten, welche bei der Zolltarifvorlage die Forderungen der rheinischen Bauern vertreten haben? Waren das die rheinischen Abgeordneten oder waren es die Junker des Ostens? Wer hat denn beim Fleischnotgeschrei in erster Linie die Interessen der Landwirtschaft vertreten? Wer nimmt denn zurzeit den Kampf gegen die Nachlasssteuer, gegen das Streikrecht der ländlichen Arbeiter, gegen das allgemeine Wahlrecht für Preußen am entschiedensten auf? Vielleicht die Abgeordneten des Westens?“

Das Blatt hält dem Zentrum vor, daß die katholischen Bauern vom Koalitionsrecht der Landarbeiter, dem allgemeinen Wahlrecht für Preußen und ähnlichen Begünstigungen des Zentrums nichts wissen wollen. Das Zentrum könnte die nachteiligen Folgen derartigen Forderungen nicht übersehen, aber es habe nicht den Mut, „unberechtigten Forderungen der Arbeiter“ entgegenzutreten, weil es sonst Schaden für die Partei bei der Reichstagswahl. Das Zentrum verspricht, die Interessen aller Berufsstände gleichmäßig zu vertreten, das sei aber bei der Verschiedenheit der Interessen ein Ding der Unmöglichkeit:

„So verlangt z. B. ein Teil der Zentrumswähler billige Lebensmittel, und die Bauern haben gerne gute Preise für ihre Produkte; die einen verlangen, daß die Grenze geschlossen, die andern, daß sie geöffnet wird; die einen fordern das Streikrecht für die ländlichen Arbeiter, die andern wehren sich dagegen...“

... Wer die Verhältnisse kennt, der wird es begreiflich finden, daß das Land der leidtragende Teil werden müßte, und daß unsere Gesetzgebung einen starken demokratischen und besonders arbeiterfreundlichen Charakter annehmen.“

Es ist zwar nicht richtig, daß im Zentrum die Arbeiterinteressen vor den Agrarinteressen bevorzugt werden — jedermann weiß, daß das Gegenteil zutrifft — aber die katholischen Bauern hören es gern, daß sie die Kollektiven und Benachteiligten sind. Und die Art, wie der Bund der Landwirte die Begehrtheit der Agrarier im Westen anzufachen und die Interessengegenstände im Zentrum auszunutzen weiß, läßt erkennen, daß seine Bemühungen nicht ohne Erfolg bleiben werden.

### Aus der preussischen Polizeipraxis.

Vor kurzem erschien bei dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins in Magdeburg, dem Genossen Mühs, ein Kriminalbeamter und hat, da er ständig Berichte über die Jugendbewegung liefern müsse, aber unglücklicherweise sein Material verlegt habe, Mühs möge ihm doch die Namen der Mitglieder des Jugendbundes nennen. Es sei ja nur eine harmlose Sache, und es handle sich doch nicht um ein Geheimnis. Genosse Mühs erklärte ihm, daß er als Vorsitzender eines politischen Vereins es aus vereinsgesetzlichen Gründen mit aller Absicht vermeide, Beziehungen zu dem Jugendbund zu pflegen. Auch bei einigen anderen Genossen fand der Polizeimann keine Erhörung. Wie er sich nun gehalten hat, das zeigt ein Schreiben, das der Polizeipräsident dem Genossen Mühs sandte:

„Der Jugendbildungsverein Magdeburg, dessen Vorsitzender Sie sind, ist ein Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt. Sie werden deshalb... aufgefordert, bis zum 20. April d. J. die Satzung, sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen.“

Man kann sich denken, in was für Gewissensnöte dies Schreiben den Genossen Mühs versetzte. Er soll was sein, was er gar nicht ist, und soll was tun, was er gar nicht kann! Ganz abgesehen davon, daß überhaupt kein Mensch den politischen Verein „Jugendbildungsverein“ kennt.

Uebrigens hat die Polizei auch noch andere Leute in ähnlicher Weise heimgesucht. Auch bei einigen Magdeburger Gewerkschafts-Vorständen erschien sie, um zu ergründen, ob die Gewerkschaften politische Vereine seien.

### Die Neubesehung des Kultusministeriums

scheint jetzt in ihr letztes Stadium eingetreten zu sein. Wie die „Information“ erfahren haben will, wird der Reichskanzler dem Kaiser in Beneidung über die Frage der Neubesehung Vortrag halten. Es ist das erste Mal, daß der Reichskanzler direkte Vorschläge in bezug auf den Nachfolger Dr. Holles dem Monarchen unterbreitet. Nach dem letzten Abschiedsgesuche des Ministers und auf Grund eingehender Erkundigungen im Sanatorium Martinsbrunn ist der Ministerpräsident nunmehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß mit einer Wiederaufnahme der amtlichen Tätigkeit Dr. Holles nicht mehr gerechnet werden kann. Andererseits hat das langandauernde Interregnum im Kultusministerium manche Schwierigkeiten hervorgerufen, da wichtige Fragen, die der persönlichen Erledigung durch den Minister bedürfen, monatelang un bearbeitet liegen bleiben mußten. Fürst Bälou drängt daher auf eine Entscheidung in dieser wichtigen Frage, so daß noch vor Pfingsten mit der Ernennung des neuen Kultusministers gerechnet werden kann.

### Der deutsche Beamtentag.

Wie schon mitgeteilt, tritt am Sonntag, den 18. April, in Berlin der erste Deutsche Beamtentag zusammen. Der Aufruf an die deutschen Beamten spricht eine für diese Kreise ganz ungewohnt deutsch Sprache. Es heißt darin:

Die Not der Zeit lastet seit Jahren schwer auf unserem Land. Tausende von Beamtenfamilien befinden sich in äußerster bedrückter Lage. Nur die Hoffnung auf die endliche Verbesserung der Gehälter zum 1. April d. J. dämmte die Verzweiflung aus ihrem Heim. Nun ist der 1. April längst vorüber, aber trotzdem ist noch garnicht abzusehen, wann die Beamten in den Besitz der Gehaltssteigerung gelangen werden... Jetzt gilt es, zu zeigen, daß die gesamte deutsche Beamtenschaft willens ist, in Einigkeit ihre berechtigten Forderungen zu vertreten... Die Abwälzung der neuen Steuern auf unsere überladenen Schultern bringt die Gefahr mit sich, daß die in Aussicht stehende Gehaltssteigerung den neuen Steuern zum Opfer gebracht werden muß. Dadurch wäre die Beamtenschaft um nichts verbessert; erneut, und dann weit schärfer würde die Not an ihre Türen klopfen. Der Verlauf unseres ersten Deutschen Beamtentages muß dem Volke und der Regierung die Augen öffnen. Ein Staat ohne Beamte ist undenkbar...“

### Zur Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit.

Einen neuen Beitrag zur unbedingten Notwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit liefert seit einiger Zeit die Verwaltung des Truppenübungsplatzes Weihenburg bei Posen. Dort werden seit dem Herbstmanöver eine Anzahl Soldaten in den verschiedensten Zivilberufen beschäftigt. Auf dem Übungsplatz wird ein Soldatenheim errichtet, zu dem jetzt die Vorarbeiten gemacht werden. Eine ganze Holzbearbeitungsanlage mit Gatterwerk ist aufgestellt worden, welches die aus dem dortigen Walde geholten Baumstämme bis ins Kleinst bearbeitet und so das Bauholz zu dem Bau vorbereitet. Sämtliche Arbeiten, das Roden der Stämme wie auch das Bedienen der Maschinen wird von sachkundigen Soldaten der Posener Regimenter besorgt. Ein Hauptmann führt die militärische Oberaufsicht, wobei ihn einige Unteroffiziere als Poliere unterstützen. Die Soldaten arbeiten von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends

und erhalten außer ihrer Abkürzung für den ganzen Tag nur 10 Pf. Zuschlag. Der Osterurlaub wurde den Soldaten verweigert mit der Begründung, die Arbeit sei dringend, und es könne niemand abkommen. Da auch die Maurerarbeiten von Soldaten ausgeführt werden sollen, hat sich der Vorsitzende des dortigen Zentralkomitees mit einer Eingabe an das Kriegsministerium gewandt mit der Bitte, diese Militärkonturen zu verbieten, da in der Stadt Posen zurzeit sechzig Prozent der Arbeiter arbeitslos sind.

In der Tat, trefflicher kann die Notwendigkeit des zweijährigen Dienens nicht illustriert werden als durch diese Maßnahmen. Man darf gespannt sein, was der Kriegsminister antworten wird.

Mehr als 2000 Tabakarbeiter und Fabrikanten aus den Hauptorten der niederrheinischen Tabakindustrie Goch, Geldern, Nees, Cleve, Emmerich, Radenkirchen, Deseff und Duisburg protestierten in zwei Versammlungen in Geldern gegen die neue Tabaksteuervorlage. In beiden Versammlungen wurde einhellig eine Resolution angenommen, in der namens der kleinen und mittleren selbständigen Fabrikanten und Händler sowie der Arbeiter unter scharfer Verurteilung der Stellungnahme des Tabakvereins gegen jede Mehrbelastung der Tabakindustrie Protest eingelegt wird.

### Landtagswahlwahl in Dufum.

Bei der heute im 5. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Schleswig stattgehabten Landtagswahlwahl entfielen sämtliche 168 abgegebene Stimmen auf J. Lönies, Amtsvoescher in Garbing, (nationalliberal).

### Das Beschwerderecht der Soldaten

illustriert treffend eine Kriegsgerichtsverhandlung der 20. Division in Braunschweig. Der Kaufmann und Musketier Konrad Th. von der 10. Kompanie des 92. Infanterie-Regiments konnte es am Spätabend des 12. Februar in seinem Bette am zügigen Fenster vor Kälte nicht aushalten und deckte sich noch mit seinem Mantel zu. Dafür erhielt er auf Meldung des Unteroffiziers von seinem Hauptmann drei Tage strengen Arrest zudiktet, nach deren Verabreichung Th. den Unteroffizier beim Bataillonskommandeur beschwerdeführend der Erstattung einer falschen Meldung bezichtigte und behauptete, zu Unrecht bestraft worden zu sein.

Dafür wurde er wegen „verleumderischer Beschwerden“ vor das Kriegsgericht gestellt, denn der Unteroffizier sagte entgegen der Angabe des Beschwerdeführers aus, daß er dem Soldaten den Mantel weggenommen, daß dieser sich ihn aber wiedergeholt habe. Das Geschworenen-Urteil sprach dem Soldaten beschuldigt, jedoch das Gegenteil, daß der Unteroffizier gar nicht an das Bett herangetreten sei und den Mantel gar nicht angefaßt habe. Worauf der Angeklagte mit der Begründung freigesprochen wurde, daß ihm die wissentlich falsche Beschwerdeerstattung nicht nachgewiesen werden könne.

### Die Wirren auf Samoa.

Vom Reichskolonialamt liegt eine amtliche Erklärung vor, welche die Gerüchte über Samoa für übertrieben und direkt falsch erklärt. Die Berichte des Gouverneurs Soli und des Beschwerderechts sind in Berlin noch nicht eingetroffen. Sofort nach ihrem Eintreffen soll eine amtliche Darstellung der Vorkommnisse erfolgen. Daß der Gouverneur den Eingeborenen einen Schwur geleistet habe, könne möglich sein. Dann habe es sich aber offenbar bloß um einen Akt gehandelt, der in einer bei den Samoanern üblichen Weise vorgenommen wurde, um einstweilen Ruhe zu schaffen. Das Kolonialamt bedauert, daß wir kein eigenes Kabel nach Samoa haben. Aus dem ganzen feierlichen Verhalten des Gouverneurs sei zu schließen, daß von einem Schwur nach europäischen Begriffen keine Rede sein kann.

### Die Pest in Deutsch-Ostafrika.

Aus Deutsch-Ostafrika ist eine telegraphische Meldung des Gouvernements eingetroffen, wonach im Bezirk Ruansa etwa 60 Todesfälle an Pest vorgekommen sind. Das offizielle Telegraphenbureau fügt hinzu: Daß am Südrande des Viktoriasees alte Pestherde liegen, in denen die Epidemie von Zeit zu Zeit immer wieder aufflackert, ist bekannt.

### Spanien.

#### Amnestie und Finanzreform.

Madrid, 15. April. Rabinetschef Raura verlas vor der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend Amnestie aller politischen Verurteilten. Ferner wurden eingebracht Gesetzentwürfe über die Finanzreform, Aufnahme einer Anleihe zur Errichtung von Schulen, hydraulischen Werken, für die Tilgung der auswärtigen Schulden, für Reorganisation der Marine, sowie der Post und Telegraphie. Die Finanzprojekte sehen eine Reorganisation der verschiedenen Steuern und die Aufnahme einer Anleihe in Höhe einer Milliarde vor.

### England.

#### Gegen die Dreadnoughtpanik

hat der Handelsminister Winston Churchill eine Kundgebung erlassen in Form eines Briefes an den Vorsitzenden des liberalen Klubs von Dundee. Es heißt darin: Die Admiraltät ist bereit zu beweisen, daß die britische Flotte nicht nur jeder vernünftigerweise wahrscheinlichen Kombination zweier Mächte überlegen ist — auch im Jahre 1912 — sondern auch einer Kombination der beiden nächst stärksten Mächte Europas, ohne Rücksicht darauf, ob eine solche Kombination wahrscheinlich ist. Es würde töricht von uns sein, wenn wir Schiffe gegen die Vereinigten Staaten bauen wollten. Es ist nicht Politik der britischen Regierung, bei der Aufstellung des Flottenprogramms die amerikanische Flotte in Betracht zu ziehen, weil wir nicht glauben, daß irgendeine vernünftigerweise wahrscheinliche, ja menschlich fahrbare Kombination gegen den Frieden und die Freiheit Großbritanniens bestehen könnte, die die Flotte der Vereinigten Staaten in sich schloße.“

Eingehend bekämpft der Brief sodann die Annahme, daß ein so tiefer Gegenfah zwischen Deutschland und England bestünde, daß es zwischen den beiden Staaten früher oder später zum Kriege kommen müsse. Es heißt darüber in dem Schreiben: „Ich habe den größten Irrtum bis zuletzt gelassen. Es ist der, daß es einen tiefen Interessengegensatz zwischen dem deutschen und dem englischen Volke gebe, der nur durch eine äußerste Kraftprobe gelöst werden könne, der uns der Beschick des Schicksals unweidlich entgegenreibe. Keine verhängnisvollere Vorstellung könnte das Hirn eines Staatsmannes fassen. Es gibt keinen natürlichen Gegensatz zwischen den Interessen des englischen und des deutschen Volkes. Keine jener Streitigkeiten, verursacht durch Klassen, territoriale, dynastische oder religiöse Fragen, die in der Vergangenheit die Welt bewegt haben, oder in der Gegenwart zu der unbeschränkten Haltung der Staaten beitragen, existiert zwischen England und Deutschland oder hat je zwischen ihnen existiert. Wir haben uns an große Dinge aus der Vergangenheit zu erinnern und nichts zu vergessen. Es gibt zweifellos eine Rivalität im Handel, es gibt aber auch eine wirkliche und wachsende Abhängigkeit. Keine kontinentale Nation ist in unserem Handel notwendiger als Deutschland, es ist unser bester Kunde, weil wir es von ihm sind. Trotz übelwollender Kräfte, die wir in allen Ländern am Werke sehen, ruht der europäische Frieden von Jahr zu Jahr auf immer breiterer und tieferer Grundlage. Die Verflechtung der gemeinsamen Interessen, der Zusammenhang des modernen Lebens, die Verbesserungen in den Verkehrsmitteln, die Ausbreitung der Kenntnisse, der Kultur und

des Komforts, alles weist auf eine größere Sicherheit und auf ein immer deutlicher erkennbares gemeinsames Interesse zwischen allen Ländern hin, und zwischen wenigen Ländern mehr als zwischen Deutschland und England. Wenn allmählich ein ernsthafter Gegensatz zwischen beiden Völkern hervorgerufen worden ist, so wird dieser nicht zurückzuführen sein auf das Wirken irgendwelcher natürlichen oder unpersonlichen Kräfte, sondern auf die verbrecherische Tätigkeit einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Persönlichkeiten in beiden Ländern und auf die sträfliche Leichtgläubigkeit breiter Volksschichten.“

Den Schluß bildet die Aufforderung an die einsichtsvollen und führenden Männer, den wie ein Alpdruck auf England lastenden Stimmungen, aus denen die Panik geboren wurde, energisch entgegenzutreten.

Der Brief ist ein Zeichen dafür, wie leicht mit der jetzigen englischen Regierung ein Abkommen auf Einschränkung der Flottenrüstungen zu haben wäre, wenn die deutsche Regierung einen solchen vernünftigen Schritt zu tun vermöchte.

### Persien.

#### Der Bürgerkrieg.

Tabriz, 15. April. Eine Meuterei, die gestern von Makham Khan gegen die Stadt entzündet wurde, wurde von Sattar Khan zurückgeschlagen. Ebenso richtete eine von Ali ed Daulsch angeführte heftige Beschickung der Stadt nur geringen Schaden an.

Teheran, 15. April. Die Zomuden, ein Turkmeneinstamm, umringten die Stadt Asterabad, die vor einiger Zeit von kaukasischen Revolutionären unter Führung des früheren Zeitungs-korrespondenten Panow eingenommen worden war, und eröffneten den Kampf gegen die Revolutionäre, wobei viele Personen getötet oder verwundet wurden. Panow floh und seine Anhänger ergaben sich dem russischen Konsul. Im russischen Konsulat fanden viele Bewohner der Stadt und der umliegenden Dörfer mit Frauen und Kindern Zuflucht. Die Bevölkerung ist von einer Panik ergriffen, da befürchtet wird, daß die Turkmene ein Blutbad anrichten.

### Amerika.

#### Unruhen in Mexiko.

Mexiko, 15. April. Wie aus dem Winternlager Belardena in der Provinz Coahuila gemeldet wird, entstanden am vergangenen Sonntagmorgen in Folge des Verbotes einer religiösen Prozession erste Unruhen, bei denen das Haus des Bürgermeisters mit Steinen beworfen und in Brand gesteckt wurde. Die einschreitende Polizei erwiderte sich der angreifenden Menge gegenüber als zu schwach und wurde mit einem Verlust von sechs Toten zurückgedrängt. Erst später eintreffenden Truppen gelang es nach einer regelrechten Schlacht, bei der 32 Personen getötet und viele verwundet wurden, die Ruhe wiederherzustellen. Pierreh der Unruhestifter wurden hingerichtet und eine größere Anzahl in Gefängnis gesetzt.

## Aus der Partei.

#### Parteiretter Peus.

Das „Volksblatt für Anhalt“ beschäftigt sich an leitender Stelle mit Kautskys neuer Broschüre „Der Weg zur Macht“. Aber nicht etwa, um den Lesern etwas über den Inhalt der Schrift mitzuteilen oder Stellung dazu zu nehmen — das soll erst später in einer Reihe von Artikeln geschehen — sondern um breitfüßig zu beteuern, daß die in der Broschüre niedergelegte Ansicht Kautskys nicht als ein offizielles programmatisches Bekenntnis der Partei zu betrachten sei. Wenn Genosse Peus das zu konstatieren für nötig hielt, hätte er das sehr einfach gehabt: heißt doch Kautsky in dem Vorwort seiner Broschüre selbst hervor, daß für seine Darlegungen nur er persönlich verantwortlich zu machen sei. Aber da dem Genossen Peus die Auffassung Kautskys nicht gefällt, begnügte er sich nicht mit dem Hinweis auf Kautskys eigene Erklärung, sondern sucht in der ihm eigenen geschmackvollen Weise Kautskys wissenschaftliche Autorität in der Partei überhaupt herabzusetzen. Nachdem er sich selbst ein höchst zweifelhaftes Kompliment gemacht hat durch die Bemerkung: „Wir können nicht sagen, daß wir durch die Schrift und irgendwie besonders aufgefällt, erheblich gefördert fänden.“ (Scheidt er:

„Auch täuscht man sich bedeutend, wenn man glaubt, ein Mann wie Kautsky brauche nur zu einer Frage Stellung zu nehmen, um sofort die gewaltige Mehrheit der Partei hinter sich zu haben. Nach unseren Erfahrungen ist das Gegenteil der Fall. Der Spott des verstorbenen Kier über die „Kirchenbäter“ ist eine in der Partei ganz außerordentlich verbreitete Stimmung. Man liest und legt zu dem Uebrigen.“

Inwiefern bisher die von Kautsky vertretenen Auffassungen die „gewaltige Mehrheit der Partei“ hinter sich hatten, beweisen ja die Beschlüsse der Parteitage. Und da die neueste Broschüre Kautskys auf denselben Auffassungen basiert, zweifeln wir nicht um mindestens daran, daß auch diesmal die große Mehrheit der Partei hinter Kautsky steht. Denn so recht das „Volksblatt für Anhalt“ hat, wenn es schreibt, auch Kautskys Meinungen hätten für die Partei nur soweit Gültigkeit, als sie richtig seien, so ist doch zum Glück nicht Genosse Peus die Instanz, die über die Richtigkeit der Kautskyschen Ansichten zu befinden hat.

#### Auch ein Mittel.

In Kamen bei Dortmund waren die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl im Schaden der Wähler der ersten Abteilung derart unvollständig aufgestellt, daß das Oberverwaltungsgericht auf den Protest der Sozialdemokratie hin die Wahl zweier Nebenandidaten für ungültig erklärte. Die Neuwahl ist nun am den 19. und 20. April festgesetzt. Am gleichen Tage finden in Kamen die militärischen Kontrollversammlungen statt.

Man hofft offenbar, durch das „zufällige“ Zusammentreffen der beiden Termine die Sozialdemokratie aus dem Stadthaus fernzuhalten, da die Kontrollversammlungen bekanntlich am Tage der Kontrollversammlung unter Militärgeleit stehen und die Stimmabgabe für einen Sozialdemokraten als „strafbare Kundgebung sozialdemokratischer Gesinnung“ erklärt werden soll.

#### Ein Grabdenkmal für Karl Bloch.

Ein Grabdenkmal für den verstorbenen Parteigenossen Karl Bloch wurde Donnerstagabend, am Tage seines 62. Geburtstages, in Stuttgart enthüllt. Es ist vom Deutschen Holzarbeiterverband in Verbindung mit der Stuttgarter Parteioffensive errichtet worden. In einem Schwarzweiden Granitblock von über 2 Meter Höhe, einem sogenannten Rindling, der in seiner natürlichen Form erhalten geblieben ist und einen imposanten Eindruck macht, ist ein Bronzebildchen eingelassen, das vom Stuttgarter Bildhauer Riemen modelliert ist und den Kopf des Verstorbenen wiedergibt. — Namens des Deutschen Holzarbeiterverbandes übergab der Vorsitzende Genosse Theodor Leipart das Grabdenkmal den organisierten Arbeitern Stuttgarts, für die es der Reichstagsabgeordnete Hildenbrand in Empfang nahm.

Gefangenschüre eröffneten und schlossen die Feier, worauf die Teilnehmer am Denkmal vorüberzogen.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Rechtsprechung im Reiche der Greußendünge. Am Mittwoch hatten sich zwei Klebstreuer der Dresdener „Volksmacht“ vor dem Schöffengericht in Walden.

Burg zu verantworten. Ein Amtsdirektor fühlte sich durch eine Notiz beleidigt, und Genosse Schiller wurde, obwohl noch unbestraft, zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Hierauf sollte gegen den Genossen Wolf verhandelt werden. Die bekannte Reichsverbandgröße Ernst fühlte sich durch einen Artikel beleidigt, der Enthaltungen über das Lager der „Gelben“ enthielt. Vor dem Eintritt in die Verhandlung lehnte aber der Angeklagte das gesamte Gericht wegen Befangenheit ab. Zur Begründung wies er darauf hin, daß in Waldenburg gegen sozialdemokratische Angeklagte von jeher exorbitant hohe Strafen verhängt worden seien, was auch der vorher verhandelte Prozeß Schiller gezeigt habe. In seinem Prozeß seien auch die Sachverständigen und Zeugen, die von ihm benannt waren, nicht geladen worden, so daß er nicht imstande sei, sich zu verteidigen. Die Befürchtung der Befangenheit rechtfertigt sich auch dadurch, daß die Waldenburger Bevölkerung, soweit sie als Schöffen zugelassen werden, kleine Geschäftleute und Grubenbeamte seien, die sich in völliger wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Grubenkapital befinden. Für die Richter in Waldenburg käme der gesellschaftliche Verkehr in Frage; auch sie könnten ihren gesellschaftlichen Verkehr nur mit Interessenten des Grubenkapitals führen. Deshalb sei die Befürchtung der Befangenheit wohl begründet.

Die Sache mußte deshalb abgesetzt werden, und die Waldenburger Strafkammer wird nun zunächst über die Ablehnung zu beschließen haben.

## Aus Industrie und Handel.

### Getreideausfuhr.

Wie unheilvoll das System der Ausfuhrscheine in Verbindung mit den erhöhten Zollsätzen wirkt, zeigt die folgende Zusammenstellung über das Resultat des deutschen Außenhandels mit Getreide für die Zeit vom 1. August 1908 bis Ende März 1909, im Vergleich mit derselben Zeit des Vorjahres. Es ergeben sich folgende Zahlen:

	1908/09	1907/08
Weizen		
Ausfuhr	5 084 813	1 494 711
Einfuhr	8 976 023	14 169 822
Gerste		
Ausfuhr	15 139 125	15 286 000
Hafer		
Ausfuhr	125 173	1 791 114
Mais		
Ausfuhr	3 856 417	6 753 598

Der Einfuhrüberschuß des Vorjahres von rund 1 1/2 Millionen Doppelzentner bei Roggen hat sich in einen Ausfuhrüberschuß von 5 Millionen Doppelzentner verwandelt; bei Weizen sank der Einfuhrüberschuß von 15 Millionen Doppelzentner auf rund 9 Millionen Doppelzentner.

### Der Profit.

Ueber die Preise Maddox läßt die Vergewaltigungsgesellschaft m. b. H. den Gewerkschaften einen Bericht zugehen, in dem genau mitgeteilt wird, wie weit die Aufbeivaltigungsarbeiten gediehen sind. Schließlich erfährt man:

„Es ist anzunehmen, daß nach Verlauf von etwa 14 Tagen die Fördereinstellungen auch im Schachte II bis zur zweiten Sohle wiederhergestellt sein werden. Der neue Ausbau der Maschinenkammer, welche zur Aufnahme der Pumpe dienen soll, schreitet rüstig vorwärts. Ueber die Dauer der Aufwältigungsarbeiten der zweiten Sohle lassen sich zurzeit noch keine sicheren Angaben machen. Bis zur Beendigung derselben müssen die Pumpungsarbeiten der dritten Sohle gestundet werden.“

Von den verunglückten Menschen kein einziges Wort. Man ist nur daran interessiert, den Herren Gewerkschaften mitzuteilen, wie weit der Betrieb schon wieder in Ordnung ist, wann die Gewinnung der schwarzen Diamanten wieder losgehen kann.

### Die Stahlharten.

Die norddeutsche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller war zu einer Hauptversammlung zusammengetreten. Abg. Dr. Kemmer erstattete einen Jahresbericht, in dem er die Marktlage erläuterte und die Gesetzgebung kritisch besprach. Im Anschluß daran wurde folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

„Die Hauptversammlung erhebt nachdrücklichen Einspruch gegen die Beschlüsse der Reichstagskommission, die durch einen § 134 g a der Gewerbeordnung die Arbeiterauschüsse obligatorisch und Anträge auf Gewährung von Ausnahmen bezüglich der Arbeitszeit wie der Sonntagruhe von der gutachtlichen Meinung der Arbeiterauschüsse abhängig machen will. Das erstere würde die staatliche Organisation der Sozialdemokratie bedeuten, das letztere der Errichtung einer konstitutionellen Fabrik gleichkommen, in der dem Arbeitnehmer Rechte über die Verhältnisse des inneren Betriebes zugesprochen werden, die er zu überblicken gar nicht in der Lage ist. Beide Bestimmungen stellen Eingriffe des Staates in den privaten Arbeitsvertrag dar, die geeignet sind, die Freudigkeit an der Führung industrieller Betriebe zu erstören und den wirtschaftlichen Erfolg wie insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt aufs entschiedenste zu beeinträchtigen. Sie sind daher für die Grobblei- und Stahlindustrie schlechterdings unannehmbar.“

Kann wissen die Minister was sie zu — lassen haben, wenn sie nicht fliegen wollen.

Patriotische Profitmacherei. Wie aus New York gemeldet wird, will sich James Palen, der die Weizenpreise in den letzten Wochen enorm in die Höhe getrieben hat, vom Spekulationsmarkt zurückziehen. Sein Gewinn bei der Heulle soll jetzt schon circa acht Millionen Mark betragen. Dabei verfügt er noch über bedeutende Quantitäten. Er will aber lediglich aus Patriotismus gehandelt haben. Um zu verhindern, daß Amerika von Getreide entblößt werde, habe er alles erreichbare Material aufgelaufen. — Als Opfer für seine patriotische Tat muß er nun diese Millionen Dollar einstecken. Also auch hier macht sich der Patriotismus gut bezahlt.

## Gewerkschaftliches.

### Der höfliche Magistrat und der unhöfliche Bäcker!

Um öftere Kontrolle der Bäckereien hatte auf Wunsch der organisierten Bäckergehilfen der Bezirksleiter des Verbandes den Magistrat in Stadthagen ersucht, da die Bäckereiverordnungen von den Bäckermeistern dort fast gar nicht beachtet würden. Als Antwort ging folgendes Schreiben ein:

Der Magistrat.

J. Nr. 564.

Stadthagen, den 2. März 1909.

An den Bezirksleiter des Deutschen Bäder- und Konditoren-Verbandes.

Hannover, Knochenhauerstr. 1.

Ihre Beschwerde vom 16. v. M. ist nach unseren Ermittlungen unbegründet. Falls Sie Anspruch darauf machen, erübt genommen zu werden, verschonen Sie uns künftig mit derartigen unbegründeten Eingaben.

Diese Antwort eines hohen Magistrats ist von wahrhaft herzerstreichender Urgründlichkeit. Wenn in ganz Schaumburg-Lippe nach diesem Stadthagenschen Magistratsrezept verfahren wird, dann ist Schaumburg-Lippe ein überglückliches, bestregiertes und verwaltetes Land. Der Bezirksleiter W. Weber-Hannover scheint nun wirklich die Absicht zu haben, nicht ernst genommen werden zu wollen, denn er schrieb dem Stadthagensen Magistrat:

An den Magistrat der Stadt Stadthagen!

Teile Ihnen mit, daß unsere Beschwerde vom 16. Februar nach unseren Ermittlungen nur zu begründet ist, und werden wir zukünftig alle Uebertretungen der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung übermitteln.

Falls der Verfasser Ihrer Antwort vom 2. März d. J. Anspruch darauf macht, erübt genommen zu werden, möge er sich erst befleißigen, auf eine begründete und höfliche Beschwerde dementsprechend zu antworten. —

Ob der Magistrat hierauf reagieren wird?

### Berlin und Umgegend.

#### Süßes Elend.

Wenn der uneingeweihte Beschauer vor den Schaufenstern unserer Konfitürengeschäfte die süßen Herrlichkeiten anschaut, so macht er sich wohl im Entferntesten keinen Begriff, unter welchen Lohn- und Arbeitsbedingungen all diese Dinge hergestellt worden sind!

Ein verhältnismäßig noch junger Industriezweig ist diese Branche, und doch hat sie sich seit einem Jahrzehnt in ungehörter Weise entwickelt — aus den ehemaligen Luxusartikeln sind Bedarfsartikel auch für den kleinen Mann aus dem Volke geworden. Doch wenn die Verursacher anderer Industrien unter gleichen Verhältnissen es verstanden haben, durch festgesetzte Organisationen etwas Erledliches auch für das Heer der Arbeitslosen herauszuholen, so liegt es hier leider noch sehr im argen! Man sagt, es liege am „Hunger-Künstlerstolz“ der gelernten Konditoren, andererseits an der gewaltigen Fluktuation im Beruf, verursacht durch das sich immer mehr einbürgernde Saisongeschäft.

Die Berufszählung letzten Datums ergab in Deutschland 502 Zuckerverfabriken aller Art. Diese beschäftigten 3225 gelernte Konditoren und 2488 Hilfskräfte, wovon wiederum 14 435 Personen weiblichen Geschlechts waren. — Man sieht also, daß der gelernte Konditor ausgedehnt hat, ein wesentlicher Faktor im Fabrikbetriebe zu sein. Die billigen und willigen Arbeitskräfte der ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen und die immer mehr und mehr sich geltend machende Maschinentechnik im Beruf haben ihn verdrängt. Aber diese Umstände haben seinen Weitblick nicht geschwächt, sondern ihn nur zu einem blinden Hasser der neuen Faktoren gemacht!

Nur in einigen Spezialfällen markiert er noch den „Standesbewußten Künstler“. Oder er wird ein gut bezahlter Antreiber im Betrieb, dessen Aufgabe es ist, aus den übrigen erbärmlich bezahlten und behandelten Mitarbeitern so viel Mehrwert als möglich herauszuschinden. — In solchen Fällen kennt das Herrschbewußtsein und der Machtbunkel dann keine Grenzen. Für die Organisation hat er nur Spott und Hohn! Das Gros der gelernten Leute sind lediglich Saisonarbeiter, sie arbeiten für 21—24 W., selten teurer, die Saison hindurch, sehen im möglichst vielen Ueberstundenmachen — das fast niemals prozentual höher bezahlt wird — ihr höchstes Glück, und müssen dann schlecht und recht versuchen, sich als Kellner, Anstreicher oder Tagelöhner durchzuschlagen, bis sich wiederum die Fabrikstore öffnen. —

Weit trostloser noch geht es dem Heer von ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen. Bei oft brutaler Behandlung seitens des Chefs sowie der Antreiber, unter einem fein ausgelegten Strafsystem für Zuspätkommen, Raschen, ja in einzelnen Fällen sogar für Lachen und Sprechen, unter vielen Leibesverstümmelungen in peinlichster Form, verdienen Arbeiterinnen 7 bis 12 M. pro Woche; nur in Spezialfällen mehr. — Auf der anderen Seite gibt es ein raffiniert geschickt ausgedacht, und Wohlthatigkeitssystem, in Form von allen möglichen Wohlthaten, die die Spender in den Augen der naiven Mengen als wahre Wunder von Gelmüt und Nächstenliebe erscheinen lassen sollen! —

Trotz all diesem Jammer hat die Organisation schwer gegen Gleichgültigkeit auf der einen Seite, gegen Brutalität in schlimmster Form auf der Kapitalisten Seite zu kämpfen. Diese Herren schließen sich in ihrer Kampfweise würdig den Kühnmannern an. —

Parteigenossen und Genossinnen! Wie unendlich viele dieser indifferenten Zuckerwarenarbeiter und Arbeiterinnen sind Eure Männer, Frauen, Brüder, Schwestern oder sonstige Verwandte! Euch mühte es ein Leichtes sein, Euren ganzen Einfluß in der Agitation von Mund zu Mund aufzubieten, und diese unwissenden oder gleichgültigen Elemente, die wir in unseren Versammlungen trotz Flugblätter, Broschüren und sonstiger Mäheaufwendungen nie zu sehen bekommen, zuzuführen. Schlotternde Furcht ist in die Reihen jener Leute eingerissen. Sorgt dafür, daß sie auf die Segnungen des geschlossenen Vorgehens gegen den gemeinsamen Feind, das Kapital, aufmerksam gemacht werden. Ein indifferenter Arbeiter ist eine Gefahr für jeden einzelnen organisierten Arbeiter! Heute drückt er in diesem, morgen in jenem Berufe die Löhne. Oft genug gibt er sich sogar zur schimpflichen Rolle des Streifrechters her. Sehr viel kann hier im Schoße des engsten Familienlebens erzielt werden. — Aufklärung und Solidarität über alles! — Und es liegt ja auch im Interesse jeder Familie, daß ihre Angehörigen, welche in unserer Branche arbeiten, statt der Bettelpennige anständige Löhne verdienen, eine vernünftige Arbeitszeit und manerliche Behandlung genießen.

Parteigenossen! In dem gewaltigen Kampfe unserer Widersektion für menschenwürdige Zustände habt Ihr bewundernswürdige Disziplin und Solidarität bis auf den heutigen Tag bewiesen. Auch die heute Euch vor Augen gestellten Mißstände des kapitalistischen Regimes schreien zum Himmel!

Wir glauben, nicht umsonst an Eure Solidarität appelliert zu haben, helft und die Gleichgültigen aufrütteln und sie alle, soweit Euer Einfluß reicht, auf den Weg der Organisation, auf den des Kampfes und des Sieges zu verweisen.

Hoch die Solidarität!

Verband der Bäder u. Konditoren (Sektion Zuckerwarenbranche).  
Engelshofer 14, Zimmer 65, III. 8—1 1/2 u. 4 1/2—7 geöffnet.

### Differenzen in der Herrenmähnebranche.

In der gestrigen Kostümmäherversammlung, in der Kunde über die Durchführung des für diese Branche abgeschlossenen Tarifvertrags sprach, erwähnte der Redner auch, daß sowohl die Damenmähner und Schneiderrinnen, wie die Herrenmähner der Firma Ebenstein in der Lehrenstraße ausgespart wurden und nun im Streik stehen. Es handelt sich hierbei um Streitigkeiten über die Bezahlung der Feiertage. Die Firma hat die Angelegenheit dem Arbeitgeberverband überwiesen und dieser hat sich wiederum an seinen Zentralvorstand in München gewandt, was jedoch auch noch nicht zur Erledigung der Differenzen führte. Der Arbeitgeberverband hatte auf gestern abend eine Versammlung einberufen, um sich mit der Sache zu befassen, und deshalb die zur selben Zeit geplanten Beratungen über den Stückmähner-Tarif der Kostümmäher abgesetzt. Es scheint, daß die Arbeitgeber dem Streik bei Ebenstein große Bedeutung beimessen, so daß vielleicht eine Aussperrung in der Herrenmähnebranche in Aussicht steht. Die Arbeiterschaft des Berufs steht solchen Mißständen selbstverständlich nicht unbereit gegenüber.

## Deutsches Reich.

**Achtung, Metallarbeiter!** Der Jugug nach Bergerhof bei Nades bornwald ist fernzubalten, da dort ein Streik ausgebrochen ist. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung, Tapetenrunder!** In der Norddeutschen Tapetenfabrik, Joh. Hölscher u. Brömer in Langenhagen bei Hannover, wurde ein Teil der gelernten Arbeiter entlassen, weil diese Mitglieder des Verbandes der Lithographen und Steinrunder sind. Hieraus reichten sämtliche organisierten Kollegen ihre Kündigung ein. Da nur drei Unorganisierte vorhanden sind, muß der Sieg unser sein, falls es nicht gelingt, Erzkraften zu bekommen. Jugug muß streng ferngehalten werden.

### Gewerkschaftlicher Zusammenschluß.

Der Verbandstag der baugewerblichen Hilfsarbeiter in Köln beschloß gestern einstimmig eine Verschmelzung mit dem Maurerverband.

Der Verbandstag der Hoteldiener in München beschloß mit 57 gegen 2 Stimmen die Verschmelzung mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen.

### Tarifabschluß im Königsberger Baugewerbe.

Wie wir feinerzeit mitteilten, waren die Maurer und Bauhilfsarbeiter Königsbergs mit dem Unternehmertum im Baugewerbe zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages in Unterhandlungen getreten, und zwar gingen diesmal die freien Gewerkschaften mit den christlichen Organisationen gemeinsam vor. Es ist nun, nachdem im Laufe der letzten drei Wochen mehrere Vertretersitzungen stattgefunden haben, zum Tarifabschluß gekommen. Die christlichen Maurer verlangten ursprünglich einen Fünftägigen Stundenlohn mehr als die freien Gewerkschaften. Aus tatsächlichen Gründen einigten sich diese auf 56 Pf. Stundenlohn. Ein viel umstrittener Punkt war der Arbeitsnachweis. Die Unternehmer verlangten eine schriftliche Erklärung der Arbeitervertreter, worin sie sich verpflichten sollten, den nun einmal bestehenden Arbeitsnachweis nicht zu bekämpfen. Die Vertreter glaubten nicht berechtigt zu sein, eine solche Erklärung abzugeben, ohne die Zentralvorstände befragt zu haben. Dies ist mittlerweile geschehen, die Antwort der Zentralvorstände (Maurer und Bauhilfsarbeiter) lautete dahin: „Die Arbeitsnachweisfrage wäre kein Grund, den Tarif scheitern zu lassen.“ In den stattgefundenen Versammlungen gaben dann die Maurer und Bauhilfsarbeiter auch ihre Zustimmung in der Arbeitsnachweisfrage, zumal vom Jahre 1910 ab auch nach dieser Richtung eine Neuregelung eintreten soll, wie überhaupt bei allen Positionen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Einstweilen wird eine Schlichtungskommission eventuelle Uebergriffe des Arbeitsnachweises zu regeln suchen. Für die Bauhilfsarbeiter sind folgende Tariffälle vereinbart worden: Kalk-, Stein- und Estrichträger erhalten 45 Pf. Stundenlohn, Ausschachtungs-, Abbruch- und Schmelzarbeiter 38 Pf. Für ständige Erdarbeiter sind 35 Pf. Stundenlohn festgelegt. Auf Baustellen, wo mechanische Beförderungsmittel zur Anwendung kommen, bleibt der Lohn der freien Vereinbarung vorbehalten, doch darf er nicht unter 40 Pf. pro Stunde stehen. Für Ueberstunden gibt es 6 Pf. pro Stunde, für Nachtstunden 50 Proz. Zuschlag. Die Leistungsklausel wurde auf Antrag der Arbeitervertreter aus dem Tarifvertrag gestrichen. Der neue Tarif für Maurer und Bauhilfsarbeiter tritt sofort in Kraft.

### Erfolgreicher Streik.

Nach fast zweiwöchentlicher Dauer wurde der Streik auf der Lothkühn Maschinenfabrik in Annen bei Dortmund erfolgreich beendet. Ursache des Streiks war eine 10prozentige Lohnkürzung, mit der die Arbeiter nicht einverstanden waren. Vorige Woche noch lehnte es der Besitzer der Fabrik ab, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Da aber die Arbeiter einig blieben, hat er sich seitdem eines Besseren besonnen; er sah sich veranlaßt, mit der Kommission der Arbeiter und dem Bezirksleiter der Organisation zu verhandeln, was zu folgendem Ergebnis führte: Die angelegte Lohnreduktion wird zurückgezogen. In Zukunft wird die anderweitige Regelung der Löhne nur mit einer Kommission der Arbeiter vorgenommen. Der einbehaltenen Lohn für sechs Schichten wegen Konstruktionsbruch wird ausbezahlt. Die Organisation wird anerkannt. Einige Arbeiter können wegen Betriebsverhinderung nicht wieder eingestellt werden. Entlassen wurden jedoch nur Unorganisierte. Dieser Streik hat wieder bewiesen, was durch Einigkeit zu erreichen ist. Es wäre zu wünschen, wenn die Arbeiter anderer Fabriken und Hüttenwerke im Industriebezirk aus dem Annener Beispiel die richtige Lehre ziehen wollten.

### Staatsbürger zweiter Klasse?

Auf dem Bahnhof in Engelsdorf bei Leipzig ist folgendes Anschlag zu lesen, der auch wohl andertwärts ausgehängt sein dürfte:

„Ein kürzlich verteiltes Flugblatt, in welchem darauf hingewiesen wird, daß der Verband der Eisenbahner Deutschlands (Sitz Hamburg) mit dem Verbandsorgan „Bedruf“ als besondere Sektion dem Deutschen Transportarbeiterverband angegliedert worden ist, gibt der Generaldirektion Anlaß, unter Bezugnahme auf die Amtsblattverordnung Nr. 638, 08 die Bediensteten der Staatsbahnen in Verbindung mit dem Transportarbeiterverband zum Transportarbeiterverband aufmerksam zu machen und die mit ihm in Verbindung stehenden Vereinigungen zu unterlagen. (Mit welchem Recht?)“

Wer diesem Verbot zuwiderhandelt, hat die Entfernung aus dem Staatsbahndienste unumwidlich zu gewärtigen.“

Die Gewerbeordnung bedroht befanntlich den mit Strafe, der andere durch Drohungen an der Ausübung des Koalitionsrechtes hindert. Die „zuständigen“ Beamten in der Leitung der Staatswerkstätten fürchten aber offenbar keinen Staatsanwalt. Oder ist ein Arbeiter Staatsbürger zweiter Klasse, wenn er das „Glück“ hat, in einen Staatsbetrieb hineingegeraten?

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Großfeuer

Am gestern abend nach 8 Uhr in der Landsberger Allee, Ecke Deutsch-Kronerstraße, aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Das große zum Teil noch unbedeute Gelände gehört der Stadt Berlin, die das Terrain an Händler zu Stätteplätzen vermietet hat. Auf einem dieser Plätze entstand das Feuer, fand an dem leicht brennbaren Material, besonders an Holz und Kohlen usw. reiche Nahrung und gewann noch vor Ankunft der Feuerwehre eine große Ausdehnung. Die Lösung war durch die große Ausdehnung der Brandstelle und die enorme Hitze erschwert. Nur langsam gewann die Feuerwehre an Terrain, so daß es mehrere Stunden dauerte, bevor die Gefahr beseitigt war. Dem Feuer sind Maschinen, Werkzeuge, Baumaterialien, die in den Schuppen und auf den Stätteplätzen lagen, zum Opfer gefallen. Der Schaden soll erheblich, aber zum größten Teil durch Versicherungen gedeckt sein. Bis in die späte Nachtstunde hinein belagerte eine große Menschenmenge den ausgedehnten Brandplatz.

### Die Unruhen in Persien.

Teheran, 15. April. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Nachrichten ziehen in der Voraussicht eines baldigen Marsches gegen Teheran ihre Kelterei in Isfahan zusammen. Das Endschicksam in Tabriz brachte 50 000 Tomaten des Hollandes in Aserbeidschan in seinen Besitz. Die Regierung schlug die Bitte der Gewerkschaften ab, nach dem belagerten Tabriz das für die Konsum und die ausländischen Untertanen bestimmte Wehl durchzulassen.

Der Jahreskongress der Unabhängigen Arbeiterpartei.

London, 13. April. (Fig. Ver.)

Der Kongress tagte gestern und heute und schloß mit einer Krise, die zum Austritte Keir Hardies, Macdonalds, Snowden und Glasiers aus dem Parteivorstande führte.

Eröffnet wurde die gestrige Sitzung mit der Beratung über den Jahresbericht des Parteivorstandes, die Macdonald mit folgender Rede einleitete:

Während des Berichtsjahres nahm die Partei an Mitgliederzahl, an Tätigkeit und an Macht zu. Die wirtschaftlichen Erscheinungen des Jahres haben weitere Beweise für die Wichtigkeit der sozialistischen Auffassungen über die wirtschaftliche Entwicklung gebracht. Auf die Geschäftskrisis folgte der Niedergang, auf die fieberhafte Uebersundenarbeit die Arbeitslosigkeit. Die kapitalistische Ausbeute an moralischen, intellektuellen und materiellen Mitteln ist weniger reich als früher. Alle sozialpolitischen Vorschläge von irgend welcher Bedeutung kamen von Sozialisten. Auch der Arbeiterbericht der Kommission über die Armengeetze ist nur eine Paraphrase aller sozialistischer Vorschläge. Gleichzeitig aber zeigt es sich, daß der Einfluß der Sozialisten auf die Arbeitermassen nachgelassen hat, was uns die alte Erfahrung ins Gedächtnis zurückrufen soll, daß der Sozialismus nicht aus der Armut des Volkes entspringt. Der wirtschaftliche Niedergang brachte nicht klaren Denker, sondern Verzweiflung. Geistiges und körperliches Elend stumpft den Geist ab und macht ihn allen reaktionären Bewegungen zugänglich. Das wirtschaftliche Elend breitet Volkemassen ist der Boden, auf dem die Tarifreformer säen. Und die besitzenden Klassen, die die Empfindung haben, daß sie unter einem System leben, das verschwinden muß, haben alle Stabilität verloren und machen den Eindruck eines aufgestörten Ameisenhaufens. Sie schaukeln hin und her, sie werden nervös und fürchten sich vor Gerüchten über Inflationen, Steuerreformen und fallen den dümmsten Zeitungsnarrheiten zum Opfer. Es ist das Bild des untergehenden Kapitalismus, der sich in seiner Angst an den Militarismus klammert und die Kriegsbeträge anschwemmen läßt. Seine moralische Autorität ist verschwunden. Er glaubt nur noch an die Autorität der Kanone.

Die Sozialisten stellen ein anderes Bild dar. Sie erwarten nichts von der mechanischen Gewalt und verzichten auf ihre Mittel. Unsere Waffe ist die Demokratie, die wir schärfen und ausbauen und in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung stellen wollen. In den Augen der Sozialisten sind Gerechtigkeit und Ordnung viel wertvoller als Anarchie. In den letzten Jahren haben wir in der Arbeiterpartei ein Instrument erhalten, das uns gestattet, an der Befreiung des Landes teilzunehmen, Erfahrung zu sammeln und unsere Fähigkeiten zu entfalten. Der Sozialismus wird in dem Maße siegen, als die Männer, die ihm anhängen, ihm nicht als Schmeichler dienen, sondern als ernste Berater, nicht nur mit den Lippen, sondern mit Kopf und Herz.

Die Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Snowden gab sodann den Finanzbericht und wies auf die Notwendigkeit hin, Extrabeiträge zu leisten, da eine Parlamentsauflösung bevorstehe.

Die Debatte brachte heftige Auseinandersetzungen. Der Redakteur des „Labour Leader“, Bruce Glasier, wurde wegen seiner Angriffe auf Grayson getadelt. Die Mehrheit des Kongresses beschloß jedoch, Glasier den Dank für seine Redaktionsleitung auszusprechen. Der Bericht enthielt auch folgende Stelle:

Am 18. November lebte es Grayson ab, mit Keir Hardie in Holborn Town Hall (London) zu sprechen. Dieser Umstand in Verbindung mit noch anderen Ursachen veranlaßten den Vorstand, Grayson mitzutheilen, daß die Parteileitung nicht mehr in der Lage sei, Versammlungen für ihn zu arrangieren.

Einige Delegierte verlangten, daß dieser Passus gestrichen wird. Nach einer langen und hitzigen Auseinandersetzung wurde diesem

Verlangen mit 217 gegen 194 Stimmen stattgegeben. Diese Abstimmung wurde von Keir Hardie, Macdonald, Snowden und Glasier als ein Tadelvotum gegen sich aufgefaßt, da sie im Berichtsjahre den Vorstand bildeten und jene Aktion gegen Grayson unternahmen.

Nach dieser Debatte schritt der Kongress zur Vorstandswahl. Es wurden gewählt: Keir Hardie (319 Stimmen), Macdonald (274 Stimmen), Snowden (240 Stimmen), Glasier (239 Stimmen), Jowett (212 Stimmen).

Heute vormittag gab Macdonald die Erklärung ab, daß der gestrige gewählte Parteivorstand — mit Ausnahme Jowetts — für die Wiederwahl danke, aber sie nicht annehmen könne. Die Erklärung hat selbstredend eine große Erregung hervorgerufen. Die Delegierten stürmten auf die Vorstandsmitglieder ein, ihre Erklärung zurückzunehmen, aber Macdonald sagte:

Der Nationalrat (Parteivorstand) trat gestern abend und heute früh zusammen und gab mit dem Auftrag, folgende Erklärung abzugeben: Der Vorstand hatte in den letzten zwölf Monaten viel zu leiden, da in der Partei eine Disharmonie Platz gegriffen hat. Wir wünschen offen zu erklären, daß Sie mit Ihrer Aktion von gestern (der Streichung des Passus betreffend Grayson) den Frieden herzustellen glaubten, aber die Art und Weise, wie Sie es taten, gleicht einem Tadelvotum gegen diejenigen, die die Politik der Partei treu ausgeführt haben. Ein offenes Tadelvotum hätte der Würde der Partei besser entsprochen. Deshalb treten wir von der Parteileitung zurück. Wir wollen als einfache Soldaten in Reih' und Glied kämpfen.

Der Kongress trat sodann auf den Vorschlag von Turner in die Beratung der Frage ein, ob es ratsam wäre, den gestrigen Beschluß (betreffend die Streichung des Passus über Grayson) nochmals zur Abstimmung zu stellen. Nach längerer Debatte wurde der Passus mit 240 gegen 110 Stimmen wiederhergestellt und eine Resolution mit allen gegen zehn Stimmen angenommen, die die von der Partei bislang befolgte Politik für die richtige erklärte.

Zum Schluß sprach Keir Hardie, der die Verzögerung aufrechterhielt und warnte den Kongress vor den jungen Enthusiasten, die die Partei spalten und ruinieren wollten. Die Intrigen und Verdächtigungen gegen den Parteivorstand haben das ganze Parteileben vergiftet. Es sei deshalb besser, wenn andere Genossen in den Vorstand kommen.

Mit dieser Erklärung schloß der 17. Jahreskongress der Partei, der die englische Geschichte tief beeinflusst hat.

Französischer Parteitag.

Zweiter Tag.

St. Etienne, 12. April. (Fig. Ver.)

In einer Vormittagssitzung verhandelte der Kongress interne Parteiangelegenheiten, namentlich die Frage der Deputiertensteuer. Es wurde festgestellt, daß die fälligen Beiträge jetzt viel regelmäßiger einlaufen und von den Rückständen ein ansehnlicher Teil getilgt ist. Ein Antrag, die Steuer von 3000 auf 6000 Frank — den ganzen Betrag der Erhöhung der Abgeordnetenindemnität — zu erhöhen, wurde der Administrativkommission der Partei zugewiesen.

Die Agrardebatte.

Die Nachmittagsitzung brachte den Beginn der Verhandlung über die Agrarfrage. Dieser Gegenstand hat für die sozialistische Bewegung in Frankreich eine besondere Bedeutung. In diesem Lande hat ja die industrielle Entwicklung keineswegs in dem Maße wie in den anderen Kulturstaaten das Verhältnis zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung verändert. Auch spielt der Kleingrundbesitz noch eine große Rolle. Die offizielle Statistik führt eine Zahl von 6668 185 in der Landwirtschaft Tätigen an, und von diesen sind 3 004 789 Betriebsleiter, Pächter und Teilpächter und 3 058 346 Gutsbeamte, Tagelöhner und Diensthöten. Dieser zahlreiche Bauernstand, eine Schöpfung der französischen Revolution, ist bekanntlich seit der Träger verschiedener

die dem islamitischen Kult widerstehenden Mosaiten leicht verhält. Fossati hatte Kopien von den Mosaiten angefertigt, und es erschienen auch einige in dem Werk über die altchristlichen Wandmalereien von Konstantinopel, das B. Salzenberg 1854 in Berlin veröffentlichte. Dank dem Liberalismus des konstitutionellen Regimes in der Türkei darf freilich gerade in den letzten Tagen wieder in Frage gestellt ist) sollen nun die Originale selbst enthaltet werden, und man wird die großartigen Bildschöpfungen Konstantinopels bewundern können. Seit einigen Jahren sind auch die Mosaiten einer anderen Moschee, der Moschee-Dschami, vom Putz befreit worden; aber sie befinden sich in sehr schlechtem Erhaltungszustand und sollen restauriert werden. Schließlich ist auch die Rede davon, daß die Mosaiten der Moschee von Saloniki, gleichfalls einer alten byzantinischen Sophien-Kirche, aufgedeckt werden.

Das neue San Francisco. Als in den schrecklichen Apriltagen des Jahres 1906 das von dem Erdbeben erschütterte San Francisco in lohenden Flammen aufging, zweifelte man nicht ohne Grund, daß der Wiederaufbau einer neuen Stadt nicht so rasch sich vollziehen würde, als amerikanischer Unternehmungsgeist es vorhergesehen. Daß bereits heute, nach drei Jahren, an Stelle des alten San Francisco ein neues, größeres und prächtigeres entstanden ist, dafür gibt der „Colonizer“ überzeugende zahlenmäßige Aufschlüsse. Durch die Katastrophe waren damals nicht weniger als 489 große Gebäudegruppen vernichtet worden, darunter das Rathaus, die größten Geschäfts- und Industriegebäude und die Hotels. Der Schaden betrug mehr als zwei Milliarden Mark. Heute erheben sich an der Stelle des Unglücks bereits 18 831 völlig neue Gebäude, wo vordem 28 000 alte kleinere standen. Denn die neuen Häuser sind durchweg größer angelegt, so daß die 18 831 neuen Bauten einen größeren Flächenraum bedecken als die alten 28 000. Die neuen Bauten repräsentieren einen Wert von 600 Millionen Mark, 100 Millionen mehr als die zerstörten Häuser. Man hat die furchtbare Lehre des Erdbebens nicht unberührt gelassen: alle neuen Häuser sind vollkommen aus Eisen und Zement hergestellt. Die interessanten Zahlen finden ihre Ergänzungen in den Schwanungen der Bevölkerungsziffer vor und nach der Katastrophe. Vor dem Unglück zählte San Francisco 400 000 Einwohner; nach der Beherung sank die Zahl auf 230 000. Aber unmittelbar nach Beginn der Wiederherstellungsarbeiten wuchs auch die Einwohnerzahl, je mehr die Bauten voranschritten, umso schneller: das neue San Francisco zählt heute 507 339 Einwohner, also fast 60 000 mehr als in der Zeit, die der schweren Heimtuchung vorausging.

Humor und Satire.

Holle abel!

Frau Holle schüttelt nicht mehr die Betten; Winter, ade!  
Herr Holle ist gleichfalls nicht mehr zu retten; Holle a. D.!

Die Minister müssen getuschelt werden — Frühling, juchhe! —  
Wie die Jahreszeiten wechseln auf Erden: Holle, adieu!

Weshalb man noch zögert, wenn ich's nur wüßte! Soviel wie Floh!  
Minister in spo.

Regierungssysteme gewesen: das ersten und zweiten Kaiserreiches, wie jetzt der radikalen Republik. Die agrarischen Fragen sind in allen parlamentarischen Parteien von entscheidender Bedeutung. So sah sich auch die sozialistische Propaganda frühzeitig vor die Aufgabe gestellt, ihre Methoden auf dem Lande prinzipiell und faktisch zu bestimmen. Der alte Parteidubrier Francois hat auf dem Pariser Kongress 1892 ein Landprogramm beschlossen und in Nantes 1894 ergänzt. Die geeinigte Partei ist bisher zu einer eingehenden Verhandlung über diesen Gegenstand nicht gekommen. Dabei wurde eine Klärung immer dringlicher. Die soziale und politische Entwicklung brachte auf dem Lande eine Reihe neuer, merkwürdiger Erscheinungen hervor. In einigen Gegenden haben Gewerkschaften ländlicher Arbeiter ansehnliche organisatorische und wirtschaftliche Erfolge erzielt, im Süden sind Einzergewerkschaften sozialistischer Kleinbauern entstanden. Als dann vor zwei Jahren die große Winzerebewegung ausbrach, standen ihr die Parteigenossen ziemlich ratlos gegenüber. Die sozialistische Partei muß aber um so mehr zu einem festeren Standpunkt in der Agrarfrage kommen, als die Zahl der Wähler, die ihr aus den ländlichen Wahlbezirken zufließen, immer mehr steigt. Was hat die Partei ihnen zu bieten? Welche Hoffnungen und welche Forderungen?

Der Kongress in Limoges hat zum Studium dieses Problems eine Agrarkommission gewählt, die Fragebogen an die Parteiföderationen ausstendete. Ihr Bericht wurde von Comptore-Morel, dem um die ländliche Propaganda so hoch verdienten Genossen dem Parteitag in Toulouse vorgelegt, jedoch wegen Zeitmangels nicht mehr beraten. Diesmal ist dieser Punkt in der Tagesordnung vorgelegt, und so ist die Möglichkeit für eine eingehende Erörterung gegeben. An ihr teilzunehmen sind namentlich auch die ländlichen Delegierten — Landwirte und Arbeiter — berufen, die zahlreich erschienen sind.

Welche Bedeutung dieser Debatte zugeschrieben wird, geht auch daraus hervor, daß sich der Ackerbauminister Ruau unlängst bemüht gefühlt hat, in einem langen, mit Zitate aus der sozialistischen Literatur reichlich gespickten Vortrage zu beweisen, daß in der Landwirtschaft die Konzentrationstendenz nicht vorhanden sei.

An diese Rede knüpft Comptore-Morel in der Rede an, womit er die Diskussion eröffnet. Er kritisiert die offiziellen Fragebogen, die es ermöglichten, die winzigen Kartoffel- oder Gemüsebeete der Arbeiter als landwirtschaftliche Unternehmungen zu zählen. Selbst ein dem Sozialismus so wenig geneigter Autor wie Yves Guhot gibt zu, daß die eigentlichen landwirtschaftlichen Unternehmungen — diejenigen, die Lohnarbeiter beschäftigen — an Zahl abnehmen. Wohl ist die Konzentration der Betriebe nicht allgemein. In der Nähe der Großstädte werden Güter zerstört und an Gemüseflächern verkauft. Auch vermehrt sich das Aneignentum dort, wo der Boden schlecht ist und die Anwendung moderner technischer Mittel nicht erlaubt. Auch die sozialistische Gesellschaft könnte im Gebirge keine Dampfmaschine verwenden. Dort aber, wo der Boden gut ist, ist die Konzentration eine Tatsache. Der kleine Eigentümer arbeitet, wie der Agronom Prof. Grandeaun erklärt, mit um 20 bis 25 Proz. höheren Kosten als der große. Der Kleindauer erhält sich nur, weil er außerhalb der Gesellschaft und ihrer Kultur lebt. Er ist viel schlechter daran als der Lohnarbeiter in der Stadt. Wir haben auf unseren Agitationstouren genug Leute gefunden, die ein und das selbe Gewand sieben bis acht Jahre auf dem Leibe tragen. Der Gegenatz zwischen dem Bauer und dem Städter rührt daher, daß der Bauer sich die Genüsse des Städtlers verweigert sieht. Die Vergrößerung der Hypothekenlast hat nicht der Verbesserung des Vieffes, sondern der Schuldenzahlung gedient. Die Bodenverschuldung aber steigt ungeheuer. 1841 wurden 320 576 Hypothekenschulden im Betrage von 401 575 840 Frank aufgenommen, 1898 aber 465 470 im Betrage von 2700 Millionen, also mehr als das Sechsfache. Wenn sich der Kleinrentner erhält, so oft darum, daß ihn der Großgrundbesitzer an seiner Seite haben will, um billige Arbeiter zu haben, so win ein Fabrikant Arbeiterwohnungen baut. Als Gärtner und Gemüseflächter kann der kleine Eigentümer existieren, weil große technische Erfahrungen und Kenntnisse dazu ge-

Auch taugt für dieses Meffort ein jeder:

„Kultus!“ Ach — häh!“

Ein Soldat oder Bureaukrat entweder

war es von je.

Rehmt irgend einen! Er braucht von den Fragen

in seinem Metier

nicht mehr zu verstehen wie vom Lautenschlagen —

Holle a. D.!

Notizen.

— „Kora“ bei den Wotoluden. Im Jahre 1870 vollendete Jbsen sein Drama „Kora“. Die erste Aufführung fand im Hoftheater in Kopenhagen am 21. Januar 1879 statt. Im nächsten Jahre folgten die größeren Theater in den nordischen Ländern und das lat. Residenz-Theater in München, ferner das Dresdener Hoftheater, Hannover und ein Berliner Theater. Das Drama erweckte Debatten und gab unübersehbare Anregungen in der ganzen Welt. Kein größeres Theater dürfte existieren, an den es nicht wiederholt aufgeführt wurde. ... Sogar in Igl. Schauspielhaus zu Berlin ist das merkwürdige Stück jetzt aufgeführt worden und zwar zum ersten Male am 14. April 1909 — bloß 30 Jahre nach seinem ersten Erscheinen. Es muß dort aus reinem Versehen hinterzogen sein. Doch nein, es gibt eine Erklärung: die Intendantur hatte Jbsens Ordensliste eingesehen und sie ganz repräsentabel gefunden, und ihr zuliebe durfte „Kora“ einziehen, geführt von Herrn Lindau, dem Dramaturgen, der mit seinen 70 Jahren immer noch viel zu revolutionär ist für diese Altersjahre.

— Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse wird am Montag, den 10. April, in Weders Festhale, Kommandantenstraße 62, die Schriftstellerin Alara Wiedig aus eigenen Werken vortragen. Gäste sind willkommen.

— Bei Leinweil noch! Das „Brieger Stadtblatt“ brachte folgende Notiz: „Die Schlacht bei Molwitz“, patriotisches Volkslied in vier Akten, geht am Montag, den 15. d. M., am hiesigen Stadttheater in Szene. Vielfältigen Wünschen entsprechend tritt im letzten Akt der König Friedrich II. persönlich auf.“ Bei den getreuen Patrioten in Brieg scheint demnach alles möglich zu sein.

— Ausgesungen hat nach New Yorker Meldungen der Tenorsbaryton beider Hemisphären, Caruso, der Göttergleiche. Er hat seine goldlebende Stimme vorzeitig ausgenutzt (im Theater und für Grammophon-Aufnahmen), daß sie nun verjagt. Zuerst suchte er dann die hohen Töne zu forcieren. Aber es kam nichts mehr. Nun soll er zwei Jahre nicht mehr singen und auch nicht laut sprechen, verlangen die Ärzte. Die vielen 10 000 Mark, die Caruso für den Abend in Deutschland verlangt — drüber noch mehr — sind futsch und die vornehme Welt ist um ihre Sensation gebracht. Caruso, der trotz des grotesken Kultus ein echter Künstler geblieben ist, will in Europa Heilung suchen.

— Die Juppelin-Spende hat, wie Juppelin mitteilt, den Betrag von 6 006 555 M. erreicht. Der Empfänger hat daraus eine „Juppelin-Stiftung“ gebildet, die staatlich genehmigt wurde. Ihre Mittel sollen dazu dienen, das bei Eberdingen verbrannte Luftschiff zu ersetzen und die Juppelinschen Luftschiffbauten zu fördern. Eine in Friedrichshafen gegründete Gesellschaft „Luftschiffbau Juppelin“, an der auch Privatkapital beteiligt ist, soll an der Verwirklichung der Juppelinschen Pläne arbeiten. Immerhin sollen auch andere Luftschiffunternehmungen und wissenschaftliche Untersuchungen unterstützt werden.

Kleines feuilleton.

Die ersten Schmetterlinge. Ein früher Apriltag. Das weht der Wind und warm strahlt die Sonne. Ein Vorzeichen des Frühlings erfüllt die Natur und am Gartenzaune suchen wir bereits nach den ersten Weibchen. Und da wir an das geschätzte sonnige Plätzchen treten, verschrecken wir von den ersten Blumen einen Schmetterling. Goldgelb schimmern seine Flügel und leicht schwebt er fort, flattert weiter in dem hellen Sonnenschein. Auch ein Frühlingsgruß, dieser schmale Zitronenfalter, der erste Schmetterling des Jahres! Hat schon die wärmende Sonne so viel Kraft erlangt, daß sie den Falter veranlaßt, aus der Puppe zu schlüpfen? Viele meinen es, aber sie sind im Irrtum. Der Zitronenfalter ist nicht der einzige Schmetterling, der schon im Vorfrühling zu erscheinen pflegt. Lächer ihm flattern noch um diese Jahreszeit bei schönem Wetter als buntfarbige Genossen der kleine und der große Fuchs, das Tagpapouaenge, der Trauermantel und der Diefelfalter. Alle diese Tagfalterlinge haben aber bereits im vorigen Spätsommer das Licht der Welt erblickt. Der größte Teil von ihnen ging schon im Herbst zugrunde, nachdem er durch Eiablage für die Nachkommenschaft gesorgt hatte, einige aber suchten bei Eintritt des rauheren Winterwetters allerlei Schlafwinkel und Verstecke auf, verließen hier in Schlaf und überwinterten glücklich, bis sie durch die Wärme der Frühlingssonne zu neuem Leben erweckt wurden. Wer auf dem Lande wohnt und während des Winters in Ecken und Winkeln ungeheurer Vorkammern und ähnlicher Gefasse Umschau hält, wird derartige erstarrte Schmetterlinge nicht selten finden können. Bringt er sie in ein warmes Zimmer, so werden sie allsald erwachen und umherflattern. Im Freien suchen sie Baumlöcher oder unter Laub verdeckte Erdlöcher als Winterverstecke auf. Wenn wir nun den einen oder anderen der schon im März umherfliegenden Schmetterlinge fangen und näher betrachten, so werden wir wohl erkennen, daß sie nicht frisch aus der Puppe hervorgekommen sind; denn ihr Glanz ist doch im Vergleich mit den Sommerfalterlingen abgebläht und die Ränder der Flügel sind nicht selten zerkerbt und abgenutzt. Außer diesen durch ihre lockhaften Farben und ihre Größe auffallenden Tagfalterlingen pflegen aber bei uns noch verschiedene Nachtfalter und Kleinschmetterlinge in ähnlicher Weise zu überwintern. Da sie unauffällig sind oder eine mehr verdeckte Lebensweise führen, so werden sie weniger bemerkt und erzeugen kein Aufsehen. Aber ihre Zahl ist nicht gering. Verschiedene Forscher haben festgestellt, daß in Norddeutschland gegen 70 und in Süddeutschland gegen 90 Arten von Schmetterlingen zu überwintern pflegen. Die ersten Tagfalter, die im Frühjahr wirklich der Puppe entspringen, treten erst später im Laufe des April auf. Es sind dies der Rübenweißling und der Nappfalter, denen wir überall begegnen, dann der Gensweißling, der sich mit Vorliebe an Waldbränden aufhält, ferner der kleine Perlmutterfalter, der Rauersfuchs und eine Anzahl anderer Kleinschmetterlinge. Den meisten dieser Frühlingstinder ist nur ein kurzes Dasein beschieden, wenige Tage nur dauert der Hochzeitsflug, nach dem sie allsald absterben.

Die Mosaiten der Sophien-Kirche in Konstantinopel sollen demnächst wieder ans Licht gebracht werden. Als der herrliche Bau nach der Eroberung Konstantinopels durch die Türken in eine Moschee verwandelt wurde, wurden im Innern die Mosaitgemälde überdeckt oder durch große Koraninschriften verdeckt. Im Jahre 1847 wurde jedoch der italienische Architekt Fossati beauftragt, das Innere in seiner ursprünglichen Pracht wiederherzustellen, und es wurden nur

höret. Dennoch wird das kleine landwirtschaftliche Eigentum durch die Konzentration des Betriebes und durch die Konzentration des Handels angegriffen. Der Bauer verkauft nicht mehr selbst auf dem Markt, sein Produkt ist eine Ware geworden, deren Wert ohne den Zwischenhändler nicht realisiert werden kann. Die landwirtschaftliche Unternehmung wird zu einer Fabrik landwirtschaftlicher Produkte. — Wir haben in Frankreich sechs Millionen Bauern, unter denen wir fünf verschiedene Kategorien unterscheiden müssen. Die erste ist die des Großgrundbesitzers. Gegen diesen müssen wir Stellung nehmen mit der Forderung der Vergesellschaftung und der Zuweisung seines Besitzes an Gewerkschaften, die unter staatlicher Kontrolle den Betrieb besorgen sollen. Wir haben zweitens den kapitalistischen Pächter, der seine Arbeiter ausbeutet wie der Fabrikant. Dagegen müssen wir uns drüben des kleinen Pächters annehmen, der sein Arbeitsinstrument nicht besitzt. Er leidet auch unter der Verteuerung, die das Wert seines eigenen Fleisches ist, denn die technischen Verbesserungen wirken verteuern auf den Pächter. Die vierte Kategorie sind die Teilpächter, die infolge der bei ihnen noch fortbestehenden Naturverhältnisse in wahren mittelalterlichen Verhältnissen leben. Endlich sind da die kleinen Eigentümer. Denen stehen wir gegenüber wie den kleinen Gewerbetreibenden und Händlern, ihnen sagen wir, daß wir ihre Lasten erleichtern wollen — wie wir dies bei der Einkommensteuer begonnen haben. Sie erhalten sich nur um den Preis selbstmörderischer Heberarbeit und Entehrung. Sogar Nachtarbeit auf dem Felde finden wir bei ihnen. Denen wollen wir nicht die Vergesellschaftung ihres Besitzes ankündigen. Wir würden sie damit nur gegen uns aufbringen. Aber wir wären auch gar nicht imstande, heute die Sozialisierung der Landwirtschaft durchzuführen, weil uns die Gelder fehlen, die die Industrie dafür darbietet: die Gewerkschaften auf der einen Seite, die begabten technischen Beamten auf der anderen.

Die sozialistische Partei soll durch Gründung von Gewerkschaften, Selbsthilfeorganisationen und Genossenschaften die Bauern vorbereiten und erziehen. Die Aktion in der Genossenschaft ist eine wahre „revolutionäre Gymnastik“. Wir müssen den Bauern namentlich auch dazu bringen, seinen Individualismus und Egoismus abzustreifen. Schon jetzt durch die Genossenschaft die Ausbeutung aufzuheben ist nicht möglich. Durch die Erziehung zur Reformarbeit, nicht durch Reden über die Vergesellschaftung des landlichen Eigentums, für die die Entwicklung noch nicht genug fortgeschritten ist, sollen wir den Bauern der revolutionären Idee entgegenführen. Die Praxis wird ihm schon das Nötige lehren.

Bei den Landarbeitern aber müssen wir zwei Massen unterscheiden: die Selbständigen, die nicht auf dem Gut wohnen, und die Dienstboten. Auf diese zweite dürfen wir uns nicht viel Hoffnungen machen. Sie stehen auf einer sehr tiefen moralischen Stufe und sind durch den Materialismus und den Alkoholismus vergiftet. Die selbständigen Arbeiter sind gesunde Elemente. Bei dieser zahlreicheren Klasse — 800 000 Köpfe zählt sie — möge die Konföderation arbeiten. Bisher ist noch sehr wenig für sie getan worden. Auch unsere parlamentarische Macht müssen wir in ihrem Interesse ausnützen.

Der Redner beantragt die Ausarbeitung einer Liste („Oahier“) der landlichen Bestrebungen der Partei. Die Arbeit soll von einer Kommission besorgt werden.

Die Rede Compté-Morels löst anhaltenden, allgemeinen Beifall aus. Der Parteitag beschließt, sie in Druck legen zu lassen und an die Föderationen zu versenden.

Saillant, als Sprecher der Mehrheit der Seine-Föderation, erklärt, die Partei habe sich in erster Linie mit dem landlichen Proletariat zu beschäftigen. Wir können und nicht an eine Klasse von Besitzenden, sondern nur an die Individuen der Klasse der kleinen Besitzer wenden. Das kleine wie das große Eigentum soll verschwinden. Wir dürfen das nicht verheimlichen, aber wir sollen auseinanderlegen, daß wir diesen Prozeß möglichst schmerzlos zu gestalten beabsichtigen. Der siegreiche Sozialismus wird den kleinen Eigentümer nur dann expropriieren, wenn er ihn bessere Existenzbedingungen bieten kann. Der Bauer versteht uns auch ganz gut. Die Situation ist aber lokal verschieden. Doch ist die kapitalistische Akkumulation die entscheidende Tatsache in der Landwirtschaft. Wir müssen den kleinen Besitzern zeigen, daß wir nicht nur die Partei des Proletariats, sondern die der sozialen Evolution überhaupt sind. (Beifall)

Carbouris tadelt die Angehörigkeit von Parteigenossen bei Organisationen der Klassenharmonie, wie bei dem Wingerverband. Die Partei müsse offen sagen, daß sie die Interessen aller Lohnarbeiter gegen alle Besitzer, große wie kleine, verteidige. Sie soll auch die noch bestehenden Überreste des alten Kommunismus verteidigen, aber unter der Bedingung, daß nicht eine Gesamtheit von Besitzern, sondern von Produzenten den Nutzen daraus ziehe.

Koldes: Wir müssen das Endziel betonen, dürfen aber nicht bei Allgemeinheiten bleiben. Die Richtung der Entwicklung ist nicht anders als wir gedacht haben, aber ihr Tempo ist langsamer. Die Erscheinungen sind verschiedenartig. Wir haben Dörfer ohne Arbeiter. — Eine besondere Aufgabe wäre noch, die landliche Produktion zu regeln. Die sozialistische Partei möchte im Parlament diesbezügliche Vorschläge machen — z. B. in bezug auf die gesetzliche Beschränkung des Bodens für den Weinbau — und sie im Land propagieren.

Die Diskussion wird in einer bis Mitternacht währenden Nachtigung fortgesetzt, die besonders durch die Ausführungen sozialistischer Landleute aus verschiedenen Landestellen interessant ist. Sie bewegt sich hauptsächlich um die Frage, ob die Partei Reformen im Sinne Compté-Morels zugunsten der Kleinbauern antreiben oder auf die Heberführung des gesamten Grundbesitzes in Gemeinbesitz hinwirken soll. Lafargue weist darauf hin, daß auch in Frankreich die landliche Bevölkerung relativ abnimmt. 76 Proz. vor 1848, betrug sie 50 Jahre später 61 Proz. und jetzt nur noch 50 Proz. der Gesamtbevölkerung. Aber darum müssen wir die Bauern doch gewinnen und wir können sie gewinnen. Die Bauern sind eine revolutionäre Klasse. Das haben sie 1789 gezeigt, als sie die Herrenhäuser stürzten, ehe noch die Pariser die Bastille zerstört hatten. Die siegreichen Bourgeois von damals haben alle Bauernrechte zerstört. Die modernen wirtschaftlichen Verhältnisse werden den Bauern von neuem zum Revolutionäre machen. Wir dürfen ihn nicht mit unklugen Redensarten vor den Kopf stoßen. Wenn wir in ihm Angst um seinen Besitz erregen, wird der Sozialismus eine Verböde gegen sich erregen. Wir können Bauernschutz ebenso wie Arbeiterschutz verlangen.

**Dritter Tag.**  
**St. Etienne, 13. April. (Fig. Ber.)**  
**Die Agrarfrage.**

In der Vormittagsung setzt der Parteitag die Verhandlung über die Propaganda auf dem Lande fort. Rappoport spricht im Sinne Compté-Morels. Weder dieser noch seine Freunde hätten den Bauern jemals das Endziel, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, verheimlicht: Unsere Auffassung der wirtschaftlichen Entwicklung sagt uns, daß das große Eigentum als Produktivkraft überlegen und das kleine nicht zu retten ist. Saillants Standpunkt ist der der Kongresse der Internationale vor der Kommune. Es gibt Verschiedenheiten des Verfahrens, einen pädagogischen Opportunismus. Wir müssen die Bauern durch die Verteidigung ihrer Interessen zu uns herüberziehen.

Lagarde: Wir können weder Netter noch Persidre des kleinen Eigentums sein. Auch Engels hat erkannt, daß wir keine Einrichtungen schaffen können, die uns gegen die antisozialistischen Empfindungen der Bauern schützen. Wir müssen uns damit abfinden, daß nicht alle Milieus für die sozialistische Produktion gleich günstig sind. Wir würden lügen, wenn wir an sozialistische Gefühle des Bauern appellieren wollten. Die nützlichen Reformen,

die Compté-Morel vorgeschlagen hat, wie die Verbindung der landlichen Genossenschaften mit den Konsumvereinen, sind nichts im Wesen Sozialistisches. Wir müssen den Bauern anders pöden. Wir können es durch eine große politische Aktion der Partei für die Befreiung der Demokratie gegen den Parasitismus des kapitalistischen Staates. Der Poststreik hat gezeigt, wie die staatlichen Funktionen gereinigt werden können. Warg hat von der Kommune gesagt, daß sie eine billige Regierung sein sollte. Hier sehen wir den Weg, der uns zum Bauern führt. Wir müssen diesem zeigen, daß wir eine andere Partei sind als diejenigen, die Jagd auf seinen Stimmzettel machen. Wir haben ihn davon zu überzeugen, daß wir das Schmaroberium des Staates beseitigen wollen. Auf diese Art können wir ihn nahelkommen, nicht mit dogmatischen Auseinandersetzungen, und es ist nicht ein konservatives Programm, womit wir ihn zum Sozialisten machen können.

Jean Longuet hält die Agitation beim landlichen Proletariat für die notwendigste und auch für die günstigste. Um den Landarbeiter vor allem haben wir uns bei unseren Reformationen zu kümmern. Von besonderer Wichtigkeit ist die Forderung, daß die Arbeiter ansehnlich des Gutshofes wohnen. Devras (Dep. Landes) will Bekämpfung der degenerierenden Kinderarbeit und wünscht Profchüren im Dialekt der verschiedenen Gegenden.

Die Verhandlung wird durch eine Debatte über die Wahl der Administrationskommission unterbrochen. Hervé fordert die Vertagung der Wahl bis nach den Abstimmungen über die Hauptpunkte der Tagesordnung, damit die Minoritäten ihrer Stärke entsprechend vertreten sein könnten. Er droht unter großem Lärm seiner Freunde mit der Obstruktion. Schließlich gibt er sich aber mit einem Vermittlungsvorschlag Delors zufrieden, der allen Gruppen Vertretung in der die Vorstandsliste ausarbeitenden Kommission sichert.

Die Verhandlung über die Agrarfrage wird in der Nachmittagsung fortgesetzt. Hervé spricht als Vertreter einer rein landlichen Föderation, der des Departements Gonne, für die Resolution Robert der Minderheit des Seine-Departements: Mit Compté-Morel sind wir darin einig, daß wir vor allem für die Dienstboten und Tagelöhner eintreten, im Konfliktfalle selbst gegen die kleinen Besitzer. Mit ihm halten auch wir die Kleinbauern für ausgebeutete Arbeiter und Genossenschaften für ein Mittel gegen den bäuerlichen Egoismus. Aber diese Einrichtungen sind nicht spezifisch sozialistisch, auch andere Parteien sind dafür. Compté-Morel läßt sich zu viel von wahlpolitischen Interessen leiten. Auch Jaures ist in diesen Fehler verfallen. Er gibt sich nicht Rechenschaft darüber, wie der Parlamentarismus durch die verräterischen Postfitter diskreditiert ist. (Zwischenrufe: Und der Terrorismus! Azen!) Mit Vorschlägen wie denen Compté-Morels zum Schutze der Kleinrentner gehen wir der Schutzzölnerie entgegen zum Schaden des industriellen Proletariats. Wir sehen keine Konzentration des Grundeigentums; eher eine Abnahme des großen zugunsten des mittleren Besitzes. Wir müssen uns also an die Bauern mit anderen Argumenten wenden. Der Redner spricht nun über die Aufklärung der Jugend durch die Lehrer, über Antimilitarismus und Antipatriotismus, über die Vorbereitung zur Insurrektion etc. Er nennt sich einen Marxist, aber sein Marxismus sei mit Blanquismus verfehlt. Er sieht in den Erneuten, die jetzt an so vielen Orten ausbrechen, Anzeichen der Revolution. Auch die unauferklärten Massen seien imstande, notwendige Werke der Zerstörung zu vollbringen.

**St. Etienne, 15. April.**

(Privatbesuche des „Vortoirs“.)

Der Parteitag lehnte in der Schlussung den Ausschluß von Breton, Brouffe und Baranne wegen Formfehlers im Verfahren ab. Er ging über den Antrag, Hervé auszuschießen, mit dem Vorbehalt zur Tagesordnung über, Delors weiteren Disziplinbruch zu verfolgen. Die Agrarfrage soll auf dem nächsten Parteitage weiterberaten werden. Eine Agrarkommission wurde gewählt. Die Wahlaktuell-Resolution von Chalons, die den Föderationen die Freiheit läßt, in der Stichtwahl Verfügungen im Interesse des Proletariats und der sozialen Republik zu treffen, wurde bestätigt. Der Antrag der Derobistes, alle Kandidaturen im zweiten Wahlgange ansrecht zu erhalten, wurde mit 204 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

**Fünftehnter Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.**

**Rotterdam, 12. April.**

Der zweite Verhandlungstag ist gänzlich dem im Juni stattfindenden Wahlen zur Zweiten Kammer gewidmet. Der Parteivorstand beantragt, folgende Punkte in den Vordergrund der Wahlagitation zu rücken:

- a) Allgemeines Wahlrecht.
- b) Arbeiterversicherung.
- c) Rehnstundentag.
- d) Erweiterung der Unfallversicherung.
- e) Wohnungsfrage.

Anträge verschiedener Abteilungen wünschen Erweiterung dieses Programms bezw. Beschränkung; letzteres wollen besonders Amsterdam 1-6, sie fordern ausschließlich: „Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen“.

Das Referat über das Wahlprogramm hält Troelstra. In seiner mehr als zweistündigen Rede führt er aus, daß die S. D. A. P. bei keiner einzigen Wahl so stark dogestanden habe wie jetzt, da die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft sich in der von der Partei angenommenen Richtung bewegt habe. Davon zeuge die Krisis, die mit ihren schrecklichen Folgen die Augen der Arbeiter geöffnet habe, die Konzentration der Betriebe und der damit Schritt haltenden Proletarisierung der Massen, das Aufblühen der Gewerkschaften und den damit parallel laufenden Unternehmerorganisationen. Die völlige Hilflosigkeit der bürgerlichen Klasse vor der Arbeitslosigkeit ließ der Klassencharakter ihres Regimes in den letzten Jahren schärfer als je ans Licht treten.

Nachdem er das Steigen der Arbeiterlasten und die Unfruchtbarkeit der bürgerlichen aller Staaten an sozialen Reformen geschilbert, geht Troelstra auf die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie über. Die Liberalen ständen vor einem gefährlichen Zusammenbruch. Den christlichen Arbeitern gingen die Augen auf, die Forderungen der anderen Arbeiter leuchteten ihnen ein, besonders die auf Arbeiterversicherung, die in der Kirche als unsittlich hingestellt werde. Im liberalen Lager sei es nicht besser, dort beginne der Kampf gegen die sozialdemokratischen Forderungen abzunehmen. Die liberale Union und die freisinnig-demokratischen befruchteten das allgemeine Wahlrecht, freilich mit einigen Kanteln, denen die Sozialdemokraten nicht zustimmen könnten.

Auch in den Fragen der Altersversicherung und des Rehnstundentages begannen die Liberalen sich dem Standpunkt der Sozialdemokraten anzunähern, ebenso der den bürgerlichen nachlaufenden All-gemeine Arbeiterbund und ein Teil der Katholiken. Dies alles verstärke die Position der S. D. A. P., schwäche die der Liberalen Union und des freisinnig-demokratischen Bundes. Troelstra will sich zwar über diese Schwächung keine Illusionen machen, sie sei jedoch ein moralischer Sieg der S. D. A. P., deren Forderungen die bürgerlichen Parteien auf ihre eigenen Programme zu bringen gezwungen worden seien. Es komme jetzt darauf an, sie zu zwingen, diese Forderungen durchzuführen, soweit es unter bürgerlichem Regime möglich sei.

Troelstra behandelt dann eingehend den Antrag der Abteilungen Amsterdam 1-6, die als einzige Wahllosung beantragen: „Allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen“. Er hält diese Lösung zwar für sehr logisch, sie komme aber 12 Jahre zu spät. Mit dieser Lösung allein wäre man Wahlrechtsfanatiker geworden, hätte aber die Aktion für die Verkürzung der Arbeitszeit, für Ar-

beiterversicherung und für Unfallversicherung fallen lassen müssen, für alles das hätten dann die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Kammer nichts tun können. Sie hätten für die Altersversicherung nicht einmal sprechen dürfen, ja hätten sagen müssen: Wacht, bitte kein Gesetz, denn solange kein allgemeines Wahlrecht da ist, wird es doch nur ein Witz von einem Gesetze werden. Wer auf diese Weise wirken wolle, verstehe nichts von der Politik. (Beifall.)

Serhard (unterbrechend): Das Könige steht doch in unserer Erklärung zum Antrage.

Troelstra: Niemand kiest das heraus. Aber die Portion, die ich euch zuteile, ist eigentlich nicht für euch bestimmt, sondern für die Herren von der (neuen) Sozialdemokratischen Partei, die bewiesen haben, daß sie nichts von der Politik verstehen. (Beifall.) Auch mit dem allgemeinen Wahlrecht bekomme man keine gute soziale Gesetzgebung, man brauche nur nach dem Auslande zu sehen. Die bekommt man erst, wenn die S. D. A. P. in Holland den Sieg errungen hat. Um die Wähler mitzureißen, müsse man die sozialen Reformen in den Vordergrund stellen; dadurch eröffne man sich den Weg zur Aufklärung der Arbeiter, die die Sozialdemokratie ihnen zu bringen verpflichtet sei. Doch müsse in der sozialdemokratischen Presse und in Versammlungen das allgemeine Wahlrecht mehr in den Vordergrund gestellt werden; das sei bisher, auch in „Het Volk“, nicht genug geschehen. (Beifall und Widerspruch.)

Ueber einen Antrag der Abteilung Rotterdam 5 sprechend, der völlige Freiheit der Organisation der Beamten verlangt, sagt Troelstra, man wolle damit besonderen Nachdruck auf das Streikrecht der Beamten legen. Das erkenne er an, man könne es aber nicht immer zum Programmpunkt machen. In 1906 sei Kupper dieses Streikrechts wegen zu Falle gebracht worden, die Kammerabgeordneten seien verschiedentlich dafür eingetreten. Die aus der Partei wegelaufenen Freunde verglichen die Fraktion in diesem Punkte in der deutschen Parteipresse wohl einmal mit den deutschen sozialdemokratischen Parlamentariern, und zwar zum Nachteil der holländischen. Die deutschen Freunde sollten einmal die Interpellation Degenholz nachlesen. Dann würden sie sehen, welchen Spektakel die sozialdemokratische Kammerfraktion machte, als der Marineminister so brutal gewesen sei, eine Adresse des Verbandes der Mariner zwar zu beantworten, sie aber nicht direkt an dessen Vorstand, sondern an die Vorgesetzten zu senden. Mit dieser Interpellation habe die sozialdemokratische Kammerfraktion dem Minister einen unangenehmen Augenblick bereitet. Man dürfe sich also bei den deutschen Genossen, die ja selbst nicht einmal an Organisation von Matrosen oder Marinesoldaten dächten, nicht über ihn, Troelstra, beklagen. Es sei jedoch besser, das Streikrecht der Beamten nicht auf das Programm der Partei zu setzen. Denn wenn es jetzt gleich geregelt werden sollte, würde es eher verschleudert als verbessert werden und in den Beamtenkreisen selber eine Reaktion hervorrufen; unter ihnen müsse zunächst sozialdemokratische Propaganda getrieben werden.

Ueber die Stichwahlen sagt Troelstra, die Partei habe in Holland ein Stück politischer Macht erobert, das sie nutzen müsse, um so viel wie möglich herauszuschlagen. Das sei für ihn bestimmend. Wer unumwunden für allgemeines Wahlrecht sei, den müsse die S. D. A. P. bei den Stichwahlen unterstützen. Die neue Partei sage zwar, das tue die S. D. A. P., weil die neue Partei sie dazu zwingt. Aber die S. D. A. P. habe das bereits 1905 und 1907 getan. Die S. D. A. P. sage ferner, daß die liberale Union und der freisinnig-demokratische Bund mit dem allgemeinen Wahlrecht Scheinmänner aufführen wollen, welche die S. D. A. P. nicht durchschauen. Daher wolle sie diese beiden Parteien ebenfalls bei den Stichwahlen unterstützen. (Die S. D. P. will nur diejenigen Kandidaten unterstützen, die für unbeschränktes allgemeines Wahlrecht eintreten. Verdrüßlich.) Man dürfe bürgerliche Parteien nicht erst dahin bringen, einen Programmpunkt der S. D. A. P. anzunehmen und sie dann loslassen; so erziele man keine Erfolge. Nur wenn ein Alt-Liberaler mit einem kirchlichen in Stichwahl gehe, könne es der S. D. A. P. gleich sein, wer gewählt werde. In einer Konferenz mit dem Parteivorstande wurde die Frage, ob die Partei etwas tun oder lassen solle, um eine der bürgerlichen Gruppen ans Ruder zu bringen, einstimmig verworfen. (Beifall.) Selbst der Schein irgend eines Bündnisses mit den Freisinnigen müsse vermieden werden und diese müßten wissen, daß die Partei keinen Finger rühre, um sie an die Regierung zu bringen. In derselben Konferenz wurde die Frage, ob die Partei sich auf Kompromisse zur Erhaltung oder Eroberung von Kammerstellen einlassen solle, ebenfalls einstimmig verneinend beantwortet. (Beifall.) Damit sei aber die Sache noch nicht erledigt. Der Parteivorstand dürfe nicht, wie in 1905, gebunden sein, sondern müsse freie Hand behalten, um von Fall zu Fall zu entscheiden. Wenn ein kirchlich-demokratischer Protektionist einem Alt-Liberalen gegenüberstehe, müsse der Parteivorstand entscheiden können, ob der erstere, besonders wenn er z. B. ein Arbeiter sei, zu unterstützen oder ob Stimmenshaltung zu empfehlen sei. In Wahlkreisen, wo die Liberalen bei den Gemeinderatswahlen die Sozialdemokraten mit elenden Mitteln belämpft haben, müsse ihnen das vielleicht jetzt heimgezahlt werden. Troelstra erklärt schließlich eine prinzipielle sozialdemokratische Propaganda bei den Wahlen für nötig, um den Arbeitern den Unterschied zwischen der S. D. A. P. und den bürgerlichen Parteien klar zu machen.

(Schluß folgt.)

**Zweiter Verbandstag des Zentralverbandes der Stukkateure usw.**

**Zweiter Verhandlungstag.**

**Kassel, 13. April 1909.**

Zunächst wurde die Debatte über die Berichte des Hauptvorstandes zu Ende geführt. Es sprachen noch 21 Redner. Hagen- Leipzig spricht nochmals zur Frage des Kartellvertrages mit den Maurern und erinnert an einen Auspruch Bömelburgs, noch dem die Maurer aus anderer Leute Haut Riemen schneiden wollen. Dieser habe böses Blut gemacht. Hüise-Münster sagt, die Arbeitsverhältnisse in seinem Bezirk führten zu unheilbaren Zuständen, wenn nicht bald die Verschmelzung eintreten würde. Heilberg-Gomburg macht längere Ausführungen zur Verschmelzungsfrage und zum Kartellvertrag. Die Aussicht, nur der Schaffung eines Bauarbeiterverbandes das Wort reden zu wollen, sieht einem Ausweichen ähnlich. Wir müssen zur Verschmelzung kommen, schon der materiellen Vorteile halber. Paeplow spricht auf Grund von Erkundigungen im Zentralbureau der Maurer nochmals zu den Stuttgarter Differenzen. Die Agitation von Meiner unter den Gipsern für den Stukkateurerverband war entgegen den Abmachungen zwischen den Hauptvorständen. Jetzt auf die Stuttgarter Gipsen verzichten zu sollen, sei dem Maurerverband schwer. Der Stukkateurerverband trage ein großes Teil Schuld.

Es folgen die Schlusssätze der Hauptvorstandsmitglieder, danach die Abstimmungen über die zu Punkt 1 vorliegenden Anträge usw. Die bereits mitgeteilte Resolution des Hauptvorstandes, Kartellvertrag, Verschmelzung und Allgemeiner Bauarbeiterverband betreffend, wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Der Antrag Bonn, 1908/91 M. Schulden aus dem Streik von 1906 niederzuschlagen, wird angenommen; dagegen werden ähnliche Anträge von Frankfurt a. M. und Solmar abgelehnt.

Schließlich wird dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Zur Beratung steht dann zunächst ein Antrag Düsseldorf:

- a) Die Vertreter des Hauptvorstandes, Ausschusses und die Gauleiter haben auf den Verbandstagen nur beratende Stimme.
  - b) Beitragserhöhungen, Forderungen sowie Reueinführungen von Unterführungseinrichtungen und Verschmelzungsfragen bedürfen zur Annahme Zweidrittelmajorität.
- Derger begründet den Antrag; er verzichtet auf den zweiten Teil, nachdem er erste seine Erledigung findet, durch die Abgabe folgender Erklärung:







Stadtverordneten-Verammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 15. April, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michelis eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Eine ungewöhnlich lange Liste von Urlaubsanzeigen gelangt zur Verlesung.

Das von der Verwaltung der Rieselfelder auf der letzten Gartenbauausstellung ausgelegte, mit dem ersten Preise gekrönte Obf, ist auf Veranlassung des Stadtrats Marggraf heute für die Versammlung zur Besichtigung und zum Kosten ausgestellt.

Die Beratung der Ausschussvorschlage zu dem Antrag Stadthagen betreffend die Uebernahme der Sicherheitspolizei durch die Stadt wird wegen Behinderung des Antragstellers von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Der sog. Pflasterauschuss hat an dem Verzeichnis der im Etatsjahre 1909 neu- und umzufahrenden Strachen und Plaze umfangreiche Streichungen vornehmen müssen, da die Bilanzierung des Etats u. a. eine Reduktion der im Tiefbauetat für Pflasterungen eingezeichneten Summen auf etwa die Hälfte (1218 000 M. statt 2551 000 M.) nötig gemacht hat. Demgemäß sind vom Ausschuss nur die Straßen zugle berucktigt worden, deren Verschaffenheit die Neu- oder Umpflasterung als unumgänglich notwendig erscheinen lässt. Die Petitionen der Anwohner der Kotzinger Straße und des Grundbesitzervereins der Königsstadt wegen Asphaltierung der Straße und Anlegung einer Mittelpromenade will der Ausschuss dem Magistrat zur Erwogung überweisen mit dem Anhingeben, daß die Durchführung der Umpflasterung vorgenommen werden könne, wenn die in Frage kommenden Eigentümer das zur Freilegung notwendige Gelände unentgeltlich abtreten.

Der Referent Stadtv. Gerike (fr. Fr.) empfiehlt die Ausschussbeschlüsse, die darauf ohne Diskussion gutgeheißen werden.

Dem Versammlungsbeschlusse vom 4. März, für die Kolleiden dem im Leberschwemmungsgebiet 10 000 M. zu bewilligen, ist der Magistrat beigetreten.

Am 26. März haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten Wasner und Genossen den Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, ohne Verzug 300 000 M. zur Verfügung zu stellen zur Unterstützung der Arbeitslosen; die Verteilung soll unter Hinguziehung der Arbeiterorganisationen und des Zentralvereins für Arbeitsnachweis erfolgen.

Stadtv. Wode (Soz.): Wie bedeuten lebhaft, daß unser Antrag erst heute zur Beratung kommt, und die Mehrheit des Magistrats nur ein sehr geringes Interesse der Arbeitslosenfrage und den arbeitslosen Arbeitern Berlins entgegenbringt. Schon 1907 war ein Uebergang der Konjunktur zu verzeichnen, was allerdings im Januar 1908 von Magistratsseite noch entschieden bestritten wurde. Unser damaliger Antrag führte zu einem im Wesentlichen negativen Resultat; die Ausschussberatung verlief sozusagen im Sande. Erst im Mai wurde eine gemischte Deputation zur Erortderung der Möglichkeit einer Arbeitslosenversicherung eingeseht, und davon haben wir seitdem nichts mehr gehört. Trotz des fortschreitenden Niederganges der Konjunktur regte sich im Magistrat nichts. Da erhoben wir im September abermals unsere Stimme; der Magistrat sollte um schleunige Abhilfe für den kommenden Winter ersucht werden. Er erklärte, er habe sich ja schon für die Aufnahme einer Staatsill interessiert, sei auch schon der Frage der Arbeitslosenversicherung näher getreten, indem er der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung dieser Frage geneigt sei. Die „lernende“ Frage möglichst schleuniger Abhilfemaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit hat aber auch damals keine Lösung gefunden; außer der Verfügung an die Verwaltungsdeputationen wegen beschleunigter Inangriffnahme aller stadischen Arbeiten, für die die Gelber bereits bewilligt seien, ist nichts geschehen, und auch diese Verfügung hat sehr wenig oder soviel wie nichts gewirkt, im Gegenteil sind Hoch- und Tiefbauetat für 1909 sehr stiefmütterlich bedacht worden. Eine Arbeitslosenzahlung ist freilich vorgenommen worden, aber nach dem Meldeverfahren; sie hat das Ergebnis gehabt, daß circa 40 000 Arbeitslose ermittelt wurden. Die richtige Zahl ist aber auf diesem Wege bekanntlich überhaupt nicht zu ermitteln. Nach den von Dupont und mir angestellten Nachfragen bei den Gewerkschaften stellte sich die Differenz der gezahlten Unterstützungsbeiträge damals auf das Doppelte des Vorjahres. Unser Verlangen, die Zählung nach dem Hausierverfahren vorzunehmen, hat die Versammlung abgelehnt, und so hat die zweite im Februar nach dem Meldeverfahren vorgenommene Zählung nur eine minimale Arbeitslosenzahl ergeben (23 000). Daß diese Zahl absolut unzuverlässig ist, lehrt schon ein Blick in das „Reichsarbeitblatt“. Die von den Gewerkschaften gleichzeitig veranfaltete Hausierzahlung, bei der 15 000 Arbeiter freiwillig und unentgeltlich Hausierzahlung, bei der 50 000 Arbeiter freiwillig und unentgeltlich

101 000 Arbeitslosen in Groß-Berlin

ergeben. Man hat dieses Resultat angezweifelt; indes haben geschulte Statistiker die Zählkarten bearbeitet und das Ergebnis hat sich als durchaus korrekt herausgestellt. Nämlich jeder sechste Arbeiter war also in Berlin und Vororten arbeitslos, und darin steht ein so gewaltiges Elend Not und Entbehrung, daß die gewöhnten Vertreter der Bürgerschaft doch selbst das Gefühl haben müssen, daß hier seitens der Stadt eingegriffen werden muß. In der gemischten Deputation haben wir dementsprechend beantragt, daß Rotstandsarbeiten in nennenswertem Maße nicht vorgenommen werden könnten, schleunigst dem großen Notstand durch sofortige Unterstützung zu steuern. Wir hatten schon im Januar die Anweisung von 300 000 M. verlangt, die an die von den Gewerkschaften ausgewiesenen Arbeitslosen unter Zuziehung und Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft verteilt werden sollten, um sie über Wasser zu halten, da diejenigen, welche schon eine Reihe von Wochen arbeitslos waren, auf Ersparnisse, wenn überhaupt solche zu machen gewesen waren, nicht mehr zurugreifen konnten. Für die nicht organisierten sollte der Zentralverein für Arbeitsnachweis die Zuzahlung in die Hand nehmen. In der Deputation wurde schon eingewendet, daß man die Gewerkschaften, die ja sozialdemokratisch seien, nicht zuziehen dürfe. Es handelt sich aber doch um die Dringlichkeit einer Abhilfe gegen die uberhaupte Not, und auch die Arbeiter sind doch, welcher Partei sie auch angehören, Steuerzahler, und waren bereit, ihre Tätigkeit in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Jener Einwand war also ganz desplatziert. Unsere Argumente wurden auch von bürgerschaftlichen Mitgliedern der Deputation als berechtigt anerkannt, die sich daneben auch der noleidenden kleinen Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibenden annehmen wollten; angenommen wurde schließlich ein Antrag, 300 000 M. zur Verfügung zu stellen. Vor kurzem verlaublich der Oberbürgermeister, daß der Magistrat diesen Antrag abgelehnt hat. In der Arbeiterschaft hat diese Stellungnahme und die Interesselosigkeit des Magistrats gegenüber der Not der Arbeitslosen tiefen Groll und tiefe Erbitterung hervorgerufen. Die Mehrheitsgruppen dieser Versammlung haben keine Veranlassung genommen, durch einen Antrag auszuruken, daß hier endlich helfend eingegriffen werden muß; wiederum ist uns diese Aufgabe zugefallen. Da der Antrag im wesentlichen dem von der Mehrheit der Deputation angenommenen entspricht, müssen wir erwarten, daß er auch heute hier in seinem Kern zur Annahme gelangt. Die Arbeitslosigkeit hat nicht nachgelassen (Jurist: „Sie streiten ja wieder!“); in der Holz- und Metallindustrie usw. steigen die Differenz der Arbeitslosen, und das Wiedererscheinen einer besseren Konjunktur ist noch nicht abzusehen. Der lange Winter hat eine ganze Masse von Arbeitslosen mit ihren Familien

dem Hunger überantwortet;

wir dürfen diese nicht körperlich und geistig untergehen lassen; es sind direkt Opfer der deutschen Wirtschaftspolitik, denen geholfen werden muß. Die Stadt Berlin ist doch sonst immer bereit, bei Not und Elend, bei Kalamitäten Hilfe zu gewähren; sie hat Gelder nach Westfalen, nach dem Heberichswommungsgebiet geschickt; hier in Groß-Berlin handelt es sich aber um 100 000 Arbeitslose! Die Gewerkschaften, gegen die die bürgerschaftlichen Parteien sich wenden, haben doch außerordentliches in der Arbeitslosenunterstützung geleistet, in Berlin allein 2 Millionen in einem Jahre dafür ausgegeben. Diesen Gemeinfinn, der in den Gewerkschaften aufgespeichert ist, müssen Sie doch anerkennen. Der Bürgermeister Wilde in Schöneberg hat für die Betätigung der Gewerkschaften warme Worte der Anerkennung gefunden. Fordern Sie mit uns den Magistrat auf, diese 300 000 M. zur Verfügung zu stellen. Auch im Magistrat scheint ja die Mehrheit für die Ablehnung keine große gewesen zu sein, wie man aus der Stellungnahme der Magistratsmitglieder der Deputation schließen muß. Mit unserm Antrag wird den Arbeitslosen wenigstens der Anfang einer kleinen Hilfe geboten. (Beifall bei den Soz.)

Stadtv. Wode (A. L.) begründet einen von seiner und der Freien Fraktion gestellten Antrag auf Uebergang zu einer motivierten Tagesordnung. In der Richtung der Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit werde man weitere Magistratsvorlagen abwarten haben. Unterstützungen ohne Gegenleistung durch Arbeit charakterisierten sich aber als Armenunterstutzungen. Inzwischen sei ja auch das Reichsgesetz erlassen, welches Unterstützungen zur Eindeutung eines vorübergehenden Notstandes nicht als solche gelten lässt, die den Verlust des Reichstagswahlrechtes nach sich ziehen. Durch Mitwirkung von Organisationen mit Parteifarakter würde der Wahlnahme der Stempel einer Parteifrage aufgedrückt. (Zustimmung und Widerspruch.)

Stadtv. Fischel: Die Deputationsmehrheit hatte sich auf einen Antrag geeinigt, die Armenverwaltung zu ermächtigen, einen Betrag bis zu 300 000 M. zur Unterstützung an arbeitslose Arbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende zu verausgaben. Der Magistrat ist der Ueberzeugung, daß das sachlich nicht von einer Armenunterstützung zu unterscheiden ist und auch von den berufenen Instanzen als solche angesprochen werden würde. Demnach hätte ein besonderes Vorgehen auf dem Wege des Antrages keinen Zweck. Seitens der Armenverwaltung sind in zwei Quartalen schon mehr als 300 000 M. aus außerordentlichen Unterstützungen bewilligt worden. Von diesem Standpunkte aus hat der Magistrat es abgelehnt, der Armenverwaltung noch einen besonderen Fonds zur Verfügung zu stellen. Sind wirklich 70 000 Arbeitslose allein in Berlin vorhanden, so wären die 300 000 M. in 4 Tagen verbraucht und was dann weiter? Wäre das wirklich kommunale Sozialpolitikk? Schließlich hätte entweder doch die Armenverwaltung einzupringen, oder man käme mit dem Antrag, weitere 300 000 M. herzugeben. Da sieht man, wohin die Reise geht. In der Deputation hat man ja auch ausgefahrt, Sparen und Sparlust sei falsch; Sparen führe abwärts, Nichtsparen aufwärts! (Hoel hoel!) Der Einzelne muß auch mit seinen Kräften in schlechten Zeiten aus dieser Lage herauszukommen suchen. Der Magistrat wird schwerlich dem neuen Antrage zustimmen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtv. Werner (R. L.): Wir lehnen in der großen Mehrheit die Hinguziehung der Gewerkschaften wegen ihres politischen Kampfscharakters, der durch Versicherungen von Bodeln, Rollen usw. einwandfrei festgelegt ist, und auch deswegen ab, weil sie nur für die organisierten Arbeiter in Betracht kämen. Die englischen Gewerkschaften können zum Vergleich nicht herangezogen werden, denn die geben für Streiks und Aussperrungen nicht entfernt soviel aus, wie die deutschen. (Jurist bei den Soz.) Der motivierten Tagesordnung wird die Mehrheit von uns zustimmen.

Stadtv. Thieme (Fr. Fr.) spricht ebenfalls gegen den Antrag, der nicht einmal den Fall brachte, daß ein Arbeiter arbeitslos, aber nicht mittellos sei. Die Gewerkschaften seien meistens nur gegründet, um die Ziele der Sozialdemokratie zu fördern; die Inorganisierten würden mit Hilfe des Antrages Wasner lediglich der Sozialdemokratie zugeworfen werden.

Stadtv. Goldschmidt (R. L.): Der Durchführung des Genter Systems ist für Berlin durch die Aufnahme des sozialdemokratischen Antrages ein schlechter Dienst erwiesen worden. Anerkannt muß werden, daß es Aufgabe der Gesellschaft ist, den Arbeitslosen zu helfen. Das Wie zu klären, ist für Berlin Sache der gemischten Deputation. Satte der Magistrat den Antrag der gemischten Deputation angenommen, so wäre die Versammlung wahrscheinlich gefolgt, das wäre besser gewesen, als wenn man die Arbeiter auf die Armenpflege direkt verweist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die motivierte Tagesordnung enthält alle wunschenwerten Garantien, daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung nicht vernachlässigt wird. Deshalb nehmen wir sie an.

Stadtv. Ulfstein (Soz.-fortschritt.) kann sich den Bedenken gegen den Antrag Wasner nicht verschließen. Da aber die gemischte Deputation ein schnelles Tempo in der Lösung ihrer Aufgabe anschlagen sollte, so sei es gut, wenn ihr ein Ausschuss aus der Versammlung zur Seite trete. Deshalb beantragt er, den Antrag Wasner einem solchen Ausschuss zu überweisen.

Stadtv. Dupont (Soz.): In der Deputation haben auch bürgerschaftliche Mitglieder wenigstens im Sinne unseres Antrages gesprochen. Heute lehnen sie es ab, unsern Antrag zu akzeptieren. Sie haben uberhaupte in der Deputation einen Antrag angenommen, dem wir nicht zustimmen könnten, weil das Odium der Armenunterstützung auf ihm lastete. Aber nach der Erklärung des Oberbürgermeisters mußten sie doch in anderer Weise sich um die Lösung des Problems bemühen. Statt dessen sehen wir uns wiederum allein. Kollege Goldschmidt hält uns vor, wie würden die Einführung des Genter Systems durch unsern Antrag verzögern. Das ist mir unverständlich. Daß wir mit diesem Antrag gekommen sind, davon ist Kollege Goldschmidt mit schuld. Die Sache zögerte sich in der Deputation ungemein hin, und die Arbeitslosigkeit nahm nicht ab, sondern zu, denn wir waren noch mitten im Winter; Herr Goldschmidt wollte mit 200 000 M. das Genter System durchführen, als aber sein Antrag zur Verhandlung kommen sollte, fehlte er in der Deputation, und das bedeutete eine weitere Verzögerung! Der Hinweis auf die Armenverwaltung kann nicht möglich sein. Wir müssen nach dem Gange der Dinge sagen, daß die Reichsversicherung noch in weiter Ferne steht, auch nicht daran zu denken ist, daß in den Einzelstaaten etwas herauskommt, vielleicht mit Ausnahme von Bayern, müssen wir jetzt zunächst von den Kommunen die Initiative verlangen. Man hat die Sache bereits sehr ernsthaft behandelt, indem es einen sehr feinen Unterschied zwischen Armenamt und Arbeitsamt macht. Wir haben vorgeschlagen, den Ausgesperrten, denen die von den Gewerkschaften keine Unterstützung mehr bekommen, pro Tag 1 M. zu geben. (Ho! ho! bei den Soz.) Stadtv. Fischel rechnete uns vor, daß in vier Tagen die 300 000 M. alle sein würden. Desartige zu beantragen ist uns gar nicht eingefallen; für die Ausgesperrten sollte die Kart gerettet werden. Mit dem Gelde hätte 6-8 Wochen unterstützt werden können. (Zwischenrufe.) An die Nichtorganisierten haben wir auch gedacht, aber für sie nicht einsetzen können (Hal! und Gelacher.) Aber wenn auch aus den 6 Wochen nur 4 werden, so ist das doch etwas anderes, als die Summe in 4 Tagen verpulvern; das bedeutet bloß, die Sache faderlich machen, und das weiße ich mit Entschiedenheit zurück. Die Ausschussungen des Stadtrats Fischel an unserer Arbeitslosenzahlung treffen nicht zu; für unser System hat sich der Magdeburger Statistiker Landberg direkt ausgesprochen, und die Gewerkschaften haben die Kosten für diese Zählung, die eigentlich die Stadt tragen muchte, auch noch auf sich genommen. Was mit der Einführung der Versicherung über das Sparen bezwagt wurde, ist unklar. Wenn man dem Arbeiter lediglich das Sparen empfehle, à la Eugen Richter, dann wird das

Gegenteil von dem Gewollten, nämlich davon, daß Arbeit geschaffen wird, erreicht. Das Sparen beim Arbeiter ist ein Nadelstich. (Große, sich wiederholende Heiterkeit bei der Mehrheit.) Das ist gar nicht neu und auch nicht von mir. Der Arbeiter, der von dem geringen Verdienst noch sparen soll, sinkt unter das Existenzminimum. Der Markt wird mit Waren noch mehr überlastet, wenn nicht einmal das Notwendige gekauft wird, und die Arbeiter sparen doch nur, indem sie es sich am Leibe abbarben. (Jurist.) Für Sie ist das Theorie, für uns nicht. Herr Werner hat hier wiederholt, was er schon in der Deputation ausführte, er hat in ganz unzutreffender Weise die englischen und deutschen Gewerkschaften verglichen. Die deutschen Gewerkschaften sind mindestens ebenso neutral wie die englischen, welche zu dem parlamentarischen Fonds, aus dem die Diäten für die Arbeiterabgeordneten gezahlt werden, Beiträge leisten, während bei uns die Partei dazu da ist, 1908 wurden von den Gewerkschaften über 7 Millionen Mark für Arbeitslose gegeben. Damit sollten Sie doch einverstanden sein, statt sich daruber zu entrasten. Unser Antrag ist deshalb von neuem gestellt, um Sie zur Stellungnahme herauszufordern. Wird die motivierte Tagesordnung angenommen, dann bleibt die Weiterarbeit in der gemischten Deputation. Sollen sich aber die Erortterungen über das Genter System wieder bis zum Winter hingiehen, dann können Sie sich doch nicht wundern, wenn dann auch ein neuer Antrag auf unmittelbare Unterstützung kommt. Die Arbeiter können doch nicht so lange warten, bis diese schwierige Frage gelöst ist. Sie scheuen sich, mit den Organisationen in engere Fahlung zu treten, die ebenso beehrt werden sollten wie andere Vereinigungen, denen Sie ohne Weiteres Gelder bewilligen. So lange das nicht geschieht, werden unsere Anträge wiederkehren. Das Problem, so schwer es ist, muß gelöst werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Cassel (A. L.): Mit Recht hat der Magistrat den Deputationsantrag abgelehnt; die Deputation wird sich, wie sie bisher ausdauernd gearbeitet hat, mit dem schwierigen Problem weiter zu befassen haben. Einen besonderen Ausschuss einzusetzen, hiee der Antrag für durchführbar erklären und das ist er nicht; man würde damit nur der Deputation die Arbeit erschweren und die ganze Sache desorganisieren. Daß Sparsamkeit die Volksinteressen schädige, der Arbeiter auch gar nicht sparen könne, wird schon durch einen Vergleich des heutigen Standard of life (Lebenshaltung) der Arbeiter mit dem vor 30 Jahren widerlegt. Diese Mahnung des Kollegen Dupont wird vergeblich bleiben, wie sie bisher vergeblich gewesen ist. Man erweist den Arbeitern keinen Dienst, wenn man ihnen widerrat, in guten Zeiten für den Fall der Not zu sparen.

Stadtv. Werner repliziert auf die Bemerkungen Duponts. Rollenbu habe für eine Reichsarbeitslosenversicherung 230 Millionen Mark gefordert; auf Berlin würde das 7 Millionen Mark ausmachen. Das habe die Deputation sehr wohl bedacht. Tatsächlich gäben die deutschen Gewerkschaften achtmal so viel für Agitationszwecke, Streiks usw. aus als die englischen.

Stadtv. Kelle (A. L.) beklagt, daß die Sparansicht der Sozialdemokraten von allen Arbeiterkreisen geteilt wird. Gant habe in seiner Organisation eine eigene Abteilung für Sparrer. Damit schließt die Beratung.

Das Schlusswort erlast

Stadtv. Wurm (Soz.): Also die englischen Gewerkschaftler sind weit bessere Menschen als die deutschen! Kollege Werner uberhat dabei den fundamentalen Unterschied, daß in England keine Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenunterstützung von Reichs wegen besteht, zu der die Arbeiter in Deutschland Beiträge leisten müssen, denn auch der Beitrag des Unternehmers ist doch bloß nicht-bezahlter Lohn. Die englischen Gewerkschaften müssen also diesen großen Summen widmen. Die Differenz des Herrn Werner geben daher ein ganz verkehrtes Bild. Im übrigen sind die englischen Gewerkschaften ebenso radikal wie die deutschen, nur daß sie, weil sie viel älter sind, einen großen Teil der Kämpfe bereits hinter sich haben, die unsere Gewerkschaften noch durchmachen müssen. Dann sollen wir die Arbeiter vom Sparen abhalten. Wir hören diese alte liberale Weisheit heute nicht zum ersten Male. Noch nie hat ein Sozialdemokrat den Arbeitern gesagt: „Du sollst nicht sparen!“ (Lachender Widerspruch.) Ja, dann kennen Sie die sozialistische Literatur nicht. Das Buch von Karl Marx „Das Kapital“ verlangt von dem Arbeiter, daß er mit etwas sehr sparen soll, nämlich mit seiner Arbeitskraft. (Erneuter Lärm.) Im übrigen aber hat noch kein Sozialdemokrat den Arbeitern gesagt: Du sollst nicht sparen! (Stürmische Jurist: Dupont!) Die Löhne der deutschen Arbeiter sind auch weit niedriger als die der englischen Arbeiter. (Wiederholte Zwischenrufe: Nicht mehr! Dupont!) Das Stenogramm wird ja anweisen, was Dupont gesagt hat. Das wäre Ihnen ja natürlich sehr angenehm, wenn die Arbeiter ihre Anspruge noch heute so herunterbruden ließen wie vor 30 oder 50 Jahren. Der Fortschritt der Kultur besteht darin, daß die großen Massen des uerkaftigen Volkes, auf dessen Schultern Reich und Staat ruhen, nicht mehr die erbärmliche Bedürfnislosigkeit eben, die den Menschen zum Tier erniedrigt, und darauf sind wir stolz, daß wir die Massen abbringen von dieser Bedürfnislosigkeit. . . (Stürmische Unterbrechungen und Anrufe, welche die nächsten Ausführungen überhört.) . . . Sie sind es, die den Arbeiter berubren, höhere Kenntnisse zu erwerben und sich dadurch höhere Kulturanschauungen anzueignen. Sie freden ihnen auch da wieder die Zenselsaust entgegen! Wieder hören wir von Herrn Cassel: Die Organisation ist nicht die Hauptfrage; selbst ist der Mann! für den Arbeiter ist die Organisation die Hauptfrage, und deshalb haben auch wir die Organisation in den Vordergrund gestellt. Gewiß lässt sich die Frage der Arbeitslosenunterstützung nicht aus dem Handgelenk lösen; seit Jahrzehnten zerbracht man sich die Köpfe daruber. (Rufe: „Na also!“) Unser Antrag soll einen Tropfen auf den heißen Stein fahren, und natürlich kommen wir wieder, wenn mit der Summe nicht auszukommen ist. (Hal!) Rollenbu hat ausdrücklich gesagt, die 230 Millionen Mark seien von Reich, Staat und Kommune aufzubringen; die Hauptfrage ist, daß keine Gemeinde aus eigener Kraft die notwendigen Summen aufbringen kann, auch Berlin nicht. Das alles haben wir auch in der Deputation gesagt, in der ja nun die Frage der Arbeitslosenversicherung weiter schlummert. Wir brauchen ja das reine Genter System gar nicht, wir können und ja an das Straßburger anlehnen. Wenn man will, ist der Weg zu finden, genau so, wie er ohne Armenunterstützung bei den 300 000 M. zu finden gewesen wäre; die Stillramien, die Aindersperrungen sind doch durchgefahrt worden ohne die Hilfe der Armenunterstützung. Aber Sie wollen nicht, grundsachlich nicht, daß etwas geschehe, deswegen ziehen Sie die Grenze der Armenunterstützung. Das ist ein sehr rückständiger Standpunkt, den Sie werden aufgeben müssen. Kommt die günstige Konjunktur, so müssen Sie die jetzt hungernden Arbeiter wieder haben, und dann werden Sie sich auch erinnern müssen, daß Sie gegen sie Verpflichtungen haben. Also nochmals: Nicht haben wir gesagt, „man darf nicht sparen“, sondern, „man kann nicht sparen“. (Widerpruch.) Stichhaltig ist von allen Ihren Gründen nur der schlechte Wille, und den wird man sich draußen merken! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Persönlich bemerkt Stadtv. Werner, daß der Schlusssprecher die Logik auf den Kopf gestellt habe.

Stadtv. Cassel will von Wurm in mindestens 5 Punkten mißverstanden worden sein.

Stadtv. Dupont stellt unter lebhaftem Widerspruch der Mehrheit fest, daß er sich selbstwerklandlich über das Sparen nur im Sinne Wurms geauhert habe.

Mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialfortschrittlichen gelangt darauf die motivierte Tagesordnung zur Annahme.

Das für Schlichthofzweck nordwestlich der Landsberger Allee erworbene Grundstück soll in seiner ganzen

Ausdehnung bebauungsfähig abgeschätzt werden; den Kostenbetrag von circa 250 000 M. will man aus Anleihemitteln decken.  
Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen und darauf um 9 Uhr die Sitzung geschlossen.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Umwälzung in der Eisengroßindustrie

Spiegelt die Begründung, die die Verwaltung der Selsensirchener Bergwerksgesellschaft zu ihren Anträgen auf Erhöhung des jetzt 130 000 000 M. betragenden Aktienkapitals, bei 49 233 500 M. Anleihen usw. und 26 818 610 M. Reserven gibt. Die neuen, auf 80 000 000 M. Mark berechneten Mittel sollen vorwiegend dem Ausbau der Hüttenbetriebe dienen, womit man dem Ziele eines wirklichen gemischten Betriebes zustrebt. Es wird dazu bemerkt:

Auch nach der Vereinigung der Gesellschaft mit dem früheren Sächsischen Hütten- und Eisenwerk und dem Schaller Gruben- und Hüttenverein verbleibt der überwiegende Schwerpunkt des Unternehmens im Bergwerksbetriebe; denn gegenüber den Erzeugungsziffern von rund 8 500 000 Tonnen Kohle und 2 200 000 Tonnen Roheisen jährlich betragen die Verbrauchsziffern der Eisenerze nur einen nicht sehr großen Teil der Kohlen- und etwa die Hälfte der Roheisenerzeugung. Der Gesichtspunkt des weiteren Verbrauchs der Kohlenförderung in eigenen Hüttenbetrieben ist eine erhebliche Ermäßigung der Selbstkosten des Roheisens, das auf die Dauer auch das besteingerichtete Werk mit getrennten Betrieben einem solchen mit vereinten Betrieben nicht mehr die Spitze bieten kann. Angesichts ihres reichen Gruben- und Erzfelderbestandes im Rhein- und Moselgebiet ist die Verwaltung nach eingehender Durchrechnung aller sich überhaupt bietenden Möglichkeiten, namentlich was die Erz- und Kohlenfrachten sowie diejenigen für die Walz- und Schmiedewerke anlangt, zu der Ueberzeugung gelangt, daß es für sie am vorteilhaftesten ist, die neuen Hochofen nebst Stahl- und Walzwerk im Mittelrheingebiet selbst im unmittelbaren Anschluß an eine ihrer dortigen Hochofenanlagen zu errichten. Ob endgültig bei der engeren Wahl die lothringische Anlage in Deutsch-Loth oder die luxemburgische in Esch in Betracht kommt, wird von der Entscheidung örtlicher Steuer- und Grunderwerbsfragen abhängen. Der Arbeitsplan ist so in Aussicht genommen, daß die großen Walzwerke bei den Hochofen erzeugt, in rote Erde aber nach und nach hauptsächlich die Weiterverarbeitung auf Fertigwaren vorgenommen werden soll, wie dies für Drahterzeugnisse bereits in Schwelm ge- schieht. Unabhängig davon ist eine Erweiterung der Gießereien an dem Selsensirchener Hochofenwerk, sowie eine Hafen- anlage am Rhein-Herne-Kanal immerhalb des Stadtbezirks Selsensirch in Aussicht genommen.

Interessant sind auch die Auslassungen des bekannten Herrn H. Kirdorf in dieser Angelegenheit. Er schreibt u. a.:  
„Bekanntlich ist die deutsche Roheisenproduktion von 2 162 000 Tonnen im Jahre 1890 auf 3 982 000 Tonnen im Jahre 1895, 7 377 000 Tonnen im Jahre 1900, 10 809 000 Tonnen im Jahre 1905 und 12 068 000 Tonnen im Jahre 1907, also in der ersten Periode um rund 400 000 Tonnen pro Jahr, in der zweiten Periode um

rund 700 000 Tonnen, in der dritten Periode um rund 600 000 Tonnen und in der vierten Periode um rund 900 000 Tonnen pro Jahr, das heißt durchschnittlich um rund 600 000 Tonnen pro Jahr gestiegen. Das Jahr 1908 hat freilich mit einem Rückgang auf 11 186 400 Tonnen eine Unterbrechung in diese Aufwärtsbewegung gebracht; eine solche haben wir aber auch schon im Jahre 1900 und im Jahre 1901 erlebt, sie hat dann im folgenden Jahre einem um so kräftigeren Aufschwunge Platz gemacht. Es liegt daher kein Anlaß vor, auch für die Zukunft ein gleiches Fortschreiten der Erzeugung, wie in den letzten 17 Jahren, zu bezweifeln. Dann würden aber bis zum Jahre 1913, bis zu welchem die Neuanlagen der Selsensirchener Bergwerksgesellschaft in Betrieb kommen würden, sich die Produktion und der Absatz, da der letztere mit der Produktion stets gleichen Schritt halten muß, um mindestens 2 400 000 Tonnen gegen 1907 erhöht haben. . . .“

Schließlich bespricht Kirdorf die kommenden Krisen im Stahlwerksbetriebe und bemerkt dazu:

„... An der Händlerfrage wird der Stahlwerksverband scheitern, wenn dieselbe nicht aus dem Wege geräumt wird. Der Zustand, daß bei manchen Werken nicht mehr die Leiter derselben, sondern die diese Werke beherrschenden Händlerfirmen das entscheidende Wort zu reden haben, dem die übrigen Werke mit ganz verschiedenem Interesse nicht zustimmen oder sich nicht unterordnen können, macht einen Verband der Werke unmöglich. Dürfte die Verwaltung der Selsensirchener Bergwerksgesellschaft es versäumen, sich für diese Zeit des Kampfes vorzubereiten, so würde sie ihre Pflichten gründlich vernachlässigen. Sie kann aber diesen Kampf nur mit Erfolg bestehen, wenn sie sich ausrüstet mit allen Vorteilen, welche die moderne Technik zu liefern vermag, und diese Hilfsmittel stehen nur dann zur Verfügung, wenn Stahl- und Walzwerke mit den Hochofen vereint dort betrieben werden, wo die billigsten Herstellungsbedingungen vorliegen.“

## Gerichts-Zeitung.

### Ein umfangreicher Billetttschwindel.

durch welchen der Zirkus Schumann sehr empfindlich geschädigt worden war, lag einer Verhandlung zugrunde, mit der sich gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Unger die 10. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Angeklagt wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung, Betruges und Billetttschwindels waren der 20jährige Graveur Walter Herzog und der gleichaltrige Malergehilfe Hermann Bäumken. Ferner mußte sich der Buchbinder Franz Forenny wegen Billetttschwindels verantworten. Im November und Dezember v. J. fiel es der Zeitung des Zirkus Schumann auf, daß auf dem 2. Platz eine kolossale Ueberfüllung herrschte. Der Andrang war so enorm, daß zu wiederholten Malen die Polizei einschreiten mußte. Hieraus erkannte die Direktion die allerschwersten Unannehmlichkeiten. Der Verdacht, daß von den Billettthändlern, die allabendlich vor dem Zirkus ihr Unwesen trieben, gefälschte Billettts verkauft würden, beschäftigte sich durch die Festnahme der jetzigen drei Angeklagten, die am 13. Dezember vor dem Zirkus von Kriminalbeamten verhaftet wurden. In ihrem Besitze wurden zahlreiche Billettts gefunden, die als gefälscht erkannt wurden. Trotz erdrückender Schuldbeweise verlegten sich die Angeklagten vor Gericht auf ein hartnäckiges

Leugnen. Das Gericht hielt die Angeklagten für überführt und erkannte mit Rücksicht auf die erhebliche Gemeingefährlichkeit und den großen Schaden, den sie angerichtet hatten, gegen Herzog und Bäumken auf je 1 Jahr Gefängnis. Außerdem wurde Forenny sofort verhaftet. Forenny wurde nur wegen unerlaubten Billettthandels zu 60 M. Geldstrafe verurteilt.

### Ein Konflikt.

Der Gendarmeriewachmeister Rettig bemerkte eines Abends in Herrenbreitungen, wie ein Radfahrer, der vorchriftswidrig keine Laterne bei sich hatte, schnell davonfuhr. Er suchte nun dessen Begleiter, den Landwirt Eberlein, festzuhalten, um die Person des Entflohenen festzustellen. Eberlein, der ebenfalls davonfahren wollte, kam zu Fall und verletzte sich. Im Wege des Zivilprozesses beanspruchte er vom Wachmeister Schadenersatz. Die Regierung in Kassel erhob darauf zu gunsten Rettigs den Konflikt, den das Oberverwaltungsgericht auch für begründet erklärte. Es entschied, daß das Verfahren gegen den Gendarmeriewachmeister einzustellen sei. Indem R. bestrebt gewesen sei, E. festzuhalten, um den Namen des entflohenen Radfahrers feststellen zu können, habe er in Ausübung seiner Amtsbefugnisse gehandelt. Daß E. hierbei gefallen sei, wäre ja bedauerlich; es wäre aber wahrscheinlich nicht passiert, wenn er nicht in der Absicht, den Begleiter nicht zu verraten, ebenfalls zu entfliehen gesucht hätte. Nebenfalls könne der Wachmeister, der seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe, für den Fall E. nicht haftbar gemacht werden.

### Wieder ein gestrauchelter Diener des Herrn.

Die Strafkammer in Konstanz beurteilte vorgestern den 43jährigen katholischen Pfarrer Gustav Mühlhale in Klustern wegen eines im Jahre 1906 begangenen Verbrechens im Sinne des § 174 Ziffer 1 des Reichsstrafgesetzbuches unter Annahme mildernder Umstände zu 8 Monaten Gefängnis. Der Pfarrer hatte sich an ihm unterstehenden Jünglingen unzüchtig verhalten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr, in Feders Festhallen, Kommandantenstraße 62: Vorlesung der Schriftstellerin Alara Wiebig aus ihren eigenen Werken. Gäste willkommen.

### Lesenabende.

Erster Wahlkreis. Freitag 8 1/2 Uhr bei Vogt, Klosterstr. 110.  
Dritter Wahlkreis. Freitag 8 1/2 Uhr Gewerkschaftshaus, Unter Seiden- stügel 3 Treppen.  
Südburg. Montag, den 19. April, bei Erlelt, Pfarrstr. 74.  
Nördl. Für den 1. bis 5. Bezirk bei Köhler, Wefersstr. 17/18; für den 6. bis 10. Bezirk bei Köpfer, Richardstr. 36; für den 11. bis 15. Bezirk bei Schröder, Rogatzstr. 83/84; für den 16. bis 20. Bezirk bei Hoppe, Hermannstr. 49.

**Kennen Sie**  
unser  
**kostenloses**  
**Portrait-**  
**System?**

# Passage-Kaufhaus

Friedrichstrasse 110-112  
Oranienburgerstr. 54-56

Betriebsgesellschaft  
m. b. H.

**Verlangen**  
Sie Zählkarten  
für kostenlose  
**P. K.**  
**Porträts!**

Freitag  
Sonnabend:

## Lebensmittel-Extra-Preise

Soweit Vorrat!

### Lebende Fische

Hechte ..... Pfund 95 Pf.  
Karpfen ..... Pfund 90 Pf.

### Tafel-Lachs

Qualität I Pfd. 70 Pf., im Ausschnitt Pfd. 80 Pf.  
Qualität II Pfd. 50 Pf., im Ausschnitt Pfd. 60 Pf.

### Seefische

Oabeljau la la ..... } Pfund 15 Pf.  
im Ausschnitt Pfund 5 Pf. mehr .  
Seelachs la la ..... } Pfund 15 Pf.  
im Ausschnitt Pfund 5 Pf. mehr .  
Schellfisch gross, la la ..... Pfund 30 Pf.  
Bratschellfisch la la ..... Pfund 20 Pf.  
Schollen la la ..... Pfund 30 Pf.  
Makrelen la la ..... Pfund 30 Pf.  
Eishechte ..... Pfund 75 Pf.

## Konserven

### Fisch-Konserven

	1/2 Dose	1/2 Dose
Sardinen Marke „Carmen“	1.95	—
Sardinen Marke „Glorioles“ 1/2 Dose	0.70	1.35
Sardinen Dose 30, 33, 43, 50 Dose	0.60	—
Delik.-Heringe in verschied. Saucen 1/2 Dose	0.78	0.49
Bismarck-Heringe	0.42	—
Bratheringe	0.42	—
Heringe in Gelee	0.33	—
Liliput-Heringe	0.25	—
Neunaugen	0.75	—
Sprotten in Oel	0.50	—
Sprotten in Tomaten	0.50	—
Aal in Gelee	0.75	—

### Gemüse-Konserven

	1/2 Dose	1/2 Dose
Stangenspargel extra stark	1.50	0.80
Stangenspargel prima	1.35	—
Riesen-Bruchspargel	1.20	0.65
Bruchspargel extra stark	1.10	—
Bruchspargel II mit Köpfen	1.00	—
Kaiserschoten extra fein	1.18	0.65
Kaiserschoten fein	1.10	0.60
Junge Schoten extra fein	0.80	—
Junge Schoten fein	0.60	0.35
Junge Schoten I	0.48	—
Suppenersben	0.36	—
Schoten und Carotten I	0.65	0.38
Schoten und Carotten II	0.55	0.33
Junge Carotten I	0.45	0.28
Wachsbohnen	0.42	—

### Frucht-Konserven

	1/2 Dose	1/2 Dose
Mirabellen	0.65	0.38
Preisselbeeren 4 Pfd. D. 1.20 10 Pfd. D. 3.00	0.65	0.37
Kaiserkirschen ohne Steine	1.00	0.55
Kaiserkirschen mit Steinen	0.65	0.38
Pflaumen ganze Frucht	0.42	0.26
Pflaumen halbe Frucht	0.55	0.33
Pflaumen in Essig und Zucker	0.42	0.26
Gem. Früchte prima	1.00	0.55
Gem. Früchte 6 Früchte	0.85	0.48

ff. Schwäb. Gewürz-Gurken 2.00  
ca. 70 Stück Inhalt ..... Dose

ff. Schwäbische Senf-Gurken 2.70  
ca. 10 Pfund Inhalt ..... Dose

Stör-Lachs in Stücken Pfund 90 Pf.

Heut und morgen gewähren wir auch bei Lebensmitteln  
Zählkarten für kostenlose P. K. Porträts, jedoch

nur bei Einkäufen am Vormittag bis 1 Uhr.

# Öffentliche politische Versammlungen.

## 6. Wahlkreis.

Sonntag, den 18. April, abends 6 Uhr, im „Kolberger Salon“,  
Kolberger Straße 23:

### Öffentliche Versammlung für Männer u. Frauen.

Tages-Ordnung: 220/15\*

Vortrag der Genossin **Regina Friedländer** über:  
„Die Frau im politischen Kampf.“

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein  
Der Einberufener: **E. Ernst**, Köpcke-Str. 9.

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro:  
Dof. I. Amt 3, 1289. Charlottenstraße 3. Dof. III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 18. April 1909,

von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr,  
findet die Wahl der 30 Delegierten für die

## General-Versammlung in Hamburg

in folgenden Lokalen statt:

- Norden:** Willes Festsäle, (früher Wittrodt), Müllerstr. 7. Brunnen-Theater, Badstr. 55. Obiglo Festsäle, Schwedter Str. 23. Borussia-Säle, Adorfstr. 67. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42. Glenkes Restaurant, Bernauer Str. 82. Schulzes Restaurant, Magstr. 13b. Schädes Restaurant, Rosenhagen Str. 74. Kronen-Bränerel, Alt-Moabit 47/49.
- Nordwesten:** Brauerei Patzenhofer, Turmstr. 25/26.
- Nordosten:** Elysium, Rauböcker Allee 40/41.
- Osten:** Bäckers Festsäle, Weberstr. 17. Litfins Festsäle, Remeler Str. 67.
- Südosten:** Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engelufer 15. Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147.
- Süden:** Grumbachs Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Südwesten:** Schmidts Restaurant, Lindenstr. 3, 2. Sof.
- Westen:** Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Rixdorf:** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49. Rückheims Restaurant, Bergstr. 97/98. Londons Restaurant (Idealpassage), Weichselstraße 8.
- Tempelhof:** Müllers Restaurant, Berliner Str. 48/49.
- Steglitz:** Clements Restaurant, Düppelstr. 7.
- Rummelsburg:** Blumes Restaurant, Alt-Bohagen 56.
- Tegel:** Halfes Restaurant, Brunowstr. 23.
- Ober-Schöneweide:** Warnekes Restaurant, Wilhelmshofstr. 18.
- Köpenick:** Ritters Restaurant, Bahnhöfstr. 44.
- Spandau:** Huths Restaurant, Lindenufer 17.
- Pankow:** Rosyckis Festsäle, Srenstr. 3/4.
- Weißensee:** Roskops Festsäle, Königshäuser 38.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.

Die Stimmzettel werden am Eingange zu den Wahllokalen verteilt.  
Wahlleiter ist der Kollege **Otto Handke**, Charlottenstr. 3.

Montag, den 19. April 1909

## Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Osten-Lichtenberg:** Litfin, Remeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau-Rummelsburg:** Blumes Restaurant, Alt-Bohagen 56, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee:** Roskopf, Königshäuser 38, abends 8 1/2 Uhr.
- Rixdorf:** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, ab. 8 1/2 Uhr.
- Schöneberg:** Miethes Festsäle, Hauptstraße 5-6, abends 8 1/2 Uhr.
- Süden und Südost:** Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 15, Saal 4, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3, abds. 8 1/2 Uhr.
- Steglitz:** Warendorf, Groß-Lichterfelde, Bätestraße 22, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit:** Frachtsäle Nordwest, Wielestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden:** Raabe, Kolberger Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden:** Franke, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden:** Obiglo, Schwedter Str. 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel:** Trebeschs Festsäle, Bahnhöfstr. 1, abends 6 Uhr.
- Spandau:** Restaurant „Vorwärts“, Schwandorfer Str. 80, abends 8 1/2 Uhr.
- Oberschöneweide:** Lokal Hasselwerder, abends 6 Uhr.
- Köpenick:** Gesellschaftshaus Gratkowsky, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, abends 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:

- Berichterstattung von der Generalversammlung am 4. April.
  - Beschlussfassung.
  - Befragung des Ergebnisses der Delegiertenwahlen zum Verbandstag in Hamburg.
  - Zur den Obenbestimmten außerdem: Neuwahl der Bezirksleitung.
- Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Reichsverbandes Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

### Touren

zum Sonntag, den 18. April.

1. Abt. 1 Uhr: Stolpe. Start: Bülowstr. 58.
2. Abt. 6 Uhr: Teupitz. 1 Uhr: Wittenwalde. Start: Postamt-Promenade 18.
3. Abt. 7 Uhr: Rössen (Karlshagen). 1 Uhr: Lichterfelde (Deter). Start: Mariannenplatz.
4. Abt. 8 Uhr: Finkenkrug (Dorfmeier). 1 Uhr: Finkenwerder. Start: Köpenicker Weg.
5. Abt. 8 Uhr: Jernsdorf (Anorr). 1 Uhr: Lichterfelde (Mitte). Start: Elysium.
6. Abt. 7 Uhr: Rössen. 1 1/2 Uhr: Spandauer. Start: Oberberger Straße 23.
7. Abt. 17. 9 Uhr abends, 18. 4 Uhr früh: Neu-Grupp. 1 Uhr: Finkenfelde. Start: Köpenicker Str. 8.
8. Abt. 7 Uhr: Finkenwalde. 1 Uhr: Schönleins (Spezialstr.). Start: Bremer Str. 44.
9. Abt. 1 1/2 Uhr: Verb.-Generalversammlung (Gewerkschaftshaus).
10. Abt. 7 Uhr: Rössen. 1 1/2 Uhr: Lichterfelde. Start: Weberstr. 17.

**Achtung!** Freitag, 23. April, abends 8 1/2 Uhr: General-Versammlung im Gewerkschaftshaus.

**Ohne Anzahlung!** Portieren, Gardinen, Stoppdecken, Teppiche, Uhren, Bettwäsche und kleine Kisten! **L. Matzner**, Auguststr. 50. Nur Vorkasse erbeten.

Billigste Bezugsquelle für **Hygienische Bedarfs-Artikel** Drogerie Zarcoba, Berlin N., Weinbergsweg 1. Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

**Charlottenburg** F. Künsmann Wälisierl Moderne Uhren u. Goldwaren

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**

### Einseker!

Sonntag, den 18. April 1908, vormittags 9 Uhr:

## Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Werfowski, Hindenburgstr. 26.
2. Schäde, Rosenhagen Straße 74.
3. Müller, Weidowstr. 11.
4. Preil, Rixdorf, Rosenstr. 24.
5. Biemer, Bülowstr. 55.
6. Witz, Köpenicker Straße 59.
7. Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
8. Meiser, Biesenstr. 29.

## Verband der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 18. April, vorm. 10 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom ersten Quartal 1909.
  2. Verhandlungsangelegenheiten.
  3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschlebens.
- NB. Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Kollegen ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

## Deutsch. Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin II.

Am Sonntag, den 18. April 1909, vormittags von 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, finden die

## Wahlen der 11 Delegierten zur Generalversammlung in München

in folgenden Lokalen statt:

- Zentrum:** D. Zieher (früher Engel), Seidelstr. 50.
- Hallesches Tor:** Paul Scholz, Bernauer Str. 22.
- Potsdamer-Tor-Bezirk:** Fern. Roy, Bülowstr. 66.
- Moabiter Bezirk:** Ernst Start, Waldstr. 8, und Burschat, Spenerstr. 23.
- Wedding-Bezirk:** August Marfan, Seferstr. 12.
- Gesundbrunnen und Reinickendorf-Ost:** Ernst Glöbig, Kolonnenstr. 15.
- Rosenthaler-Tor-Bezirk:** Gottlieb Hoffmann, Swinemünder Straße 47.
- Schönhauser-Tor-Bezirk:** Karl Hiltz, Lohener Str. 2/3.
- Königstor-Bezirk:** Friedrich Rausch, Wundstr. 12.
- Landsberger-Tor-Bezirk:** Emil Panzer, Heidenfeldstr. 11.
- Frankfurter-Tor-Bezirk:** Gustav Müller, Große Frankfurter Straße 187.
- Schlesischer-Tor-Bezirk:** Paul Hoffmann, Doppelner Str. 47.
- Kottbuser-Tor-Bezirk, Rixdorf-Nord sowie Troptow:** Gustav Schmidt, Rixdorf, Friedenstr. 44.
- Rixdorf-Britz:** Ferdinand Hennig, Rixdorf, Riechenstr. 69.
- Ober- und Nieder-Schöneweide sowie Baumschulenweg:** Friedrich Warneke, Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 18.
- Rummelsburg, Boxhagen, Lichtenberg, Friedrichsberg, Stralau:** Georg Bieweg, Alt-Bohagen 54.
- Weißensee:** Hermann Träger, „Zum Prälaten“, Königshäuser 42, Ecke Weidowstraße.
- Pankow, Schönhausen und Französisch-Buchholz:** Karl Heubroth, Pankow, Wühlener Str. 31.
- Borsigwalde, Tegel und Reinickendorf-West:** August Wendisch, Reinickendorf-West, Antonenstr. 61.
- Charlottenburg:** Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
- Wilmerdorf-Halensee:** Fritz Kaefer, Wilmerdorf, Leuenburger Straße 20.
- Schöneberg-Friedenau:** Wilhelm Kufche (früher Obf), Schöneberg, Reiningstr. 8.
- Tempelhof-Marientorf:** Martin Müller, Tempelhof, Berliner Straße 41/42.

Den Mitgliedern ist es freigestellt, in einem der vorgenannten Lokale ihre Stimme abzugeben.  
Als Wahllegitimation dient das Mitgliedsbuch, welches am Eingange zum Wahllokal vorzulegen ist.  
Wer mit seinen Beiträgen länger als 10 Wochen im Rückstand ist, ist nicht wahlberechtigt.  
Stimmzettel erhalten die Mitglieder am Eingange zum Wahlzimmer.  
Die Verwaltung **H. J. A. Albert Hübner**, 69/17

Statt jeder besonderen Meldung!  
Nach schwerer Krankheit starb heute mein innig-  
geliebter Mann, unser trauer, horzenguter Vater

## Louis Bach

im 44. Lebensjahre.  
Berlin, den 18. April 1909. In tiefer Trauer im Namen  
aller Hinterbliebenen:  
Esmarckstr. 14. **Berta Bach** geb. Just.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittags 4 Uhr  
von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Lands-  
berger Allee aus statt. 291/16

Gestern abend verschied nach schwerem Leiden unser  
verehrter teurer Chef

## Herr Louis Bach

der Begründer unserer Fabrik.  
Schmerzerfüllt stehen wir an der Bahre dieses allzeit  
guten und gerechten Mannes, an dem wir alle in aufrichtiger  
Liebe hingen. — Sein Heimgang bedeutet für uns einen  
unersetzlichen Verlust und wird sein Andenken in unseren  
Herzen niemals erlöschen. 291/17

Das Kontor- und Fabrikpersonal der Firma Louis Bach.

Hiermit die traurige Nachricht,  
dass mein lieber Mann, unser  
guter Vater, der Schlosser

## Paul Reichardt

nach langem Leiden verstorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Anna Reichardt** geb. Steindrinf  
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,  
vom Trauerhause Berlin, Engel-  
ufer 15 aus statt. 20456

## Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme bei  
der Beerdigung meines lieben Vaters,  
Schwieger- und Großvaters **Otto  
Joppig** sagen wir allen Be-  
wundern, Freunden und Bekannten,  
insbesondere der Firma und dem  
Personal Bernhard Decker unserer  
herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

## Orts-Frankenkasse der Messerschmiede, Schwertfeger u. Verfertiger chirurg. Instrumente zu Berlin.

Sonntag, 24. April, abds. 8 1/2 Uhr,  
Königsplatz Str. 10/11 bei Hoppel:

### Ordentliche General-Versammlung.

- Tagesordnung:
1. Bericht über Abnahme der Jahresrechnung 1908.
  2. Verschlebens.
- Die Herren Arbeitsgeber sind hierzu  
eingeladen.  
Um zahlreiches und pünktliches  
Erscheinen ersucht  
273/6 **Der Vorstand.**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

### Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Schlosser

## Paul Reichardt

am 14. April an Magenleiden  
gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 17. April, nach-  
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause  
Berlin, Engelufer 15 aus nach dem  
Friedhof-Strichhof, Seefstraße, (alt.  
Rege Beteiligung erwartet  
115/10 **Die Ortsverwaltung.**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Tischler

## Hermann Zander

am 14. April gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 17. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von dem Reich-  
hause des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
82/5 **Die Ortsverwaltung.**

## Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege

## Albert Zindler

am 11. April verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute,  
nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem  
Rixdorfer Kirchhof, Mariendorfer  
Weg statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
84/2 **Der Vorstand.**

## Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein für Bau- und gewerbli. Hilfsarbeiter

Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 18. April, vormittags  
10 1/2 Uhr, im Lokal Langestr. 65:

### General-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Abrechnung vom I. Quartal 1909.
  2. Wahl eines zweiten Schriftführers.
  3. Vereinsangelegenheiten und Verschlebens.
- Die Mitglieder werden ersucht, zahl-  
reich zu erscheinen.  
**Der Vorstand.** [87/4

## Orts-Frankenkasse der Schmiede.

Sonntag, den 24. April, abends  
8 1/2 Uhr, bei Tabbert, Marxstr. 14,  
Eingang Grüner Weg:

### Ordentliche General-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Vorlage der Jahresrechnung 1908.
  2. Bericht der Revisoren und Antrag  
auf Entlassung der Decharge.
  3. Wahl  
eines Vorstandsmitgliedes (Arbeits-  
nehmer), Ersatzwahl 4. Verschlebens.
- Der Vorstand.** [873/7  
J. A. Ad. Pilgrim, Vorf.

## Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 5432\*  
**Haut- und Nervenleiden,  
Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
Wochentags 10-2, 5-7.

## Wir empfehlen unseren Lesern folgende

### Neuerscheinungen:

#### Jugendgeschichte einer Arbeiterin.

Von ihr selbst erzählt.  
Mit einem Geleitwort von  
**August Bebel.**

Preis brosch. 1.- M.  
geb. 2.80 M.

#### Die Glücksbunde.

Eine Erzählung  
von **Ernst Proczak.**

Preis brosch. 2.- M.  
geb. 2.60 M.

Zu beziehen durch die  
**Expedition des „Vorwärts“  
BERLIN SW.,  
Lindenstr. 69 (Laden).**



**Seefische billig** infolge Riesenfänge unserer Dampfer.  
Wir empfehlen

<b>ff. Seelachs</b>	Im Ausschnitt pro Pfund <b>20 Pf.</b>
<b>ff. Schellfisch</b>	<b>30 Pf.</b>
<b>ff. Kabliau</b>	<b>25 Pf.</b>
<b>ff. kleine Rotzungen</b>	
<b>ff. Bratschellfische</b>	

sowie alle anderen Seefische billigst.

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.**

Verkaufsstellen:  
 C. Stadtbahnhof Börse, Bog. 9-10.  
 N. Invalidenstraße 131.  
 S. Prinzenstraße 94.  
 O. Große Frankfurter Str. 85.  
 O. Schlos. Bahnhof, Bog. 8-9.  
 W. Potsdamer Straße 112a.  
 NW. Wilsnacker Straße 57.  
 Spandau, Brelstraße 24.

**Seefisch-Kochbücher gratis.**

**HERREN KNABEN KLEIDUNG**  
**S. LEVY, CHARLOTTENBURG**  
**SCHARRENSTR. 36**

Nach dem Urteil aller Kenner ist

**Bolero**

die feinste 2 Pl.-Zigarette

**35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35**

**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
 kein Laden Tel.: A. III, 8157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

**35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

**Kredit. Möbel auf Teilzahlung**

bei aller kleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.

**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

**Ohne jede Anzahlung**

verkaufte ich **Pianos** ein erstklassiges Fabrikat (9x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Stilart., von wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine monatl. Teilzahlung, ohne jed. Preisaufschl.

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftliche Garantie.

**Conrad Krause Nachf. Ansbacher Str. 1**  
 Auch Sonntags geöffnet. Ecko Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen**

**ANZEIGEN**  
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

**5,00** prachtvolle Betten, 9,00 Bonardbetten, Kuschler, Damast, bezüge 8,90, Handtücher, Steppdecken. Nur Handliche Andreasstraße acht- unddreißig. 19078\*

**Landbett, zwei** Doppelbetten, zwei Kissen, zweifachlig 18,00, große Laten 1,00. 19088\*

**Ganzer Stand** 10,50, Damenbett 12,00. 19098\*

**Bauernbedett, Unterbett, zwei** Kissen 27,00, Freischwinger, Regulatore 9,00, Handliche Andreasstraße achtunddreißig. Annoncen-vorgänger vergütet Jahrgeld. 19108\*

**Verbrechen und Prostituition** als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsh. Preis 2,- Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Kaiserstr. Markt 4, Bohlenhof Börs. 26411\*

**Federbetten, Stand** 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Federn, Kleidungsfäden, Uhren, Schmuckwaren (pottebillig) Handliche Andreasstraße achtunddreißig. 19178\*

**Hermannplatz 6, Handliche Andreasstraße** Einlaßvorteil sämtlicher Verkaufswaren! Sommerpaletots! Radellanzüge! Hochdruckanzüge! Herrenvosen! Buchschonchen! Stannendbillerger Bettenverkauf! Brautbetten! Vermietungsbedt! Bettwäsche! Empfehlungsworte! Kuschlerwaren! Hochlegante Gardinenauswahl! Portierenauswahl! Teppichauswahl! Wäschekästen! Steppdecken! Kissenauswahl! Wanddecken! Kissenauswahl! Wanddecken! Freischwinger! Taschenuhren! Kettenauswahl! Kissenauswahl! Kofferte! Festgerichte! Allerbilligste Waren-einkaufsquelle Groß-Berlins! Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet. 1110\*

**Teppiche (Barbenfelder), Stepp-** decken, Gardinen, Kissen, Tischdecken, Lebergardinen, Sofa- stoffe (pottebillig) Fabriklager Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Hülseingang. 16148\*

**Monatsanzüge und Sommer-** paletots, von 5 Mark sowie Damen von 1,50, Hochdruckanzüge von 12,00, Preis von 2,50, sowie für formale Figuren. Neue Garderobe zu namend billigen Preisen, aus Handlichen verlassene Sachen laßt man am billigsten bei R. H. Wandstraße 14.

**Handliche Andreasstraße 19,** übergröste Billigkeit! weiblancat! Kissen großer Bettenverkauf! Kuschlerwaren! Bettwäsche! Steppdecken! Portieren! hochlegante Teppichauswahl! Herrengarderobe! Wanduhren! Taschenuhren! Schmuckwaren! Verkauf täglich, auch Sonntags. 18358

**Billige Hofenmode, Hochlegante** Herrenhosen aus feinsten Nähstoffen 7-15 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 20125\*

**Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig,** Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Kissen, Bettwäsche, Portieren, Uhren, Gaschronen, Herren-garderobe, Feder, Kissen, etc. 49. Verkauf, eventuelle Postkarte. 18178\*

**Sozialreform** oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

**Bauanschläger!** Billigste Bezugsquelle für Baubeschläge, Bronze, Kupfer, Eisen, Eisenwaren engros G. m. S. O., Berlin N. 4, Hülsestraße 3.

**Bücher des deutschen Hauses.** Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

**Vorjährige hochlegante Anzüge** und Paletots, aus feinsten Nähstoffen, früherer Preis 60-90, jetzt 20-40, werden täglich im Kanalar-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft. \*

**Damenbedden mit gestickter** Paffe 1,20, Herrenbedden 1,15, Ausstattungen sowie Normalwäsche und Arbeiterbedden (pottebillig). Wäsche-fabrik Salomanstr., Dardenstraße 21, Alexanderplatz. Sonntags geöffnet.

**Vegetabilien und Glace** verkauft Oppermann, Boeddystraße 47. 20395

**Geschäftsverkäufe.**

**Gornikowicz Co.,** Kranienstr. 149, Telefon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen (Inne-bisiref. Besuch kostenlos. 16788\*

**Restaurations am Friedrichshagen,** große, freundliche Räume, komfortabel, wegen sofort billig veräußert. Offerten: „Gänse 708“, Postamt 18.

**Flottet Schanzgeschäft** mit Vor-garten, Becken, umfänglich, umfänglich, mit kleiner Anzahlung veräußert. Stralunderstraße 61. 20475

**Restaurations, gutgehend, 24** Hölle, umfänglich, sofort zu verkaufen. Preisverzicht 1200 Mark. Zu erfragen: Kitzdorf, Pannierstraße 8, Braude. 20465\*

**Parteiweine** verkaufe, da für Frau zu schwer, sofort für 3000,-, mit elektrischem Klavier. „Unter-strasse“, Postamt 51. 29119

**Zigarrengeschäft** verkauft für jeden Preis Stralunderplatz 5. 20395

**Möbel.**

**Auf Teilzahlung, Möbel-einrichtung** Studie und Küche, Anzahlung 15 Mark. Verliehen gewelene Möbel (pottebillig). „Berolina“, Kottbuserallee 19. (17948\*

**Möbel, gebraucht, gut erhalten,** Gelegenheit aus Konturen, Auktionen, verkaufen (pottebillig). Wäsche-fabrik, Rosenthalerstraße 26, Fabrikgebäude. (Zahlungsbelegung) 27116\*

**Möbel, Gelegenheit! Wenig** ge-bräucht, gut erhaltene Möbel, auch neue, einfache, elegante, belieben gesehen, verlässliche (pottebillig). Secker, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungsbelegung.) 27114\*

**Möbelangebot.** Im Anhalter Bahnhofs-Rückstraße 25, Anhalter Jumentbahnhof, direkt Hochbahnstation Köderstraße, haben verlässliche Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salon-garnituren, Bancellotras, Bildstuhlfest, An-leiderstühle, Kuschelarmstühle, Bronzestruen, Delpemalde, Schreib-tische 25,00, Kuschelbetten mit prachtvoller Damendede 22,50, wunderbare Säulen-trumeaus 36,00, hochlegante Salon-teppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, aller-erste Zimmerteppiche 8,00, reichge-tapete Lebergardinen, Spachtelstübe, Lüllgardinen, Steppdecken, Salon-büder, Standuhren, prachtvolle Wä-schbedden 5,00, Verlässliche Gelegen-heiten. Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Kontur-möwen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Verbeigerung. Dito Lebens-klaffens- und Möbelstücke. Kosten-loser Transport. Lagerung. 17328\*

**Fahrräder.**

**Groß-Berlin** billigste Fahrräder-Bezugsquelle, Fahrradgroßhandel Char-lottenburg, Börsenstraße 62. Ver-keiter - Radfahrerklub 10 Prozent Rabatt. 18308\*

**Herrenfahrrad, Damenfahrrad** 20,00, 30,00, Schädel, Anlestraße 13.

**Fahrräder, Teilzahlungen.** An-poldenstraße 30, Stallstraße 31. 18208\*

**Herrenfahrrad, Damenfahrrad** einmal benutzt 40,00, Poms, Blumen-straße 36b. 18336\*

**Musik.**

**Kaufpianinos, fast neu, (potte-** billig) Warschauerstraße 58, Luer-gschäude I. 58/5\*

**Pianino preiswert** zu verkaufen, Stanfienow, Kirchstraße 14, Noabil.

**Violinunterricht** (neu, doppelt) feldernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“.

**Verschiedenes.**

**Glühbolz, Komiker, Gesellschaft,** Gropiusstraße 6. 20206\*

**Inseratenteil verantw.: Th. Meide, Berlin, Druck u. Verlag: Compagnie Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.**

**Totalverkauf.** Wegen Aufgabe des Geschäfts bin gezwungen, große Posten Möbel (Kammern) billig zu verkaufen. Einrichtungen 150,00, 250,00, 325,00 bis 2000,00. Anleider-straße, Bücherei, Schreibstische, Säulen-trumeaus, Ausziehische 15,00, Plüsch-sofas 45,00, Verticos, Kleiderstühle, Chaiselongues 18,00, Bildstuhle, Küchen. Wie wiederlebende Gelegenheiten. Möbelkaufhaus Köpenickerstraße 29 (Köpenicker Brücke), Sonntags geöffnet. 2041b

**Einzeln Möbelstücke, wenig** gebraucht, sind zu verkaufen, wegen Abreise. Noabil, Dueselstraße 65, Seitenflügel IV rechts. 29120\*

**Federbetten, zweifachlig, Stand** 18,00, Sofa 22,00, Kleiderstühl, Vertico, Beistelle mit Watte, Neue Königstraße 29, vorn I. 20097\*

**Wichtig!** Wegen Inventar-Kauf-nahme verkaufe teilweise bis 60 Proz. unterm Wert ganze Wohnungs-einrichtungen sowie einzelne Möbel-stücke. Darunter eichene Speise-zimmer, eichene Herrenzimmer, diverse Schlafzimmer, Verticos, Kleiderstühle 24,-, Kuschelstuh-len mit Watte 25,-, Auszieh-isch 13,-, Herrenschreibtisch, Tru-meaus, Büchereistühle, Sofaumbauten, Chaiselongues, Baldstuhletten 20,00, Tischchen 45,-, Küchen (Kammern) billig. Heinrich Stargardt Möbel-fabrik, Dresdenstr. 107/108. Bitte nicht verwechseln mit Lothringerstraße und Neue Königstraße. Sonntags ge-öffnet. Lagerung, Trambdorf frei.

**Möbel billig!** Schreibisch (fast 50) jeht 35, Wäschloja (fast 68) jeht 54, Ausziehisch (fast 24) jeht 18, Garnitur (fast 250) jeht 150. Vollständige Ein-richtung mit Küche (fast 400) jeht 250, Umbau (fast 90) jeht 72 und so weiter. 6 Etagen voller Möbel, alles billig! Lothringerstraße 28, Schönhauser Tor. 2044b

**Far am und reich, für jeden** Stand! Lothringerstraße 28, Hof, Speicher, können einfache und bessere Möbel, auch ganze Einrichtungen bis 50 Prozent billiger zum Verkauf als fast jedes Möbelgeschäft! Kecken Leuten eventuell Wohnungs-Erweiterung. Sämtliche Möbel zu haben! Lothringerstraße 28, Schönhauser Tor. 2044b

**Teilnehmer** an einem englischen Hotel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Solentz, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 10038\*

**Kunstkopierer** von Frau Rosoldy, Schlichtense, Kunitzstraße 8, III.

**Vasentransport** Wenzel, Göttemer-straße 94. 25558\*

**Lern die Mutterprache** bederrichen Erfolgreich, leicht fasslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gemittelter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-richtsstunde wöchentlich genügt. Ge-wöhnliche Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

**„Leihhaus Berlin“**, Große Frank-furterstraße 116, kauft, beleiht Herren-Garderobe, Goldwaren, Silberwaren, Uhren, Wäsche, Feilwaren, Stoffe, Zigaretten, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 16798\*

**Allen Freunden** und Bekannten teile ich hierdurch mit, daß ich das Lokal von Dierch, vormals Blume, Alte Kollhoffstraße 119, übernommen habe. Zwei Berlinzimmer, 50 und 30 Personen, haben den geehrten Vereinen zur Verfügung und bitte ich bei eventuellem Veränderung um Verlässigung. Ferdinand Weimann.

**Hochzahlend** Antiquitäten, Porzellan, Figuren, Tassen, Vasen, Leinwand, Schüsseln, Kannen, Zinnwaren, Silber, Bronzen, Möbel, Goldschmuck, Silber-sachen, Jagdgewichte laßt Stanfienow, Kirchstraße 14, Noabil. 60112\*

**Vereinzimmer** (60 Personen) zu vergeben Löwenstraße 21. 60115

**Vermietungen.**

**Barbierladen, 12 Jahre** mit Erfolg, Götlicherstr. 5. 20145\*

**Wohnungen.**

**Kleine Wohnungen, Götlicher-** str. 5. 20155\*

**Zimmer.**

**Möbliertes Wohnzimmer** mit Gas- und Badeheizung, 14 Mark. Sacke, Kitzdorf, Weichselstraße 5/6.

**Schlafstellen.**

**Schlafstelle mit Balken** vermietet Jander, Pannierstraße 24. 20495

**Bessere Schlafstelle** an 2 Herren-Beide, Kitzdorf, Weichselstraße 8, Aufgang 15 I. 1110

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**

**Palettschneller** für Damen ver-langt Stargard, Putzamerstraße 11.

**Schmidt u. Schmidt, Abdecker-** str. 30, suchen sofort gut ein-gerichtete Arbeiter auf Leinwand-möbel.

**Warm- und Brantischleifer, Stein-** mehlehring Kollhoffstraße 38. 164

**Grundruder, tüchtigen, verlangt** Blumede, Götlicherstr. 28. 1721

**Zeitungsfrauen, Lou** Schöne-bergerstraße, finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Vois-damerstraße 33, Ede Lagerstraße.

**Zeitungsfrauen** finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Vayrerstraße 32. 60116\*

**Zeitungsfrauen** finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 58/57. 60117\*

**Verfälscher** verlangt Weichsel-str. 3. 20455

**Zu Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**Arbeitersekretär.**

Wegen anderweitiger Wahl des jetzigen Inhabers dieses Postens sucht das Gewerkschaftsamt zu Duis-burg zum 1. Juli einen tüchtigen eingetragenen Arbeitersekretär, An-satzgehalt 2000 M. Geeignete Be-werber, welche die in Betracht kommen-den Belegmateriaien durchaus beherr-schen, wollen ihre Offerte mit der Aufschrift „Arbeitersekretär“ versehen, unter Befügung eines Verlichtes über ihre bisherige Tätigkeit in der Ar-beiterbewegung bis zum 25. April senden an B. Ahlbrack, Duisburg, Friedrich-Wilhelmstraße 76.

**Achtung, Bauanschläger!**

Bei nachfolgenden Firmen haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Diese Firmen sowohl als die nachstehend verzeichneten Bauern sind für Bauanschläger gesperrt.

**Firma Franke.** Berlin, Admiralsstr. 18d.

**Bau Franke, Wilmersdorf, Stüb-** benstraße 20.

**Bau Franke, Wilmersdorf, Landhaus-** str. 6 und gegenüber.

**Bau Klessen, Wilmersdorf, Sächsis-** che Straße.

**Bau Hantsch, Friedenau, Fregestr.**

**Bau Pitsch, Berlin, Andreasstr.**

**Bau Richard, Berlin, Dolgierstr.**

**Bau Strudel, Berlin, Götlicherstr.**

**Bau Stern, Berlin, Friedrichstr. 181.**

**Bau Döhl, Tempelhof.**

**Bau Kollhoff, Charlottenburg, Königs-** weg nahe Kaiserdamm.

**Bau Beamtenshäuser, Nieder-Schön-** hagen.

**Bau Bardenbus, Charlottenburg,** Dilsaer Weg.

**Bau Knopp, Lichtenberg, Alstedstr. 5.**

**Bau Kaiser-Wilhelm-Kladette, Berlin,** Invalidenstr.

**Bau Landbesitzung Brandenburg,** Wilmersdorf.

**Bau Kuer-Gesellschaft, Kottbuser-** str. 14, Noabil.

**Firma Blume.** Charlottenburg, Schillerstr. 97.

**Bau Schmidt, Charlottenb., Weiblich-** str. 10.

**Bau Emil u. Schmidt, Charlottenb.,** Neue Kantstr., Ede Liegenen-Ufer.

**Bau Wehe, Charlottenburg, Hohen-** jollenstr. 10, Ede Götlicherstraße.

**Umbau, Charlottenb., Götlicherstr. 20.**

**Bau Schönknecht, Charlottenburg,** Pestalozzistraße.

**Bau Weck, Friedenau, Fregestr. 70.**

**Neubau, Friedenau, Silberbrunnstr. 3.**

**Bau Hopmann, Wilmersd., Stüb-** benstraße 3.

**Bau Berndt, Berlin, Köpenicker-** str. 113a.

**Tüchtiger von Krüger, Kitzdorf, Kaiser-** str. 120.

**Bau Löwe, Wilmersdorf, Pariser** Straße 40 und 42.

**Bau Walter, Wilmersdorf, Sander-** str. 11.

**Bau Benzner, Grunewald, Douglas-** str. 13.

**Firma Klemme, Friedenau.**

**Bau Löbel, Friedenau, Grunewald-** str. 35.

**Bau Löbel, Friedenau, Soarstraße,** Ede Fregestr.

**Bau Rosenkranz, Schöneberg, Kufens-** str. 24 und 25.

**Bau Herwald, Friedenau, Bornstr. 16.**

**Bau Heintz, Friedenau, Bornstraße.**

**Bau Heiler, Friedenau, Bornstraße.**

**Bau Walch u. Pratorius, Friedenau,** Bornstraße.

**Bau Wölfe, Friedenau, Bornstraße,** Ede Odenthalstraße.

**Bau Neuge, Friedenau, Kaiserstraße.**

**Bau Gerde, Friedenau, Kaiserstraße.**

**Bau Wolschen, Friedenau, Voßinger-** str. 16.

**Bau Altmeyer, Friedenau, Voßinger-** str. 17.

**Bau Döhlke, Friedenau, Voßinger-** str. 18.

**Bau Hebling, Friedenau, Süd-West-** Koll.

**Bau Bed, Friedenau, Süd-West-Koll.**

**Bau Beller, Schöneberg, Genosstr.**

**Bau Dings, Bismarckstr.**

**Bau Nieler, Friedenau, Schwabacher-** str. 18.

**Bau Vogel, Friedenau, Schafmeister-** str. 18.

**Bau Bant, Südde, Lichterfeldstr.**

**Bau Wolf, Bismarckstr.**

**Evangelisches Gemeindehaus, Weizen-** see, Götlicherstr.

**Firma Poljan, Berlin, Georgenstr.**

**Neubau Charlottenburg, Liegenen-** str. 10.

**Neubau Nikolassie, An der Rehwiese,** Ede Kollhoffstr.

**Bau Rembald, Grunewald (Pferde-** ställe).

**Bau in Wilmersdorf, Augustastr. 24**

**Firma Müller.** Berlin, Alte Kollhoffstr. 78.

**Bau Johannesst, Spandau, Galen-** see.

**Bau Progen, Berlin, Königstraße, Gd.** Klosterstraße.

**Firma Köppen.** Berlin, Alte Kollhoffstr. 10.

**Bau Fickel, Tempelhof, Rühnowstr.** Ede Stollbergstraße.

**Bau Scholow, Dahlem, Heiligen-** dammerstr. 24.

**Bau Kniele, Schöneberg, Kottbuser-** str. 14.

**Firma Kollhoff.** Berlin, Lindenstraße 78.

**Bau Schäl, Schöneberg, Rosenheimer-** str. 14, Ede Berchtesgadenstraße.

**Bau Höhr, Charlottenburg, Pestalozz-** str. 10.

**Bau Kretsch, Charlottenburg, West-** kolozstr.

**Neubau Friedenau, Kaiser-Wiese, Ede** Ortstraße.

**Bau Wilmde, Galensee, Joachim-** Friedichstraße.

**Bau Walter, Treptow, Gräßstr. 14**

**Bau, Dolgierstr. 7/8.**

**Firma Wilmet, Plan-Ufer 3.**

**Bau, Kitzdorf, Bode u. Neue Jonas-** str. 14.

**Bau, Wilmersdorf, Götlicherstr. 24.**

**Bau Ring-Gesellschaft, Kaiserstr. Ede.**

**Glaw, Lichtenberg, Siegfried-** str. 14; Bau Charlottenburg, Schillerstr., Ede Liegenenberger Straße; Meyer, Kollhoffstr. 18; Bau Dron-theimer Str. 25; Bau u. Bern-grosch, Braunstr. 14; Bau Charlottenb., Reichboldstraße, Ede Salzstr.; Hein-rich, Tempelhof, Ringbahnstr. 42; Bau: Bibliothek, Dorowstr. 15; Nicolassie, Götlicherstr. 15; Nicolassie, Götlicherstr.

**Firma Gebr. Volkmann.** Lichtenberg, Hubertstraße 51.

**Bau Spar- und Bauverein, Tempelhof.**

**Bau in Grunewald, Kuerstraße 5.**

**Bau Terrain-Gesellschaft in Nieder-** Schönhausen.

**Firma Teske, Kollhoffstr. 8.**

**Bau Kollhoffstr., Ede Waidhauerstr.**

**Bau Kollhoffstr. 67.**

**Firma Seeger.** Kitzdorf, Weichselstr. 12.

**Bau Kollhoffstr. 9.**

**Firma Jiehs, Gubener Str. 42b**

**Bau Borden, Weichselstraße, Ede** Weichselstraße.

**Firma Kammann.** Treptow, Parzer Straße 32.

**Bau Kollhoff, Treptow, Bismarck-** str. 14, Ede Parzerstraße.

**Bau Peters, Berlin, Gneisenaustr. 67.**

**Bau Kammann, Berlin, Wilmersdorf, 7**

**Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-** verbandes. 115/9\*

**Der Verein der Bau-** anschläger zu Berlin.

# Heute Lese- u. Diskutierabend für die Genossinnen Groß-Berlins.

## Liberales Kirchtum und Sozialismus.

Die Massenflucht aus der Kirche beschäftigt immer lebhafter die Pastoren und das zusammenschmelzende Häuflein ihrer Gläubigen. „Was sollen wir tun, um das Volk zurückzugewinnen?“ So fragen sie einander mit sorgenvollen Mienen, wenn sie beisammen sind, um die Angelegenheiten der Kirche zu beraten. In Berlin, wo die Kirchenaustritte besonders zahlreich sind und unaufhaltsam sich mehren, ist schon seit Jahren auf allen Synodalenversammlungen immer wieder dieser Gegenstand berührt und erörtert worden.

Die orthodox kirchlichen haben schließlich erklärt, auch für die Kirche sei es am Ende das Beste, daß sie die Gleichgültigen los werde. Desto fester, so versicherten sie, werde das Band sein, das die noch Gläubigen mit der Kirche verknüpft. Denen, die innerlich ihr längst entfremdet seien und nun durch auch äußerliche Trennung den Bruch vollenden, brauche man nicht nachzulaufen und keine Träne nachzuweinen. Das klingt wie ein stolzer Trost, ist aber weiter nichts als das trübliche Eingeständnis, daß die Kirche ihre Werbekraft verloren hat.

Während so die orthodox kirchlichen ihre Ohnmacht erkannt haben, leben die liberal kirchlichen noch der süßen Hoffnung, daß es ihnen gelingen werde, der Kirche das Volk zurückzugewinnen. Des Liberalismus „Kampf gegen die Orthodoxie“ ist der Köder, mit dem sie die Fische fangen wollen. Längst war es der Wunsch der liberal kirchlichen Berlins, daß die Arbeiterklasse doch noch ihre Gleichgültigkeit gegen die Kirche aufgeben und bei Kirchenwahlen sich vor den Karren des Liberalismus spannen möchte. Allen Entsetz wird jetzt da drüben der Plan erwogen, für die nächsten Kirchenwahlen die Arbeiter mobil zu machen, soweit sie noch nicht aus der Kirchengemeinschaft ausgeschieden sind. Die liberal kirchlichen halten ein paar ihrer Pastoren in Bereitschaft, die als ganz besonders geeignet gelten, mit ihnen vor die Arbeiterbevölkerung hinzutreten.

Einer, der bei dem geplanten Fischzug mitwirken soll und wahrscheinlich eine Hauptrolle spielen wird, ist der Pastor Crüsemann, Seelsorger am Arbeitshaus und am Odbach. Für einen Pastor ist dieser Herr Crüsemann eine ungewöhnliche Persönlichkeit; unsere Leser kennen ihn zum Teil schon aus unseren Mitteilungen über sein fürsorgendes Wirken unter den Jugendlichen des Odbachs und über sein freimütiges Auftreten auf dem Jugendgerichtstag. Weil er sich bemüht, die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie möglichst vorurteilslos zu betrachten, hat die Arbeiterpresse bereits die Frage aufgeworfen, ob er „evangelischer Geistlicher oder sozialdemokratischer Agitator“ sei. Die Ausführungen, die er in einem Verein der liberal kirchlichen gemacht hat, haben bei den orthodox kirchlichen Stauen und Entrüstung hervorgerufen. Wir halten ihn für einen Mann mit etwas unklarem Kopf, aber ehrlichem Herzen, der wohl nicht ahnt, wie fragwürdig die Geschäfte sind, die er für den Liberalismus besorgen soll. Herr Pastor Crüsemann hat seine Gedanken noch nicht vor einer breiteren Öffentlichkeit entwickeln können. Einmalen ist ihm aber Gelegenheit gegeben worden, sie einer Vereinigung bürgerlicher Frauenrechtlerinnen — dem „Verein Frauenwohl“ — vorzutragen.

Crüsemann sprach dort über „Liberales Kirchtum und Sozialismus“. Was gegenüber dem Kapitalismus der Sozialismus wolle, das verstoße ja, führte er aus, keineswegs gegen das Christentum. Aber auch gegen die stillosen Früchte der sozialistischen Anschauung sei wenig einzuwenden; er nannte hier das Solidaritätsgefühl bei Lohnbewegungen, die Bestrebungen auf den Gebieten der Jugendberichterstattung und der Volkshilfe, den Kampf gegen die Prostitution, die stillige tadellose Haltung der sozialdemokratischen Presse, die würdige Art sozialdemokratischer Bewegungen, und anderes mehr. Auf die Zuhörerinnen machte diese Ehrenrettung der Sozialdemokratie Eindruck, uns aber hat sie — offen gestanden — amüsiert. Ein in bürgerlichen Anschauungen befangener Mann, der auszieht, die sozialdemokratischen Arbeiter kennen zu lernen, und dann über das Ergebnis seiner Forschungen einem bürgerlichen Publikum berichtet, kommt leicht in Gefahr, eine komische Figur zu machen — und in dieselbe Gefahr kommt auch sein Publikum. Er wird zumeist sprechen, wie ein Entdeckungsfreisender, der aus einem noch dunklen Erdteil zurückgekehrt. Auch Pastor Crüsemann sprach ungefähr so, wie wenn er dem Auditorium ein wildfremdes, neuentdecktes Volk zu schildern hätte. Eigentlich hätten seine Zuhörerinnen ihn auslachen sollen: „Das alles, was Du uns da erzählst, ist ja ganz selbstverständlich!“ Aber sie lachten ihn nicht aus, sondern lauerten in Andacht, weil es ihnen wirklich neu war. Spotteten ihrer selbst und wußten nicht, wie.

Daß man diese so geartete Arbeiterbevölkerung noch in die Kirche zurückführen könne, das ist Crüsemanns Hoffnung. Der Orthodoxie sei das freilich nicht gelungen, nun aber müsse es der Liberalismus versuchen. Der Pastor solle auch mal von den Rechten der Leute sprechen, solle in seinen Predigten zum Beispiel auch über die Wohnungsnot reden, den Bodenwucher geißeln, für die Sonntagsschule eintreten, die Arbeiter auf ihre Pflichten hinweisen usw. Crüsemann fragte, ob es nicht möglich sein werde, auf diese Weise die der Kirche Entfremdeten zu beeinflussen. Selbstverständlich ginge man aber nicht gern Wasser in ein Sieb. Er sprach hier von der gewaltigen Wöhrung der Kirchenaustritte, meinte jedoch, viele gingen hinüber zu Sekten (zu denen in diesem Zusammenhang offenbar auch die Vereinigungen der Freireligiösen gezählt sind), andere ließen wenigstens ihre Kinder taufen und konfirmieren. Wenn so, wie er es sich denkt, gepredigt würde, so werde die Arbeiterbevölkerung zur Kirche zurückkehren. Er sei der guten Zuversicht, daß da noch lange nicht alles verloren sei.

So der hoffnungsfrohe Pastor Crüsemann! Die Diskussion, die dem Vortrag folgte, bot nicht viel Bemerkenswertes. Manchem ward es ein Trost gewesen sein, daß auch die Vorstehende, Frau Cauer, konfirmierte, in der Sozialdemokratie gebe es „viele tüchtige und edle Menschen“. Die von Frau Cauer geäußerte Ansicht, daß alle Pastoren, die Crüsemanns Gedanken von den Kanzeln verkünden wollten, abgesetzt werden würden, ist nicht übel. Sie hätte aber ruhig hinzufügen dürfen, daß gerade die liberal kirchlichen sehr bald Front machen würden gegen Pastoren, die zum Beispiel über Arbeitgeberspflichten, für Sonntagsschule, gegen Bodenwucher usw. predigen wollten. Nicht mal Crüsemann würde geschont werden, wenn er auf der Kanzel halten wollte, was er in Versammlungen bespricht. Denn was kann dem

Liberalismus — auch den Liberalen der Kirche — ein Känder des Gotteswortes näher, der die „Begehrlichkeit“ der Massen noch ansteckt, statt sie zu beschwichtigen!

## Partei-Angelegenheiten.

**Schifferagitation!** Die diesmonatliche Schifferagitation findet am Sonntag, den 18. April, statt. Die Genossen treffen sich an den bekannten Stellen. Die der 10. Abteilung des 6. Wahlkreises bei Doye, Müllerstr. 32a.

**Zehndorf.** Am Sonntag, den 18. d. Mts., pünktlich 7 1/2 Uhr, findet von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksführer nehmen ihr Material am Sonnabend im Lokal von Benno Widley in Empfang.

**Waldmannslust.** Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonnabend, den 17. d. Mts., in Wittenau bei Schulz Hauptstraße statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Denzer über „Christentum und Kultur“. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Der Vorstand.

**Buch (Bezirk Franz-Duchholz).** Sonnabend, den 17. April, findet der Jaglabend statt. Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

### Des Stadtfreiwirts Arbeitslosenfürsorge

hat in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wieder mal in unerbittlicher Nachtheit gezeigt. Zu beschließen war über den von der sozialdemokratischen Fraktion schon vor einigen Wochen eingebrachten Antrag, der aus Stadtmitteln 300000 Mark für die Arbeitslosen forderte. Warum diese Maßregel notwendig sei, das wurde von unserem Genossen Glocke dargestellt in einer Rede, die einen zusammenfassenden Ueberblick gab über alles, was zur Förderung der Arbeitslosenfürsorge im Schoß der Gemeindeverwaltung geredet und von den Organisationen der Arbeiter getan worden ist. Dann kam von freisinniger Seite der Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, weil ersiens über die Arbeitslosenfürsorge die gemischte Deputation noch weiterreden werde, zweitens für Binderung der Arbeitslosigkeit schon durch Inangriffnahme von Arbeiten der Stadt gefordert worden sei und drittens ein Uebrigtes nur durch Vermittelung der Armenpflege getan werden dürfe. Dieser dritte Grund war dem Freisinn der mächtigste, das sah man aus den Ausführungen des Stadtv. Dove, der den Antrag begründete. Unterhaltung ohne Gegenleistung darf allemal nur in Form von Almosen gegeben werden, sonst kommt man — so fürchtet der Berliner Freisinn — zu unabwehrbaren Konsequenzen. Das war im wesentlichen auch der Fischbed'schen Rede Sinn. Der Herr Stadtrat fand überdies, daß die geforderte Hilfe sowieso die rechtliche Wirkung eines Almosen haben würde. Fast wie ein Witz klang seine Bemerkung: „Eine Sozialpolitik einer Gemeinde, die von höheren Gesichtspunkten ausgeht, kann ich darin nicht erblicken.“ Herr Fischbed als „Sozialpolitiker mit höheren Gesichtspunkten“, das ist in der Tat lustig! Aus den Ausführungen der nächsten Redner, der Herren Rettig, Werner, Thieme sprach des liberalen Bürgeriums sah gegen die Arbeiterorganisationen. Auf dieses Gebiet durfte ihnen Herr Goldschmidt nicht folgen, im übrigen aber erklärte selbstverständlich auch er sich gegen die Forderung der sozialdemokratischen Fraktion. Seine Gründe brachte er zum Ausdruck in einem vorsichtigen Eieranz. Schließlich erklärte auch Herr Wilsch, der „Sozialfortschrittler“, daß sein Grippchen sich den hier geäußerten Bedenken nicht verschließen könne. Daß er trotzdem die Ueberweisung an einen Ausschuss empfahl, mußte eigentlich überraschen. Genosse Dupont stellte fest, daß die sozialdemokratische Fraktion in der Frage der Lösung des Arbeitslosenproblems wieder mal allein dastehende. Der Freisinn wolle eben nichts tun. „Was wir tun können, haben wir getan“, antwortete Herr Cassel. In eine Keuherung Duponts über das Sparen, die durch einen Fischbed'schen Anrempelungsversuch provoziert worden war, knüpfte Herr Cassel ein Loblied auf das Alheilmittel Sparsamkeit. Spare in der Zeit auch vom erbärmlichsten Lohn, dann brauchst Du nicht in der Not Dich vom Berliner Stadtfreisinn zum Armenvorsteher schicken zu lassen! So ungefähr lautete der Cassel'schen Weisheit letzter Schluss. Mit Cassel und seinen Nachbetern rechnete Genosse Wurm ab in einer sehr wirkungsvollen Rede, die von der freisinnigen Mehrheit mit erregten Zwischenrufen und zeitweise mit tosendem Lärm begleitet wurde. Wurm schloß: von allen Gründen des Freisinn sei nur einer stichhaltig, der schlechte Wille nämlich, und den werde man sich draußen merken. Die Abstimmung, die dann folgte, ergab Uebergang zur Tagesordnung, für den der gesamte Freisinn in gewohnter Einmütigkeit sich aussprach. Der Berliner Stadtfreisinn will nicht, daß etwas geschieht!

Zu der Sitzung der städtischen Tiefbaudeputation wurde unter anderem die Durchlegung der Magazinstraße nach der Neuen Friedrichstraße und die Verbreiterung dieser Straße beraten. Zu diesem Zweck muß das fiskalische Grundstück Neue Friedrichstraße 6/8 — eine alte Kaserne — beseitigt werden. Da aber der Fiskus vorläufig mit dem Abbruch dieses alten Gebäudes nicht einverstanden ist, muß sowohl die Verbreiterung der Neuen Friedrichstraße, als auch die Durchlegung der verlängerten Magazinstraße von der Duxen- nach der Neuen Friedrichstraße unterbleiben. Das Projekt der Durchlegung der Alexandrinenstraße von der Dresdener- nach der Annenstraße unter Benutzung der Citopostage wurde ebenfalls eingehend beraten, aber mit Rücksicht auf die hohen Kosten gegenüber dem in Aussicht stehenden geringen Nutzen nicht weiter verfolgt. Mit der Oberpostdirektion Berlin ist ein Vertrag zustande gekommen über die Anlage von

Nachpostleitungen, der von der Deputation angenommen wurde. Der Befehlsgang am Nordufer soll mit Voranlagen versehen werden. Der Entwurf für diese wurde angenommen. Gleichzeitig genehmigte die Deputation den Bebauungsplan für das große Gelände des Kommerzienrats Bar an der Berlin-Stettiner Eisenbahn zwischen der Vornholmer Straße und der Pantower Weichbildgrenze.

Ein gewaltiger Sturm hat in der vergangenen Nacht getoßt. Gegen 2 Uhr erreichte der Orkan den Höhepunkt. Windstöße von elementarer Gewalt setzten von Zeit zu Zeit dahin. Die Schäden, die durch das Unwetter herbeigeführt worden sind, sind recht erhebliche. Der Baumbestand hat schwer gelitten. Nicht allein in den Forsten der Umgebung, sondern auch in den Anlagen der Stadt gab es Windbruch. Armstarke Bäume wurden losgerissen und zu Boden geschleudert. Auch wurden an vielen Stellen ganze Bäume geknickt. In vielen Straßen wurden Fensterscheiben eingedrückt und durch die von den Dächern herabfallenden Ziegel wurden die Passanten in recht gefährliche Situationen gebracht.

Zu dem Gerücht von einem Verbrechen gab ein Leichenfund Veranlassung, der in dem Hause Hohenzollern Straße 19 gemacht wurde. Dort wurde in ihrer Wohnung die 45 Jahre alte Wirtschaffnerin Beria Wöder tot aufgefunden. Am linken Unterarm wies die Leiche eine tiefe Stichwunde auf. Anfangs glaubte man, daß die W. das Opfer eines Mordes geworden sei. Durch die Untersuchung wurde aber festgestellt, daß es sich um einen Selbstmord handelt.

Kas der Charité entflohen ist gestern der Strafgefangene Rudolf G. G. hatte eine mehrjährige Gefängnisstrafe abzubüßen und da er während seines Aufenthalts im Gefängnis erkrankte, wurde er nach der Charité übergeführt. Von dort gelang es ihm gestern in einem unbedachten Moment zu entfliehen.

Erhebliche Verletzung erlitt bei einem Straßenbahnunfall der Schlosser Albert S. Derselbe fuhr auf seinem Jovirode die Treptower Chaussee entlang, dabei war er mit seiner Maschine in eine Rille der Straßenbahnspurschienen geraten. In demselben Moment kam ihm ein Straßenbahnzug der Berliner Ostbahn entgegen. Der Schlosser bemühte sich vergeblich, das Rad aus der Rille zu entfernen; angesichts der drohenden Gefahr aber wurde er derartig verwirrt, daß er nicht daran dachte, von dem Rade herunter zu springen und die Maschine herauszuheben, sondern er fuhr auf den Straßenbahnwagen los, dessen Führer die Gefahrbremse in Anwendung brachte und die Fahrgeschwindigkeit herabsetzte. Dennoch konnte der Aufammenstoß nicht mehr verhindert werden. S. fuhr gegen die Vorderplattform des Straßenbahnwagens, wobei ihm seine Kasse fast abgerissen wurde. Einem Treptower Arzt gelang es, die Verletzung wieder notdürftig zu vernähen.

Der Jugendausschuß für Groß-Berlin teilt mit, daß morgen Sonnabend, den 17. April, die Fortsetzung des nationalökonomischen Kurses, im Gewerkschaftshause, Transportarbeiter-Saal, stattfindet. Anfang pünktlich abends 8 1/2 Uhr.

Briefe und Pakete nach Südwest. Die nächste Post für Briefe und für Pakete nach Deutsch-Südwestafrika geht wieder von Hamburg am 18. April ab. Sie benützt den an diesem Tage von dort in See gehenden Dampfer „Swakopmund“, Kapitän Weiser, von der Swakopmundlinie. Der Dampfer geht über Montrovia nach Swakopmund. Er trifft dort pünktlich am 14. Mai ein. Am 22. Mai schließt sich dort der deutsche Küstendampfer an, der am 24. Mai in Luderitzbucht ist. Wegen besserer Verbindungen kommt aber dieser Anschlag nach dem Süden nur für Pakete in Betracht. Briefsendungen werden mit dieser Gelegenheit ausschließlich nach Swakopmund und den von dort aus bedienten Orten befördert. Schluszeit für diese ist in Hamburg beim Postamt 1 am 18. April mittags 12 Uhr. Sie müssen überall so abgehandelt werden, daß sie mit Sicherheit dann vorliegen.

Eindbruch in ein Bootshaus. Eindreher drangen in der gestrigen Nacht in das Hornow'sche Bootshaus in Grünau und entfernten von häuslichen Booten die Besätze und Metallteile. Auch im Bootshause selbst brachten sie alle einermöglichen verwendbaren Teile ab, ließen einen der Raden ins Wasser und schafften so ihr etwa anderthalb Zentner schwere Beute weg. Der Raub wurde gestern in der Gegend von Köpenick herrenlos auf dem Wasser treibend aufgefunden.

Ein Opfer der Polizeijagd wurde am 1. Osterfesttag eine Theateraufführung, die die polnischen Genossen in einem geschlossenen Vergnügen im „Englischen Garten“ geplant hatten. Das Vergnügen wurde von der Polizei nur unter der Bedingung genehmigt, daß die Aufführung: „Conjilium Facultatis“, von Frech verfaßt, unter allen Umständen unterbleiben müsse, trotzdem das Stück in deutscher Uebersetzung eingereicht war. Inferen Genossen des Vereins P. P. S. bleibt es ein Rätsel, was an diesem Lustspiel überhaupt deutschem Publikum sein soll. Selbstverständlich lassen sie sich in ihrer sozialistischen Aufklärungsarbeit unter ihren polnischen Genossen durch solche polizeiliche Nadelstiche nicht abschrecken.

Der Schuß im Wartesaal. Im Bahnhofs-Wartesaal der Station Wannow hat sich vorgestern spät abends ein noch unbekannter Mann im Alter von etwa 26 Jahren erschossen. Die Kugel drang in die Schläfe und wirkte sofort tödlich. In den Kleidern fand man nur ein Taschentuch mit dem Monogramm G. P. und eine Eisenbahnfahrkarte, die in Niederbarnow-Weide-Johannisdorf gelöst ist. Auf der Rückseite der Fahrkarte stand mit Bleistift geschrieben: „Ich habe alles getan, um nicht erkannt zu werden.“ Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in Schildhorn geschafft. Mit der Ermittlung der Personalien des Mannes ist die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt.

Wegen eines sehr gefährlichen Brandes wurde gestern früh die Feuerweh nach der Alten Jakobstraße 87 alarmiert. Dort brannten im Keller ein Schürmlager und im Erdgeschoß die Einrichtung einer Dekatur. Durch kräftiges Wassergeben gelang es dem 17. Zuge die Gefahr auf den Keller und das Erdgeschoß zu beschränken. Die Entstehung wird auf die Feuerungsanlage zurückgeführt. Der Schaden ist durch Versicherung voll gedeckt.

Ueber Mies und Neues vom Mars? spricht Direktor Dr. F. S. Ardenhold im neuen Vortragssaal der Treptow-Strömung am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags um 5 Uhr; abends 7 Uhr über: „Jupiter und seine Monde“ und am Montagabend um 8 Uhr über: „Die Kometen im allgemeinen und die bevorstehende Wiederkehr des Hallenschen Kometen“. Alle drei Vorträge, zu denen die ermäßigsten Vereinsarten Gültigkeit haben, sind mit zahlreichen Licht- und Drehbildern ausgestattet. — Die Beobachtung mit dem großen Fernrohr ist jetzt besonders günstig, da das Mondlicht während der ganzen Woche nicht stört.

Zu Sportpark Treptow finden am Sonntag, den 18. April, außer dem Stundenrennen mit Schrittmachern größere Fliegerrennen statt.

# Vorort-Nachrichten.

## Lichtenberg.

Endlich soll hier der gefahrliche Zustand, daß die Stadtverwaltung nur über von der Stadtverordnetenversammlung bewilligte Gelder herbeigeführt werden. Für den 16., 17. und 18. April sind Sitzungen anberaumt, in denen der Etat verabschiedet werden soll. In den Kommissionsberatungen hat die bürgerliche Mehrheit einzelne, recht erhebliche Gehaltszulagen für höhere Beamte bewilligt, auch sind die Bezüge der Beamten bei den Gemeindevorwerken in den letzten Jahren um circa 50 Proz. gestiegen und haben damit annähernd die Höhe der Summe der Arbeiterlöhne erzielt, für diese aber bescheidene Erhöhungen eintreten zu lassen, das wurde entschieden abgelehnt: „Für die Arbeiter nicht einen Pfennig!“ erklärte einer derer die im Fette sitzen. Wenn man dazu noch sich vergewagt, daß in der letzten Stadtverordnetenversammlung einer der Repräsentanten der bürgerlichen Intelligenz dem Genossen Grauer zurief: „Aus Ihnen spricht der Egoismus!“ und dieser Herr unserer Fraktion ziemlich deutlich unterstellte, persönliche Motive bestimmten ihr Eintreten für den Erwerb eines Grundstücks für den Krankenhausbau, ein anderer Herr diese Andeutung zu einer direkten Behauptung formuliert, er dann dafür stilschweigend den Vorwurf der Infamie einsteckte, dann liegen genug Umstände vor, die auf neue stürmische Verhandlungen in unserem Stadtparlament schließen lassen.

## Charlottenburg.

Ein schwerer Stadhahnunfall ereignete sich gestern Vormittag gegen 10 Uhr auf der Strecke zwischen Station Charlottenburg und Eichkamp. Die 12jährige Gertrud Jindler aus der Gubenstr. 12 wollte sich nach der Wald-Erholungsstätte vom roten Kreuz im Grunewald begeben und fuhr in einem Stadtbahnzuge nach der Station Eichkamp. Kurz vor dem Einlaufen des Zuges in letztgenannter Station stand die Kleine auf, begab sich nach der Tür und sah zum Fenster hinaus. Hierbei hat sie vermutlich unvorsichtigerweise den Türdrücker berührt; denn plötzlich sprang die Tür auf und das Mädchen stürzte aus dem schon angebremssten Zuge, wobei sie mit dem rechten Arm auf das Nebengleis zu liegen kam. In demselben Augenblick kam auf diesem ein Vorortzug der Strecke Grunewald-Eichkamp herangebraust, dessen Räder über den Körper der Jindler hinweggingen. Dem bedauernswerten Mädchen wurde der rechte Arm knöchelstark vom Körper abgeschnitten. Dem von der Station Eichkamp hinzugerufenen Arzt der Unfallstation Kaiser-Friedrich-Strasse legte der Schwerverletzte einen Rotverband an, die dann in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus in der Kirchstraße übergeführt wurde.

## Schöneberg.

Bei der Stadtverordneten-Verfassung in der zweiten Abteilung (Friedenauer Ortsteil) am Mittwoch wurden die Liberalen: Buchdruckereibesitzer Hartmann und Banbeamter Seime mit 130 Stimmen gewählt. Beide Kandidaten haben sich für eine erhebliche Wertzuwachssteuer ausgesprochen. Die von den Haus- und Grundbesitzern aufgestellten Gegenkandidaten Baumann und Berg erhielten je 80 Stimmen.

**Ämungsübungen in der Schule.** Eine neue Einrichtung hat der hiesige Magistrat in die städtischen Mittel- und Volksschulen eingeführt. Um den nachteiligen Folgen, die durch das lange Sitzen der Schüler und Schülerinnen während des Unterrichts hervorgerufen werden können, nach Möglichkeit vorzubeugen, sollen Ämungs- und Freilübungen allgemein eingeführt werden. Diese werden an allen Tagen im Freien stattfinden, soweit die Kinder nicht schon durch Turnübungen ausreichend körperliche Beschäftigung haben; die Ämungsübungen sollen etwa zehn Minuten dauern. Die Art der Übung wird jeder Schule überlassen.

## Rigdorf.

In der städtischen Auskunft- und Fürsorgestelle für Alkoholtrinker, Steinmetzstraße 118, part., erteilt Herr Lehrer A. Niemann an jedem Mittwoch von 5-6 Uhr nachmittags jedermann unentgeltlich Auskunft über die Alkoholfrage. Jedem, der die Folgen des Alkoholmißbrauchs an sich oder seinen Angehörigen wahrgenommen hat, wird kostenfrei Rat und Beistand gewährt.

## Treptow-Banmschulweg.

Die protestierenden Treptower. Bei der kürzlich erfolgten Einweisung der neuen Sternwarte in Treptow hielt der Westliche Gemeindevorstand Dr. Schmidt als Vertreter der Regierung eine Ansprache, in der er Treptow als „einen von der Kultur noch etwas entfernten Teil Berlins“ bezeichnete. Wie aus dem ganzen Zusammenhang hervorging, hatte der Regierungsvertreter wohl kaum eine Verletzung des Treptower Lokalpatriotismus beabsichtigt. Ein Teil der Bürger von Treptow sah sich trotzdem tief gekränkt. Verschiedene Ortsvereine veranstalteten dieser Tage Protestkundgebungen gegen die unberechtigte Behauptung und sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß ein Vertreter des Kultusministeriums über eine junge, emporstrebende Gemeinde sich so äußern konnte.

## Pankow.

**Parteigenossen! Arbeiter, Handwerker! Gemeindevähler!**  
Am Montag, den 19. April, findet die Gemeindevorwahl im 1. Bezirk statt. Das Wahllokal ist bei Ebersbach, Berliner Straße 102 (im „Kurfürsten“). Gewählt wird in der Zeit von 11 Uhr Vormittags bis 8 Uhr abends.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind:  
Arbeiter Johann Girschmeier,  
Kandant Wilhelm Brall.  
Unsere Wähler wollen sich mit Legitimation versehen! Der Gemeindevorstand hat Wahlkarten an die Wähler ergehen lassen. Wer von unseren Wählern eine solche Einladung nicht erhalten hat, soll sich diese sofort im Rathaus (Zimmer 25) persönlich abholen.  
Wähler Pankows! Seid am Montag, den 19. April, auf dem Posten. Die Gegner arbeiten mit Hochdruck und hoffen und die Mandate zu entreißen. Macht diese Hoffnung zunichte!  
Am Sonntag, den 18. April, früh 8 Uhr, findet eine Kubertverbreitung von den bekannten Wahllokalen aus statt. Hierzu wird die Hilfe aller Pankower Parteigenossen erwartet.

Und der Gemeindevorstand. Nach dem Lehrerbefolgungsgesetz werden die Gehälter der Lehrer an den höheren Schulen um circa 18.000 M. erhöht, wenn der Wohnungsgeldzuschuß auf 600 M. bestehen bleibt. Mittel hierzu sind bis jetzt nicht vorhanden. Das Direktorium für höhere Schulen und die Finanzkommission schlagen vor, das Schulgeld zu erhöhen. Wäher wurden erhoben 120 M. für Einheimische und 150 M. für Auswärtige. Es wird nun vorgeschlagen, diese Sätze für die Vorklassiker besteuern zu lassen, für die übrigen Klassen auf 140 M. respektive 180 M. zu erhöhen. Werden diese erhöhten Sätze erhoben, so können die Lehrergelälter davon bestritten werden und es bleiben noch 16.000 M. für andere Zwecke übrig. — Die Freistelle für jedes dritte Kind bleibt vor wie nach bestehen, ebenso eine halbe Freistelle für jedes vierte und fünfte Kind. Gemeindevorstand Schwien erhob heftigen Protest gegen diese Erhöhung; er schlug eine Staffeltung vor, wodurch die Erhöhung nicht so plötzlich eintreten würde. Der Vorschlag der Kommission wurde

angenommen. Für das neuerrichtete Lehrerseminar sollen auf Beschluß der Versammlung keine Freistellen gewährt werden. Für den dritten Friedhof in Schönholz sind vom Forstfiskus 24 Morgen für den Preis von 300.000 M. gekauft worden. Jedes Jahr wird eine Rate von 25.000 M. davon bezahlt. Dafür werden dann alle drei Jahre sechs Morgen aufgelassen. Die dritte Rate ist nun fällig zur Auflösung. Die Gemeindevertretung beschließt, diese entgegenzunehmen.

## Potsdam.

Die Belästigung der Kaiser-Wilhelmbrücke, eine schwere Sorge der Stadt, ist nun endlich soweit durchgeföhrt, daß die elektrischen Lichtinstallationen in Betrieb gesetzt werden können. Potsdam hat also einen Straßenzug vom Bahnhof bis zu Charlottenhof in elektrischer Strahlenlicht geföhrt, wodurch das Stadtbild ungemein gewonnen hat.

## Soziales.

### Die Abnahme der Altersrentner.

Zu den auffälligen Erscheinungen der Statistik der Arbeiterversicherung gehört die ständige, reichend schnelle Abnahme der Empfänger von Altersrente. Nach den neuesten Feststellungen gab es folgende zu Beginn der Jahre

1897	1899	1901	1903	1905	1907	1909
203.955	201.329	188.472	168.550	145.466	125.603	103.637

Im Gegensatz dazu nahm die Zahl der Invalide nrentner ständig zu. Sie stieg von 161.670 im Jahre 1897 auf 887.173 im Jahre 1909.

Welches sind die Ursachen für die Abnahme der Altersrentner? Zunächst die Vorschriften über die Wartezeit, die für die Rentenanwärter immer unerfüllbarer werden. Nach §§ 29 und 190 des Invalidenversicherungsgesetzes dauert die Wartezeit für die Altersrente 1200 Wochen. Den Versicherten, die bei Eintreten der Versicherungspflicht für ihren Beruf das 40. Lebensjahr vollendet hatten, werden für jedes Jahr, um das ihr Alter damals das 40. Jahr überstieg, 40 Beitragswochen angerechnet. Ein Rentenbewerber muß also für jedes Jahr, seit er versicherungspflichtig ist, die Zahlung von 40 Wochenbeiträgen durch Verbringung der geklebten Marken nachweisen. Die Anwärter zum Beispiel, die 1909 ihr 70. Lebensjahr vollenden, haben, wenn sie als Arbeiter, Diensthöten, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte beschäftigt waren, 721 bis 760 Beitragswochen nachzuweisen. Waren sie Hausgewerbetreibende in der Tabakindustrie (Versicherungspflicht seit Januar 1892), so müssen es 631 bis 720, und wenn sie es in der Textilindustrie (Juli 1894) waren, 575 bis 614 Beitragswochen sein usw. Je länger das Gesetz in Kraft steht, desto größer wird die Zahl der beizubringenden Beitragsmarken und damit um so größer die Zahl derjenigen, die diese Wartezeit nicht nachweisen können.

Dazu kommt das Erlöschen der einmal erworbenen Anwartschaft. Viele Versicherte unterbrechen infolge langer Arbeitslosigkeit, Selbstständigkeit, nicht versicherungspflichtiger Beschäftigung die Versicherung für längere Zeit. Nicht nur, daß solche Räden nur äußerst selten wieder ausgefüllt werden, haben wir noch die unglückliche Bestimmung des § 46, wonach die Anwartschaft erlischt, wenn während zweier Jahre nach Ausstellung der Quittungskarte nicht mindestens 20 (bei Selbstversicherung gar 40) Wochenbeiträge nachgewiesen werden. Hat ein Versicherter auf diese Weise seine Anwartschaft eingebüßt, so kann er so gut wie niemals wieder die 200 Beitragswochen, die für das Wiedererlangen der Anwartschaft erforderlich sind, nachweisen, geht also seiner Rechte dauernd verloren. Danach beurteilt man die Beklame, die bei Inkrafttreten des Gesetzes in den höchsten Löhnen gemacht wurde, als von „Nahgehaltener für die Veteranen der Arbeit“ und verglichen gefaselt wurde. Losföhlich sinkt die Altersversicherung immer mehr zur Bedeutungslosigkeit herab. Die Vorlage der Reichsversicherungsordnung läßt in ihren §§ 1343-46 auch diesen Anlauf unangefaselt. Wenn mit vollem Recht gefordert wird, daß den Versicherungsunternehmungen verboten wird, in ihrer „Vollversicherung“ usw. eine Klasse erhobener Beiträge vermittelt der Verfallklausel für den Fall des Nichtweiterzahlens der Prämien ohne Gegenleistung zu „verdienen“, so ist es noch viel mehr die Pflicht eines öffentlichen Gemeinwesens, zumal eines „Staates der Sozialreform“, derartige Kleinliche und gefähliche Klauereien zu unterlassen. Bei der Beratung der Vorlage gilt es, dafür zu sorgen, daß den alten und invaliden Arbeitern, denen von „schöner, freilich nicht höchst sachkundiger Seite von der „gesicherten Erntener bis ins hohe Alter“ erzählt worden ist, wenigstens nicht die einmal sauer erworbenen Ansprüche wieder entzogen werden. Möge man beim Eintreten des Rentenbewilligungsfalles die ausgebliebenen Beiträge in Anrechnung bringen oder eine entsprechend verminderte Rente gewähren; die Vernichtung einer Anwartschaft muß fallen!

Bekanntlich ist die Zahl der Altersrentner auf dem Lande viel höher als in den Städten. 1907 bewilligte die Versicherungsanstalt Berlin nur 207, dagegen Pommern mit rund der Hälfte Versicherter 379 Altersrentner. Von versicherungspflichtigen Personen waren älter als 70 Jahre: in der Landwirtschaft 27,8, Industrie 7,3, Handel und Verkehr 5,2, den übrigen Berufen 12,5 Personen. Eine Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre würde die Zahl der „Rentner“ etwa verdoppeln. Auch davon entfielen der größte Teil auf die Landwirtschaft: zum Vorteil der Arbeitgeber, die bei Bemessung der Löhne der alten Leute die Rente in Berechnung ziehen und so ihre Kasse ein wenig aufbessern. Für die Industrie- und Arbeiterklasse wäre das Ergebnis in der Hauptsache eine starke Mehrbelastung, die zu solchem Zwecke zu übernehmen sie gewiß kein Interesse hat.

### Dienstverträge und Wohnungen der Privatgärtner.

Den Privat- oder Herrschaftsgärtnern werden oft selbst in nächster Nähe der Reichshauptstadt, Arbeitsbedingungen zugemutet, die den Gärtner selbst, wie auch seine Frau, gleichsam zu Hausflaven der Herrschaft machen. Die „Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung“ gab jüngst Auskunft über die Zustände in einer Villengärtnerei zu Lichtenberg, Dorststraße 101/102. Die Villa gehört einer Dame, einer Millionärin. Der Gärtner soll sich dort mit einer atemseligen Kellerwohnung begnügen und mit 76 M. Monatsgehalt, wofür nicht nur seine, sondern auch seiner Frau Arbeitskraft der Dame zur Verfügung steht. Sodann vertritt die Villa den Dienstvertrag einer Privatgärtnerin in Friedrichshagen. Der Arbeitgeber ist ein Fabrikant S. J. B. & C., der dort ein Landhaus mit großem Garten besitzt. Der Hausgärtner und seine Ehefrau haben auch die Stelle als Hauswart sowohl in dem Landhaus wie in den Wirtschaftsgebäuden zu besorgen. Unter den Obliegenheiten, die zu erfüllen sind, werden unter anderem besonders genannt: tägliche Reinigung der Hausflure, Treppen, Treppengänge und Wege, sowie getreuliche Überwachung des gesamten Grundstückskomplexes; Versorgung und Überwachung der Zentralheizung sowie des dazu gehörenden Notrufes nebst Wasserfaß; Klopfen von Säufen und Treppiden auch der herrschaftlichen Wohnung und schließlich: die Berrichtung aller sonstigen vorkommenden Arbeiten an Haus und Hof, für die ich Sie neben Ihren sonstigen Tätigkeiten für verfügbar erachte und die ich Ihnen übertrage; gegebenenfalls auch die Disposition in meiner zu dem Grundstück gehörenden Radkammer, jedoch ohne bestimmte Verwendung in dieser. — Der Gärtner und seine Ehefrau sollen also dem Herrn so nebenbei nicht nur einen Hauswart, sondern auch noch einen Diensthöten, einen Dienstmagd sowie Aufwartefrau und gelegentlich obendrein einen Fabrikarbeiter ersetzen. Die verschiedenen Verpflichtungen sind in ungefähr einem Dutzend Abschnitten aufgeföhrt. Die Gegenleistung des Arbeitgebers erstreckt sich in 60 M. Monatslohn und freier Wohnung, die mit Verwendung der Stellung sofort geräumt werden muß. Wollte man sich der Hoffnung hingeben, daß der Mann seine Arbeit in täglich 11 Stunden erledigt, so würde er für die Stunde nicht einmal die Hälfte des an sich ja auch noch als zu geringen Lohnes der Berliner Land- schaftsgärtnereigenossen erhalten, abgesehen davon, daß die volle Arbeitskraft der Frau dem Arbeitgeber gänzlich unentgeltlich zur Verfügung steht.

Die genannte Zeitung bringt ferner die Beschreibung einer Gärtnerwohnung in der Villa des mehrfachen Millionärs und Kaufmanns E. Burhard zu Charlottenburg. Die Wohnung liegt im Kellergeföh und besteht aus Stube und Küche. Die Stube ist so klein, daß neben den anderen unentbehrlichen Möbeln ein Tisch nur mit knapper Not unterzubringen war, für Stühle überhaup kein Platz übrig blieb, so daß, wenn einmal ein paar Leute zu Besuch kommen, sie die Bettstellen als Sitzplatz benutzen müssen. Der Gärtner haust hier mit seiner Frau und zwei Kindern. Die Wohnung ist feucht und muffig. Die gewöhnliche Tede über der Stube ist schon lange unbedeckt, so daß, wenn in dem darüber gelegenen Wintergarten gegossen wird, das Wasser in die Stube tropft. Wiederholtes Ersuchen um Beseitigung der argsten Mißstände, oder um Anweisung einer anderen Wohnung, waren vergeblich. An verfügbaren Räumen für eine anständige Gärtnerwohnung fehlt es keineswegs, denn die ganze Villa ist im übrigen schon seit zwei Jahren unbewohnt.

### Wilt tägliche Kündigung?

Diese Frage unterlag der Beurteilung der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Der Kläger J. hatte sich um eine Korrespondentenstelle bei der Zugspapierfabrik von M. u. Co. beworben, und um diese zu einem möglichst schnellen Abschluß des Engagements zu ermuntern, erbot sich J. zu einer Probeanstellung mit täglicher Kündigung. Diesen Vorschlag nahm die Firma an. Nach wenigen Tagen wurde der Korrespondent entlassen, obwohl der Chef seine Zufriedenheit mit Führung und Leistung ausdrückte. Als einzigen Entlassungsgrund gab er in der Verhandlung an, daß der frühere Korrespondent, dem er Wiedereinstellung versprochen hatte, zurückgekommen sei. Der Chef berief sich darauf, daß Kläger nicht nur mit der täglichen Kündigung einverstanden war, sondern sie sogar selbst angeboten hatte. Der Kläger wendet dagegen ein, er habe erst nachträglich Kenntnis davon erlangt, daß einlägige Kündigung ungfähig sei. Das Kaufmannsgericht beschloß, dem Kläger den Eid darüber zuzuschreiben, daß er in der Tat die gefähliche Ungfährigkeit seines Anerbietens nicht kannte. Schwört er, so sei die Entlassung rechtsungfährig und es greife die vierwöchige Kündigungsfrist Platz. Beim Probeengagement sei einlägige Kündigungsfrist ungfährig, und eine derartige Gefähbestimmung könne nicht durch schriftliche oder mündliche Vereinbarung außer Kraft gesetzt werden. — Da Kläger den Eid zu leisten bereit ist, so zählt die Kammer, um der Beurteilung zu entgehen, vorher das restierende Gehalt und wüßigt in die Wiedereinstellung des Klägers bis 1. Mai.

## Vermischtes.

**Die Genidkarr im bayerischen Heere.** In dem in Neu-Ulm garnisonierten 12. bayerischen Infanterieregiment ist die Genidkarr ausgebrochen, es ist auch bereits am 13. März ein Soldat an dieser Krankheit gestorben. Das offizielle Eingefändnis, daß diese Krankheit im Regiment grassiert, datiert erst seit Ostermontag. Wie berichtet wird, soll der Beginn des Krankheitsverdachts schon sechs Wochen zurückliegen.

Weshalb diese Geheimnisträumerei der Militärverwaltung, die doch die Pflicht hätte, bei solchen ernstlichen Anlässen sofort die volle Wahrheit der Öffentlichkeit zu unterbreiten? —

**Der Tod des Entseffelungskünstlers.** Nach einer Meldung aus Landshut sprang vorgestern mittag der bei dem Varietätentheater Boharia angestellte Entseffelungskünstler Riccardo Ty gefesselt von der Leutpoldbrücke in die Jlar, konnte sich aber seiner Fesseln nicht entdingen und ertrank.

**Der Naturmensch „gustav nagel“** hat sich während der Osterferienlage mit einer Bürgerstochter in Goldig verlobt. Der glückliche Bräutigam zeigt seine Verlobung wie folgt an: „als ferlobte emfelen sich in jesu namen: frida glünter, gustav nagel, wandeprediger“.

### Ein braver Zentrumschrift.

Von einem in seinen schwarzen Geföhlen verletzten Zentrumsmann ging der „M.-B. Jtg.“ eine Postkarte folgenden Inhalts zu:  
Osternbinstag 1909.

### Meine Herren vom Westj.

Nach der Zeitung Tremonia herself haben Sie sich die Freiheit erlaubt, wie in der 70iger Jahren die Ultramontanen aus Deutschland auszuweisen. Solch ein Gefindel von Bildung und Westj gehört Zwangsarbeit in Afrika.

Wiltj. Kummel, Dorimund.

Die „Schwarzen“ „antweihen“, wäre eine verdienstliche Tat, besonders wenn es sich um Kaliber à la Kummel handelt.

**Ein gefähliches Verbot des Trinkgeldverwehens.** Ein soeben erlassenes neues Strafgesetz des Staates Washington verbietet das Fahren und Anbieten, Empfangen und Geben von Trinkgeldern in den Hotels und Cafes. Alle Angestellten der letzteren, sowie die in ihnen verkehrenden Gäste machen sich fortan eines strafrechtlich zu ahnenden Vergehens schuldig, wenn sie gegen diese Bestimmung verstoßen.

**Künstlicher Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Gehalt schleppend, Preise für Hammel- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wilt: Zufuhr sehr knapp, Gehalt sehr reger, Preise sehr gut. Gefäh: Zufuhr sehr knapp, Gehalt lebhaft, Preise hoch. Wilt: Zufuhr gemäßigend, Gehalt etwas lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise nachgebend. Gemälte, Dda und Sdfrächte: Zufuhr genügend, Gehalt sehr still, Preise gedrückt.

### Witterungsüberblick vom 15. April 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in Grad C	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in Grad C
Stettin	754	SW	2 Schnee	2	Caparanda	760	S	2 wolkenlos	-11
Danzburg	759	SW	5 heiter	2	Wetzburg	754	0	1 bedeckt	0
Berlin	756	SW	3 Regen	8	Wetzburg	763	DD	1 wolfig	9
Frankfurt	762	SW	3 halb bb.	7	Worms	760	SW	1 wolfig	4
München	762	SW	4 bedeckt	7	Wetzburg	763	SW	2 bedeckt	6
Wien	758	SW	4 bedeckt	8					

**Wetterprognose für Freitag, den 16. April 1909.**  
Nachst sehr kühl, am Tage etwas wärmer, vielfach heiter, aber noch veränderlich mit geringeren Niederschlägen und abnehmenden nordwestlichen Winden.

### Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13. 4.		am 14. 4.		
	13. 4.	14. 4.	13. 4.	14. 4.	
Regel, Teltow	460	-16	Saale, Großg.	162	+10
Regel, Ansternburg	71	-6	Saale, Brandan	193	+5
Wesche, Thon	286	-14	Saale, Ralswiek	130	0
Oder, Rathow	290	+17	Spre, Spremberg	94	0
• Krosen	246	-10	Wesche, Ralswiek	190	-4
• Jannow	257	-9	Wesche, Ralswiek	190	-4
Warte, Schrum	—	—	Wesche, Ralswiek	190	-4
Landberg	222	-6	Wesche, Ralswiek	190	-4
Nebe, Borsdamm	129	-1	Wesche, Ralswiek	190	-4
Eide, Zeitmerz	80	+0	Wesche, Ralswiek	190	-4
• Dresden	-32	+8	Wesche, Ralswiek	190	-4
• Datz	245	+3	Wesche, Ralswiek	190	-4
• Magdeburg	207	+3	Wesche, Ralswiek	190	-4

+) + bedeutet Hoch, — Nied. — \*) Unterpost. —  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.